

Er scheint täglich außer Sonntagen.
Preis pränumerando: Viertel-
jährlich 3.50 Mark, monatlich
1.10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei
in's Haus. Einzelne Nummer
5 Pf. Sonntags-Nummer mit
Illustr. Sonntags-Beilage „Neue
Welt“ 10 Pf. Postabonnement:
3.50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuz-
band: Deutschland u. Oesterreich-
Ungarn 2 Mk., für das übrige
Russland 3 Mk. pr. Monat. Einget.
in der Volk-Zeitung. Preisliste
für 1895 unter Nr. 7120.

Infektions-Gebühr beträgt für die
sanftestmögliche Vertheilung oder deren
Rauheit 40 Pf., für Vereins- und
Beratungsbüro-Anlagen 20 Pf.
Zusatz für die nächste Nummer
müssen bis 4 Uhr nachmittags in
der Expedition abgegeben werden.
Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-
und Festtagen bis 9 Uhr vormittags
geöffnet.

Verantwortl. Red.: J. M. 1895.
Telegraphische Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Straße 2.

Dienstag, den 5. November 1895.

Expedition: SW. 19, Bentz-Straße 3.

Ein Vergleich.

Im Jahre 1892 wurde in Deutschland von den Hohepriestern des Militarismus wieder einmal — zum hundert und so und so vielen Male seit dem heiligen Kriege von 1870/71 — die Entdeckung gemacht, daß unsere Riesen-Armee nicht groß genug sei. Und die „neue Militär-vorlage“ wurde vor den Reichstag gebracht. Das deutsche Volk in seiner Majorität sah die Nothwendigkeit einer neuen Heeresvermehrung nicht ein, und trotz aller amtlichen und halbamtlichen Agitation gelang es nicht, eine der Vorlage günstige Stimmung in den breiten Volksmassen zu schaffen. Die Sozialdemokraten wiesen nach, daß Deutschland mit seinen 50 Millionen Einwohnern physisch außer Stande sei, ebenso viele Soldaten aufzustellen, wie Frankreich und Rußland zusammen genommen mit ihren 120 Millionen Einwohnern. Sie legten des weiteren dar, daß die höchste militärische Kraftleistung einer Nation nicht auf dem Boden des stehenden Heeres, sondern auf dem des Miliz-Heeres zu erzielen sei und daß bei Einführung der allgemeinen Wehrhaftigkeit das Deutsche Reich auch einen Krieg mit zwei Fronten, ja mit noch mehr Fronten siegreich bestehen könne.

Der Reichstag wies die Regierungsvorlage zurück und es konnte nicht bezweifelt werden, daß er damit dem Willen der Volksmehrheit entsprach.

Statt die Vorlage zurückzuziehen, setzte die Regierung ihren Willen über den der Volksvertretung und löste den Reichstag auf.

Die Neuwahlen des Jahres 1893 drehten sich um die Frage: Vermehrung des stehenden Heeres oder nicht? Annahme oder Ablehnung der neuen Militär-vorlage? Der Wahlkampf war lebhaft und nach dem amtlich festgestellten Wahlergebnis hat das deutsche Volk mit überwältigender Majorität sich gegen die neue Militär-vorlage erklärt. Die Zahl der Stimmen für deren Gegner übersteigt um mehr als eine Million die Zahl der Stimmen für die Freunde der Vorlage. Infolge der mangelhaften Art unseres Systems der Volksvertretung kam diese Majorität gegen die Vorlage aber in der Zahl der gewählten Abgeordneten nicht genügend zum Ausdruck, und dank der Viesamkeit und Charakterlosigkeit einiger Abgeordneten geschah es, daß, allerdings nur mit Ach und Krach, im Reichstag eine winzige Majorität für die Militär-vorlage erlangt ward.

Und obgleich notorisch und nach der amtlichen Wahlstatistik die große Mehrheit des deutschen Volkes gegen die neue Militär-vorlage ist, so ist diese jetzt doch in Deutschland Gesetz und das deutsche Volk muß sich die schwere Mehrbelastung gefallen lassen.

Die Art und Weise, wie in Deutschland die Vermehrung der Wehrkraft dem Volke aufgezwungen wurde, fordert zu einem interessanten Vergleich mit den Vorgängen in einem

benachbarten Staat auf. Parallel dem Streben nach Vermehrung des stehenden Heeres in Deutschland ging und geht in der Schweiz das Streben nach Verstärkung des Miliz-Systems. Daß die vorhandene Organisation mancherlei Fehler und Gebrechen hat, wird allseitig, auch von den eifrigsten Vertheidigern des Milizsystems zugestanden; und es schien sogar einen Augenblick, als werde eine Richtung Einfluß gewinnen, welche die „stramme Disziplin“ und den „militärischen Geist“ des stehenden Heeres in das Volkstheer einzuführen bemüht war. Allein der schweizerische Freiheitsgeist bäumte sich elementarträchtig auf gegen diese Verderbnis demokratischer Sitten und demokratischen Wesens. Die Gerichte und sonstige Lobredner des Paradebrills und blinden Gehorsams wurden mit nicht mißzuverstehendem Nachdruck bei Seite geschoben. Und der Bundesrath arbeitete eine Wehrreform-Vorlage aus, die an der demokratischen Grundlage des eidgenössischen Milizsystems nicht rüttelte, und nur auf Vereinfachung und Stärkung desselben hinauslief. Die Vorlage wurde von den zwei Vertretungs-körpern der Schweiz: dem Ständerath und dem Nationalrath angenommen, von dem letzteren, der die eigentliche Volksvertretung ist, mit überwältigender Mehrheit. Die öffentliche Meinung beruhigte sich jedoch nicht. Und in der Schweiz ist es nicht die Volksvertretung und noch weniger die Regierung, welche das letzte und entscheidende Wort hat, sondern das Volk selbst, das über jedes Gesetz, das von der Gesetzgebung angenommen worden ist, durch Urabstimmung mit Ja oder Nein zu entscheiden hat.

Auf Sonntag, den 3. November, wurde die Abstimmung anberaumt. Je näher der Tag kam, desto eifriger wurde das Für und Wider in der Presse, in Volksversammlungen, an allen öffentlichen Orten und im Familienkreise verhandelt. Sämmtliche Parteien spalteten sich. Auch die Sozialisten. Die Parteileitung mußte die Abstimmung freigeben, da eine Einigung nicht möglich war. Die besten Genossen waren verschiedener Ansicht. Und so offenbarte es sich auf das klarste, daß eine Volksfrage zur Entscheidung war, nicht eine Parteifrage. Ist die schweizerische Wehrverfassung doch Volksfrage im vollsten Sinne des Wortes — Sache des ganzen Volks.

Das Ergebnis der Urabstimmung meldet uns folgendes Telegramm:

Bern, 3. November. Die von der Bundesversammlung beschlossene Vereinheitlichung des Militärwesens durch Uebertragung desselben an den Bund wurde in der heutigen Volksabstimmung mit etwa 252 000 gegen 185 000 Stimmen und 17 1/2 gegen 4 1/2 Kantonsstimmen abgelehnt.

Die Mehrheit des schweizerischen Volkes hat also abgelehnt.

Und der Wille des Volkes ist in der Eidgenossenschaft, wie in jedem freien Staat, oberstes Gesetz. Die Abneigung

gegen die Zentralisation, in welcher der Freiheit leicht Gefahren erwachsen können, hat am 3. November den Sieg davongetragen.

Die Frage der Wehrreform ist hiermit nicht aus der Welt geschafft. Die Bundesregierung wird zweifelsohne, unter Berücksichtigung der zu Tage getretenen Wünsche und Bedenken, eine neue Vorlage ausarbeiten. Das schweizerische Volk wird dann von neuem zu entscheiden haben. Und das Interesse des Volks wird den Willen des Volks bestimmen.

Welches von beiden Völkern hat aber mehr Grund an den Verlauf der Wehrfrage in seinem Land stolz zu sein die Deutschen oder die Schweizer?

Und welches spielt die würdigere Rolle?

Politische Uebersicht.

Berlin, 4. November.

Gegen Diebstahl ist aus Anlaß des bekannten Passus in der Eröffnungsrede des Breslauer Kongresses Anklage erhoben und die Hauptverhandlung auf Donnerstag, den 14. d. M. vor dem Landgericht Breslau anberaumt worden.

Das Militär-Strafverfahren. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ behaupten folgende zuverlässige Mittheilung erhalten zu haben:

„In den letzten Tagen hat eine Sitzung des preussischen Staatsministeriums unter dem Voritze des Reichskanzlers Fürsten Hohenlohe stattgefunden. In der Sitzung wurde die als entschieden notwendig erachtete Aenderung des preussischen Militär-Verfahrens erörtert. Der Reichskanzler trat warm für unbeschränkte Öffentlichkeit des Verfahrens nach bayerischem Muster ein; ebenso fast alle anderen Minister; auch der Kriegsminister. Schließlich einigte man sich für Einführung der beschränkten Öffentlichkeit. Der begünstigte Entwurf wird demnächst dem Kaiser unterbreitet, der für seine Person durchaus gegen jegliche Aenderung ist. Von dem kaiserlichen Bescheid dürfte das Bleiben oder Nichtbleiben des Kriegsministers abhängen.“

Gegen die Richtigkeit dieser Mittheilung sprechen verschiedene Gründe. Es ist z. B. völlig unverkennlich, weshalb das Ministerium sich für die beschränkte Öffentlichkeit des Verfahrens ausgesprochen haben sollte, wenn sie alle einig sind in der Vorliebe für die unbeschränkte Öffentlichkeit. Indes Ministerlogik ist nicht unsere Logik. Wenn die „National-Zeitung“ schreibt:

„Daß zwischen dem Kaiser und dem Kriegsminister über die Reform keine Differenzen bestehen, hat der Kriegsminister auch noch am 5. März dieses Jahres im Reichstag ausdrücklich festgestellt. Als die Aenderung fiel, daß „höheren Orts“ sich ein Widerstand gegen die Reform der Militär-Strafprozess-Ordnung belunde, sagte der Kriegsminister, daß, wenn unter der höheren Stelle die allerhöchste Stelle gemeint sei, er diese Annahme mit aller Entschiedenheit zurückweisen müsse.“

ranchschwarze Gebälk des ganzen Hauses drang. Auch die Leute auf der Treppe beteten mit. Ihre Worte, die regelmäßig zu spät kamen, hallten in das dumpfe Zimmer, das jetzt von einem violetten Schein flüchtig erhellt wurde. Unmittelbar darauf folgte ein Donner Schlag, der auf das Dach des Hauses zu fallen schien. Das Gewitter war da! Lauter betete der Wirth, eindringlicher redete der Geistliche. Er hob den Finger zur Decke empor und redete in den Kranken hinein. Poiten's Blicke waren von einer fieberhaften Angst entsetzt. Die stieren Augen blickten wie irrsinnig zu dem Priester und auf die kreischenden Menschen, die für seine Seele beteten.

Schreie Klageklänge, vermengt mit konvulsivischen Schlägen, veranlaßten den Lehrer, von dem düsteren Bilde wegzublicken und sich zu Gansel zu wenden, der neben ihm kniete. Ohne Bewegung sah er den Jungen an. Was war denn das so besonderes? Nun ja, das geschieht dem Hans und all' den anderen, die jetzt hier beten, auch einmal, wenn sie nicht ein barmherziger Baumstamm im Walde niederschlägt und von diesem Leben auf immer erlöst. Noch ein paar Stunden, dann hat's der Bauer hinter sich und es ist ihm wohl!

Ein greller Feuerchein kamme um alle Fenster der Stube. Gleichzeitig hieb ein Schlag herab, der das ganze Haus durchzitterte. Der Geistliche entsetzte das Sanktissimum. Als er die Hostie in den zuckenden Mund des Bauern legte, leuchtete ein neuer Blitz auf; die Leute beteten nicht mehr. Da rasselte ein Wagen vor das Haus und nun kam wieder Bewegung in die starre Menge. Man hörte den Arzt die Treppe heraufkommen.

Gansel ergriff seine Laterne und stellte sich in die Fensternische, wo er gebuldet wartete, bis ihm befohlen würde, wieder voranzugehen. Er sah auf die Weltstätt hin, wo der Doktor die Untersuchung beendete und mit näselnder Stimme den Schlaganfall des Bauern nicht als direkt lebensgefährlich bezeichnete. Kalte Umschläge wurden verordnet und überdies empfahl der grämliche, alte Herr,

Ein Verrückter.

Kampf und Ende eines Lehrers.

Roman von Joseph Ruederer.

Wie stumpf er gegen alle Welt geworden war, das empfand er selbst in einer schwülen Gewitternacht, als man an seine Thüre pochte und ihm bedeutete, daß er den Geistlichen zum Verpflegen begleiten sollte. Dieser Gang war ihm sonst immer eine Marter gewesen, diesmal war es ihm ganz gleichgültig, obwohl er unten auf dem Vorplatz Gansel's jammernde Stimme gehört zu haben glaubte. Er fragte sich nicht, wem man die letzten Wegzehrungen zur himmlischen Reise geben wollte, sondern kleidete sich nothdürftig an und eilte mit dem Benefiziaten nach der Sakristei, wo er die Traglaterne anzündete und den Chorrock überwarf. Glackernd huschte das Licht der Kerze durch die Gräberreihen dahin, als er die Kirche verließ. Am schwarzumspinnenen Firmamente zuckte in weiter Ferne ein bläulicher Schein auf und ein dumpfes Grollen zog durch die Luft.

Vorsichtig schritt der Priester hinter dem Lehrer. Er trug in beiden Händen das mit einem weißseidenen, goldumfranzten Mäntelchen bedeckte Allerheiligste und tastete den Büchel ins Dorf hinab. Fortwährend schwang Gansel die Glocke, deren schriller Ton in die dunklen Gehöfte drang. In einigen Fenstern wurde Licht gemacht, man bog gekniet halbgelächelten Gestalten, die andächtig niederknieten und das Kreuz schlugen.

„Was fällt Ihnen denn ein?“ stieß der Geistliche leise hervor, als sein Begleiter immer geradabwärts wanderte. „Da nach links, zum Poiten hinüber!“

Auch das war dem Lehrer recht. Hätte ihn der Geistliche nicht gerufen, dann wäre er träumend so weiter gegangen, immer tiefer in die stockdunkle Nacht hinein, immer vor dem Sanktissimum und dem Wiener der Kirche, immer leuchtend und läutend, ziellos und gehorsam!

Vor Poiten's Hof, in dem ein mattes Licht schimmerte, standen viele Menschen. Sie wichen in ehrsüchtiger Schen zurück und knieten nieder. Ueber die dunkle Treppe tappten die Ankommenden hinaus und traten in ein breites Zimmer. Gansel und Kathi, der Wirth und einige Bauern standen um die blauangestrichene Himmelbettstatt. Dort lag der Poiten wie leblos mit offenen Augen in den breiten Kissen. Der halbtote Jammer seiner Kinder kam in lautem Schreien zum Ausdruck und legte sich auch nicht, als ihnen der Wirth zuwinkte, weil der Geistliche eingetreten war.

„Ich hab' n hochwürdigem Herrn Benefiziaten holen lassen“, flüsterte Kreitmayer, „weil ich glaub, daß's mit dem Poiten zu Ende geht. Er is plötslich umgefallen und hat's Sprach verlor'n. Wir wissen alle net, was wir mit ihm anfangen soll'n.“

„Ist nach dem Arzte geschickt worden?“ fragte der Priester und trat an das Bett.

„Ja, scho lang.“

Eine furchtbare Angst sprach aus dem schweißbedeckten Gesicht des Kranken, als er den Geistlichen gewahrte. Man merkte es, er versuchte zu reden, aber nur ein leises Zucken der Lippen brachte er zu stande. Dann stierte er verzweiflungsvoll in die Delfungel auf dem Tische, die sein verfallenes, gelbes Gesicht seltsam beleuchtete.

„Ihr tretet alle zurück und betet für den Sterbenden um Gottes Gnade“, befahl der Geistliche.

An der offenen Thüre drängten sich die Neugierigen zusammen. Immer rurmorte es auf dem Gange und auf der Treppe von polternden Menschen, die von der Straße heraufkamen. Jetzt fiel die zusammengelassene Menge auf die Knie, voran der Lehrer, der die Laterne neben sich stellte und mechanisch die Hände faltete. Finster sah er auf das Bett, über das sich der Priester mit sanftem Gemurmel herabneigte.

Der Wirth begann ein Gebet aufzusagen und die Anwesenden fielen im Chore ein, daß es schauerlich durch das

so würde sich dieser Widerspruch vielleicht daraus erklären, daß der Kaiser mittlerweile seine Ansicht geändert hat. Das kommt auch vor. Die „Deutsche Tageszeitung“ nennt als wahrscheinlichen Nachfolger des Kriegsministers v. Bronsart bereits den Kommandeur des 11. Korps General v. Wittich. —

Der Ausschuss des Bundes der Landwirthe hat hiesigen Blättern zufolge am Montag Vormittag eine Sitzung zur Vorberatung des Antrages Kanitz über das Getreideeinfuhr-Monopol abgehalten. Der frühere Antrag Kanitz war vom Bunde der Landwirthe umgestaltet und in abgeschwächter Form bekanntlich in der vorigen Session vor den Reichstag gebracht; die damalige Niederlage hat die Herren nicht entmutigt und so werden sie mit dem neuen Antrag in dieser Sitzungsperiode vor die Volksvertreter kommen. —

Bürgerliche Wissenschaft. In der Abendausgabe der „Magdeburger Zeitung“ vom 2. November findet sich ein Artikel „Karl Marx und die Ziele der Sozialdemokratie“ überschrieben, der einen Vortrag von Professor Warschauer im National-liberalen Verein zu Berlin wiedergibt; in der Form stellt er sich nicht als ein referierender Versammlungsbericht, sondern als eine durchgearbeitete Darstellung der Ansichten des Herrn Warschauer dar. In diesem Artikel wird ihm folgender horrende Unsinn in den Mund gelegt:

„Nach der Werththeorie von Marx ist jede Waare ein Arbeitsprodukt, für dessen Werth die zur Herstellung verwendete Arbeitszeit den Maßstab bilden soll. Der Werth ist vergegenständlichte Arbeit. Das Geld hat nach Marx geistreichen Untersuchungen eine doppelte Funktion, indem es einerseits als Werthmesser, andererseits zur Kapitalbildung dient. Professor Warschauer erläuterte dies an einem bestimmten Beispiel. Wenn jemand für 500 Mark Strümpfe erwirbt und diese wieder für 550 Mark veräußert, so bilden die überschüssenden 50 Mark nach Marx einen Mehrwerth, der zu Unrecht denjenigen entzogen wird, die die Waare geschaffen haben, und der nur zur Kapitalbildung beiträgt. Die Mehrwerth aber werde zum Druck auf den Arbeitslohn oder zur Ausbeutung der physischen Arbeitskräfte durch lange Arbeitszeit benutzt und dieser kapitalistische Produktionsprozeß übe einen lähmenden Einfluß auf alle Verhältnisse aus und bedinge, daß die Mehrzahl der Menschen sich in elender Lage befindet.“

Nach dieser kindischen Verwechselung von kapitalistischem Mehrwerth und kaufmännischem Profit wird dann folgende, die Marxisten für jetzt und alle Folgezeit vollkommen vernichtende „Widerlegung“ vom Stapel gelassen:

„Die Haltlosigkeit der Mehrwerththeorie läßt sich dadurch darthun, daß man ihr eine Widerwerththeorie entgegenstellt. Wenn z. B. bei dem vorerwähnten Verkauf von Strümpfen 50 Mark verloren wären, dann müßten diesen Verlust nachträglich noch die Arbeiter tragen. Marx hat die Zwischenstufe zwischen Fabrikation und Absatz übersehen: den Unternehmer, der mit seiner persönlichen Thätigkeit und, wie durch einen Zwischenruf aus der Versammlung mit recht betont wurde, auch wiederum durch eine Arbeitsleistung den Erzeugnissen erst Absatz schafft.“

Da nach dem uns vorliegenden Bericht der „National-Zeitung“ Professor Warschauer diesen Blödsinn anscheinend nicht gesagt hat, so haben wir es hier also mit dem bedeutungslosen Elaborat irgend eines arbeitslosen Schmocks zu thun, zu dessen Mitschuldigen sich die Redaktion der „Magdeburger Zeitung“ gemacht hat. Prof. Warschauer mag sich bei dieser Bedanken, wenn er in den Ruf gelangt, daß dem Gebiete der politischen Oekonomie ein ähnlicher Ignorant zu sein wie Freiherr v. Stumm. —

Was wußten Hammerstein's Freunde? In seinem letzten Artikel in der „Deutschen Evangelischen Kirchen-

während er sich ärgerlich nach allen Seiten umfah, die größte Ruhe für den Kranken.

Es ging also doch nicht so rasch mit dem Poiten, wie ihm der Lehrer gewünscht hatte, und er kann noch oft gemartert werden, bis er verschwinden darf. Mit solchen Gedanken leuchtete Gattl dem Priester ins Pfarrhaus zurück, wo er eilig sein Fenster schloß, weil der losbrechende Gewitterregen wie mit Peitschenhieben hereinflatschte.

In den folgenden Tagen hörte er überall zischeln von der wunderbaren Errettung Poitens, von seiner fortschreitenden Genesung und von der Belehrung des reichen Bauern, den der Geistliche fleißig besuchte. Am nächsten Sonntag konnte das Kirchlein die zahllosen Menschen kaum fassen, die herbeigeströmt waren, um der vernichtenden Predigt zu lauschen. Alle Schrecken der ewigen Verdammniß wurden da auf die Gottlosen herabgeworfen.

Nicht wenig befriedigt sah darauf der Priester mittags bei Tisch. Er hätte gerne mit dem Lehrer eine Unterhaltung angeknüpft, als er jetzt sein Messer wegte und in den großen Augapfel hinausblinzelte, das merkte Gattl recht gut, aber der Lehrer ging nicht darauf ein, sondern hielt die flache Hand vor die Augen, weil ihn die sengend herniederbrennende Sonne gar heftig blendete.

Eben hatte die Haushälterin des Benefiziaten, eine alte, mürriſche Person, die Suppe abgetragen und die beiden saßen sich am gedeckten Tisch in gewohnter Schweigsamkeit gegenüber. Einige Minuten vergingen.

Plötzlich kam die Fräulein Minna, wie man die Pfarrerstochter allenthalben nannte, in großer Aufregung zur Thüre herein und schob eine Bauerndirne vor sich her. Der Lehrer erkannte die Magd vom Forsthaus, die die Marie.

„So, da richt'st Du's selber aus, was D' sagen sollst, i versteh Di net!“

„Was giebt es denn?“ fragte der Geistliche, und legte das Messer beiseite.

Das Mädchen that sehr verlegen:

„Der Herr Förster hat g'sagt, der Herr Lehrer soll gleich kommen zu uns.“

„Zu? Zur Mittagszeit?“ Was soll er da?“

„Es ist der Herr Minister da und der Herr ... Herr Erzbischof.“

Kopfschüttelnd blickte die Haushälterin auf den Benefiziaten, der sich erhoben hatte.

„Ein Minister?“

„Ja.“

„Und ein Erzbischof soll bei Euch ... bei Euch im Forsthaus sein?“

„Sagt hab'n sie's,“ sagte Marie, der der Aufenthalt in diesem Zimmer entschieden nicht sehr behaglich war. (Fortsetzung folgt.)

zeitung“ hatte Herr Stöcker über den Hammerstein's Rach geschrieben:

„Der die Ereignisse jenes Zusammenbruches genau kennt, der weiß, daß die Beteiligten erst lange nach den ersten Enthüllungen einen Theil der Vergehen und nur langsam die ganze schreckliche Wahrheit erfuhren. Die allerersten Verwandten und Freunde waren am meisten überrascht und erschüttert. Sie hatten in dem unglückseligen Mann einen Charakter ohne Flecken gesehen und sollten ihn nun plötzlich für einen Verbrecher halten. Es ist doch entschuldigbar, daß sie in unserer verleumdungsreichen Zeit nicht sofort glauben wollten, was durch Feinde in die Öffentlichkeit geworfen und schwer zu durchschauen war. Trotzdem wird noch heute der Verdacht ausgesprochen, man habe seit lange das verwerfliche Treiben gekannt, aber bemäntelt; auch als es kund geworden war, habe man es leugnen und beschönigen wollen. Das ist aber unwar. Als die ersten klaren Thatfachen vorlagen, wollte niemand den Schuldigen bedenk.“

Darauf antwortet nunmehr die „Frankfurter Zeitung“: „Was soll das heißen, daß die Beteiligten erst lange nach den ersten Enthüllungen einen Theil der Vergehen und nur langsam die schreckliche Wahrheit erfuhren. Die ersten Enthüllungen waren doch die Enthüllungen der Vergehen. Stöcker selbst hat ja in öffentlicher Erklärung zugestanden, daß er seit Beginn des Frühjahres die Ueberzeugung von der Schuld Hammersteins gewonnen und als Freund und Seel-sorger auf ihn eingewirkt habe. Andere haben es früher gewußt, wenn auch im Laufe des Mai und Juni zu dem, was man schon wußte, die Kenntniß neuer Verbrechen hinzugekommen sein mag. Die letzte Redseligkeit des Herrn Stöcker scheint es nicht erwarten zu können, daß der Beweis der Mitwissenschaft einzelner Konservativen und der theils schwächlichen, theils schlimmeren Tölpelung des genügend erkannten Mannes öffentlich erbracht wird. Ihm scheint, in seiner Sucht abzuleugnen, sogar das Verständniß dafür zu fehlen, daß auch politische Gegner nicht leichten Herzens sonst unbescholtene Männer durch die Gemeinlichkeit mit einem schändlichen Verbrecher kompromittiren. Will Stöcker etwa bestreiten, daß der sittliche Lebenswandel Hammerstein's mehreren seiner konservativen Freunde genau bekannt war, daß über einzelne seiner Verbrechen und Vergehen schon in den Wintermonaten das Komitee der „Kreuz-Zeitung“ zu berathen hatte, und daß diejenigen ehrenwerthen Konservativen, die auf die sofortige Entfernung des genügend erkannten Mannes drängten, damit nicht nur unterlegen, sondern auch in eine sehr schiefe Lage gekommen sind. Weiß Herr Stöcker nicht, daß konservative Parlamentarier, die ihm sehr nahe stehen, von Hammerstein schon um Ostern herum als von einem Spionkuben gesprochen haben, und daß um dieselbe Zeit in intimen konservativen Kreisen die Hoffnung, daß Hammerstein durch Selbstmord oder Flucht die Partei erlösen werde, das Tagesgespräch bildete. Das alles sind Dinge, die jeden Augenblick durch Zeugen erwiesen werden können und erwiesen werden müssen. Die ganze konservative Partei der Mitwissenschaft oder gar einer Mitschuld zu zeihen, wäre ungerecht. Eine solche Verallgemeinerung singt Herr Stöcker nur zum Zweck der von ihm unternommenen Vertheidigung. Weiß Herr Stöcker vielleicht, wer in den Berliner Kunsthandlungen alle die Bilder aufgekauft hat, die ihn gemeinschaftlich mit seinem Freunde Hammerstein darstellen? Weiß er vielleicht, daß zur Zeit noch von Verwandten Hammerstein's Zeugenbeeinflussungen versucht werden, und daß eine Verbindung zwischen einzelnen Konservativen und dem schändlichen Manne auch jetzt noch höchst wahrscheinlich ist. Daß gerade Stöcker den moralischen Lebenswandel Hammerstein's gekannt hat, ist unseres Wissens nicht behauptet worden. Deshalb tritt er gerade in diesem Punkte als Vertheidiger auf. Er kann das anderen überlassen, die Gelegenheit dazu haben werden. Ihn dürfte speziell nur die Unterschlagung des so genannten Stöckerfonds und die Rolle, die er dabei gespielt hat, angehn.“

Herr Stöcker und die Seinen sind nie um eine Ausrede verlegen. Auf unsere Veröffentlichung des Faksimiles des Stöckerbriefes reagirt das „Volk“ mit folgenden Bemerkungen:

„Es ist sehr bezeichnend für das Vorgehen des sozialdemokratischen Blattes, daß es bisher den Brief nur unvollständig bekannt gegeben hat. Der Schluß des Briefes, der jetzt zum ersten Male bekannt wird, lautet:

„Ich möchte Sie bitten, lassen Sie die Artikel jedenfalls bis zu Ihrer Rückkehr und einer gemeinsamen Besprechung. Die Stunde kommt schon, in der wir den Auftrag: „Es ist System darin“ vom Stapel lassen. Ich gebe Ihnen völlig recht, aber im Moment ist Schweigen — d. h. nur in diesem Punkte — Geld und Noten nicht einmal Silber.“

Mein Aufschuß: „Ja man hätte früher etwas thun sollen“ kommt nachstehend.“

Daß der „Vorwärts“ den Schluß bisher verschwiegen hat, läßt darauf schließen, daß er eine Abschwächung der Wirkung des übrigen Briefes davon befürchtet. In der That geht daraus hervor, daß Stöcker nicht die Person Bismarck, sondern das System getroffen wissen wollte. Hätte Stöcker, wie böswillige Ausleger des Briefes behaupten, damals den Kaiser gegen Bismarck persönlich einnehmen wollen, so hätte er sicher nicht das Schweigen als das beste Mittel empfohlen.“

Daß aus dem Briefe anfangs in der Nummer vom 5. September d. J. nur der mittlere Haupttheil, aber selbstverständlich morthgetreu, abgedruckt wurde, konnte jedermann, auch Herr Stöcker, aus der Fassung des veröffentlichten Theiles, der mit ... (die Fortlassung angezeigten Punkten) schloß, deutlich erkennen. Der Anfang wurde auch noch nachträglich mitgetheilt. Die Fortlassung geschah, weil es sich da um ganz nebensächliche Dinge handelte. Daß es Stöcker auf persönliche Verheerung durch Dintertreppen-Politik ankam, geht doch zu deutlich aus dem ganzen Briefe selbst hervor, als daß nachträgliche Andreden daran irgend etwas ändern könnten. —

Unsere Werner Genossen haben für die Nationalrathswahl im sechsten eigentlichen Wahlkreis den Generalstaatsanwalt Karl Braggen in Bern als sozialdemokratischen Kandidaten aufgestellt. Wie wird's da unseren Justizministern und tutti quanti in Muth? Nachbarin! Guer Gläschen! —

Das Ministerium Bourgeois tritt heute vor die französische Kammer. Noch im Laufe des Tages werden Telegramme mit dem Inhalt der ministeriellen Programm-Erklärung hier eintreffen. Da die Depeschen aber meist erst spät abends kommen, so rathen wir dem Leser, die nach Schluß der Redaktion gedruckten Telegramme genau anzulesen. Wie es heißt, ist das neue Ministerium für Abschaffung des Anarchistengesetzes.

Die sogenannte Ordnungspresse ist ganz außer sich vor Wuth, daß ein Kabinet am Ruder ist, welches seine Mission nicht darin erblickt, die Arbeiter zu knebeln. Sie schreien Jeter und verlangen den sofortigen Sturz der „Rabulalen“. Der Pariser Korrespondent der „Vossischen Zeitung“, mit dessen kapitalistischem Fanatismus wir uns schon zu beschäfftigen hatten, telegraphirt heute:

Paris, 4. November. Die „Débats“ billigen den Gedanken vieler Gemäßigten nicht, das Ministerium Bourgeois den Beweis seiner Unmöglichkeit selbst führen zu lassen, sondern verlangen,

daß die Regierungrepublikaner das neue Kabinet unverzüglich angreifen und wenn möglich noch heute stürzen. Gelegenheit zu einer Tadelkandgebung bieten das Programm, die beabsichtigte Abschaffung des Gesetzes gegen die Anarchisten, besonders aber die Haltung der neuen Regierung gegenüber dem Garmaurer Aufstand. Resignation kann nicht gewonnen werden, sich einem Schiedsspruch zu unterwerfen, und wird voraussichtlich widerstehen, woraus sich schwere Verwicklungen ergeben können. Man erzählt, daß der oberste Kriegsrat, der aus den für den Kriegsfall zu Herführern bestimmten Generalen besteht, in seiner nächsten Sitzung, der ersten unter Cavaignac's Vorsitz, die beiden Vorschläge des neuen Kriegsministers, die Verlegung des neunzehnten algerischen Armeekorps nach Frankreich und die Verschmelzung der Genietruppe mit der Artillerie betreffend, vorbehaltlos verurtheilen werde. Die Stimmung ist allgemein düster, man sieht Kammerkämpfe, Krisen und Neuwahlen voraus, erwartet aber auch von einer neuen Kammer eine gründliche Besserung der Lage.

Kammerkämpfe, Krisen und Neuwahlen! Warum nicht auch Bürgerkrieg? Die Straßen in Blut schwimmend? Wenn die Herren Bourgeois es so toll treiben, kann es allerdings sofort zu Neuwahlen kommen. Und das ist die Lösung, die von unseren Genossen in Frankreich allgemein gewünscht wird. Sie hoffen die Zahl der sozialistischen Stimmen und Mandate zu verdoppeln. —

Eine Depesche aus Paris von heute Nachmittag meldet, daß der Deputirte Guinette zum Minister der Kolonien ernannt ist. Das war der einzige noch zu besetzende Posten. —

Zur ostasiatischen Krise. Auf die Veröffentlichung des russisch-chinesischen Geheimvertrages durch englische Blätter antwortete die russische Regierung, nachdem sie den Geheimvertrag, ihrer alten Praxis getreu, lähn abgelehnt hatte, durch einen England heftig angreifenden Artikel im „Regierungsboten“. Der Artikel wurde in seinen Hauptstellen von der ebenfalls amtlichen russischen Telegraphen-Agentur nach allen vier Winden verbreitet. Hinterher wurde dann behauptet, der Artikel stehe im nichtamtlichen Theil des „Regierungsboten“ — was richtig ist — und sei ohne jegliche politische Bedeutung. Auch das gehört zur alten russischen Diplomaten-Praxis.

Nachträglich stellt es sich heraus, daß die Verbreitung des Artikels durch die russische Telegraphen-Agentur auch einem gemeinen Börsenmandöver gedient und daß das Wolff'sche Telegraphenbureau, wie die „Frankfurter Zeitung“, in solchen Dingen gewiß eine Autorität, des näheren nachweist, hierbei keine ganz schöne Rolle gespielt hat. Die Verbindung der Börse mit der Diplomatie ist beiläufig eine alte Gepflogenheit — namentlich in despotischen Staaten.

Natürlich bleibt man in England die Antwort auf die russische Anrempelung nicht schuldig. Ein konservatives Blatt, das zu offiziösen Mittheilungen benutzt wird: der „Observer“, giebt den Vorwurf der Doppelzüngigkeit an Rußland zurück und schließt mit der Erklärung, daß England, auch wenn es „ganz allein zu sechten“ hätte, in Ostasien nicht vor Rußland und auch nicht vor einem russisch-französischen Zweibund einen Zoll breit zurückweichen werde.

Das sind vorläufig nur Worte, allein dieser Federkrieg zeigt doch, wie hochgradig die Spannung zwischen den Regierungen Rußlands und Englands ist. —

Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, daß ein Gerücht in Umlauf gesetzt ist, Japan habe mit den Russen einen Geheimvertrag geschlossen und überlasse ihnen Port Arthur für das Protektorat von Korea. Das Gerücht ist zu unsinnig, um einer Widerlegung zu bedürfen. —

In eigener Sache. Versenen und unberufenen Frägern bezüglich unserer Stellung zur Agrar-Resolution des Breslauer Parteitags erklären wir hiermit, daß die Begründung und der Wortlaut der Resolution von den Redaktionsmitgliedern des „Vorwärts“ sehr verschieden beurtheilt werden, daß wir aber einige darin sind, für Kongreßbeschlüsse diejenige Achtung zu fordern, auf welche die Beschlüsse der höchsten Parteijustanz Anspruch haben, und daß wir deshalb die Art und Weise, wie die bayerische Kammerfraktion sich dem Agrarbeschuß des letzten Parteitags ostentativ entgegenge stellt hat, im Interesse der Parteidisziplin mißbilligen müssen. —

Deutsches Reich.

Die Deutsche Volkspartei hat mit der Kaperung von Zeitungen dieses Blattes der Mainlinie kein besonderes Glück. Die „Volk-Zeitung“ verwahrt sich dagegen, das Blatt zu sein, dessen Anschluß bevorstehe. Sie wolle nach wie vor die demokratischen Ideen fördern, aber keiner bestimmten Partei dienen. Bleibt also nur das „Kleine Journal“, das seinen Anschluß bisher wenigstens nicht desavouirt hat. Aber unheimlich ist es auch so schon der Partei, die es zu beglücken gedenkt. Die „Frankfurter Zeitung“ druckt unsere Bemerkungen über Dr. Leipziger's drohenden Anschluß an die Deutsche Volkspartei ab und sagt hinzu:

„Es muß selbstverständlich jedem Blatte überlassen bleiben, welche Ansichten es zu vertreten gedenkt. Wir bezweifeln jedoch sehr ernsthaft, daß das „Kleine Journal“ in seiner heutigen Zusammensetzung in der Lage ist, seinen Eintritt in die Volkspartei in besonders feierlicher Weise zu vollziehen, wie es nach der Ankündigung im „Beobachter“ scheinen könnte. Die Red. d. Frankf. Stg.“

Ob Dr. Leipziger diese Pille wohl mit Anstand hinunterschlucken wird? —

Ein neues Opfer scharfschießender Militärposten. Aus Königsberg i. Pr. wird gemeldet: In der Nacht vom Sonnabend auf Sonntag wurde ein Posten, welcher an der Pionierkaserne vor dem Sackheimer Thor Wache hielt, von mehreren Personen, die gestern zur Kontrollversammlung erschienen waren, beschimpft. Als nach ihm mit Steinen geworfen wurde, gab er Feuer, wobei ein Tumultuant durch einen Schuß in die Brust getödtet wurde, ein zweiter erhielt einen Streichhieb quer über die Brust und wurde schwer verletzt nach dem hiesigen Elisabeth-Krankenhaus übergeführt. —

Wie es wurde nicht schon Protest eingelegt dagegen, daß Posten mit geladenem Gewehr vor irgend welchen staatlichen Gebäuden auf offener Straße aufgestellt und mit der Infanterie versehen werden, unter Umständen von der tödtlichen Waffe Gebrauch zu machen! Thut nichts, — es wird weiter fort geschossen.

Dortmund, 8. November. (Eigener Bericht.) Am Dienstag, 5. November, findet die Stichwahl zwischen unserem Genossen Lütgenau und dem Kommerzienrath Müller statt. Die Nationalliberalen des Dortmunder Kreises scheinen eine wahre Elephanthaut zu besitzen, denn nachdem ihr Müller bereits zweimal aus dem Reichstag hinauskompensirt wurde, haben sie sich auch bei der letzten Hauptwahl nicht ge-

schent, wiederum dieselben schädigen Praktiken in Anwendung zu bringen, welche die Dornmünder Wälder bisher vernichtet haben. In einer ihrer Hochburgen, in Biede, haben sie die Unverschämtheit soweit getrieben, im Schullokal, das als Wahlbureau diente, eine Schnapschenke zu etabliren. Jeder ankommende Wähler wurde auf dem Flur von den Nationalliberalen in Empfang genommen und in ein, dem Wahlbureau gegenüberliegendes Klassenzimmer geleitet. Hier erhielt er den „richtigen“ Stimmzettel und einige „Wahlknäpfe“, um dann solchermaßen gekleidet, den Weg nach dem Wahlzimmer anzutreten. Die Stimmzettel-Verteiler der sozialdemokratischen Partei und des Zentrums wurden unter Androhung von Prügelein aus dem Hausflur verwiesen. „Man macht sich überhaupt“, so schreibt die ultramontane „Trenonia“ über diese Vorgänge, „keinen Begriff davon, mit welchen Ausdrücken die Stimmzettel-Verteiler des Zentrums und der sozialdemokratischen Partei belegt wurden.“ Ein Nationalliberaler kam bereits total betrunken und bewaffnet mit einer langen, mit einer Kette versehenen Rute an, mit der er drohte, die sozialdemokratischen Stimmzettel-Verteiler in Grund und Boden zu schlagen. Dieser Mann wurde von den „gebildeten“ Herren mit Schminzeln empfangen und ihm weitere Schnaps verabfolgt. Ein anderer Nationalliberaler, ein Herr Dr. Mittelschulte, schlug einen unserer Genossen, der ihm anständig einen Zettel abgab, mit voller Wucht auf die Hand. Auf die Vorhaltung des Geschlagenen erwiderte der gebildete Herr Doktor:

„Kommen Sie mir noch einmal mit einem solchen Wisch, dann schlage ich Sie in die Presse!“

Die Erregung über dieses Verhalten der Nationalliberalen ist unter der Wählerchaft sehr groß, davon konnte man sich in allen von unserer Partei veranstalteten Wählerversammlungen überzeugen. Das sozialdemokratische Wahlkomitee hat bekannt gemacht, daß die im Kreise zur Betreibung der Wahlagitiation anwesenden Reichstags-Abgeordneten Gerisch, Molkenbühr und Schumacher auch am Tage der Wahl noch anwesend sein werden, um sich durch den Augenschein von der nationalliberalen Wahlmacherei zu überzeugen. —

— In bezug auf den Denunzianten Fröblich aus Leipzig erhalten wir von dem Pfarrer Schulte, Vorsitzenden des Evangelischen Arbeitervereins zu Leipzig, folgende Zuschrift: „In Nr. 255 des „Vorwärts“ ist unter „Leipzig, 30. Oktober“ der Denunziation des Schleifers Ernst Fröblich in Leipzig-Plagwitz gedacht mit der Bemerkung, daß pp. Fröblich Mitglied des Evangelischen Arbeitervereins sei und durch die Vermittelung eines Pastors in die Fabrik von Rud. Sack eingestellt worden sei. Ich erkläre demgegenüber, daß pp. Fröblich bereits 1898 aus dem Evangelischen Arbeiterverein ausgeschlossen worden und daß seine Anstellung bei Rud. Sack nicht durch Vermittelung eines Pastors geschehen ist.“

Die Verurtheilten im Buchsmüller Prozeß, Gastwirth G. Linder und Genossen, die gegen das auf Bestrafung wegen Landfriedensbruch lautende Erkenntnis der Strafkammer des bayerischen Landgerichts Weiden Revision eingelegt hatten, sind damit vom Reichsgericht abgewiesen worden. Die Rechtsmittel in diesem Prozeß sind damit erschöpft und die Buchsmüller, die gegen den Buchstaben des Gesetzes gekämpft hatten, wo ihnen das höchste natürliche Recht zur Seite stand, müssen nun die Folgen ihrer Handlungen tragen. Und das von Rechts wegen. —

— Ober-Staatsanwalt Raffaga in Colmar ist zum Unterstaatssekretär der Justiz im Ministerium für Elsaß-Lothringen als Nachfolger des in den Ruhestand getretenen Unterstaatssekretärs Dr. Hofens ernannt worden.

Ein ehemaliger Staatsanwalt als Leiter der Justiz that da gerade noch noth. —

— Deutsche Haringfischerei. Während bisher die Nordsee von deutschen Fischern wirtschaftlich am wenigsten ausgebeutet wurde, und die Reute ihrer reichen Fischgründe im Jahresbetrage von ca. 800 Millionen Mark überwiegend fremden Händen, hauptsächlich Engländern und Holländern, zu gefallen sind, zeigen sich jetzt auch in deutschen Küstenorten die Anzeichen eines großkapitalistischen Fischereibetriebes. Einen interessanten Beweis dafür liefern die Zahlen des soeben publizirten 5. Jahres Handelskommerzial-Jahresberichts, in dem es heißt: Die Emdener Haringfischerei-Aktien-Gesellschaft kann wiederum auf ein außerordentlich glänzendes Betriebsjahr zurückblicken. Es wurden in handelsüblich gepackten Tonnen angebracht im Jahre 1894 mit 22 Schiffen 28 403 Tonnen, also per Schiff 1291 Tonnen Haring gegen 20 Schiffe mit 22 944 Tonnen im Jahre 1893. —

Oesterreich.

— Wiener Bürgermeisterwahl. Die Entscheidung über die Befragung des Bürgermeisterspostens in der österreichischen Hauptstadt ist immer noch nicht gefallen, da die Befragung Dr. Quegers durch das Ministerium noch aussteht. Die Liberalen sehen in letzter Stunde nochmals alle Gebel in Bewegung, um die Befragung zu hintertreiben. Sie wollen damit zugleich das Maß ihres Einflusses auf den neuen Ministerpräsidenten Grafen Wartenberg erproben. Die Antikemiten sind übrigens auch nicht faul in ihrer Agitation und haben sich zur Unterstützung ihrer Sache — Ahlwardt aus Berlin verschrieben. Wenn das nicht hilft?!

Schweiz.

— Steuerreformen. Der Züricher Bauernbund stellt ein Initiativbegehren an die kantonale Regierung, über die Abänderung von Bestimmungen des Steuergesetzes. Nach Meinung der Züricher Bauern wären Gründe genug vorhanden, das ganze Steuergesetz so umzugestalten, daß, abgesehen von einer Aktivbürgersteuer, alle Steuern in eine Einkommensteuer zusammengefaßt würden. Vorerst will sich allerdings der Bauernbund an das Bestehende anschließen und will die kleinen Einkommen und Vermögen mehr geschenkt sehen. Das Einkommensverfahren soll gründlich geändert werden und an Stelle des Verlehrsvertrages landwirtschaftlicher Grundstücke der tatsächliche Ertragswerth der Einkünfte untergelegt werden. —

Frankreich.

Paris, 3. November. (Eig. Bericht.) Zur Lage in Carmaux. Herr Mességuier hat sowohl den selbst vom Präsesen als recht annehmbar bezeichneten Vorschlag der Streikenden, die bisher üblichen drei achttägigen Arbeitsjourne durch vier sechsstündige zu ersetzen, zurückgewiesen, sowie auch den Antrag auf eine Zusammenkunft, in der beide Parteien die strittigen Punkte in Gegenwart des Präsesen behandeln sollten und schließlich sich auch gewieget, selber Vorschläge zur Lösung des Konfliktes bekannt zu geben. Daraufhin haben die Streikenden gestern ein Telegramm an den neuen Ministerpräsidenten gerichtet, in welchem sie ihm, nach Bekanntgabe des Verhaltens Mességuiers erklären, daß sie, wie vor der Interpellation Jourde, so auch jetzt bereit seien, ein Schiedsgericht anzunehmen und gleichzeitig das Versprechen erneuern, sich allen seinen Folgen unterwerfen zu wollen. „Es ist weder aus Mäßigkeit, noch aus Entmutigung —“ sagen sie hinzu — „daß wir diesen Antrag auf's neue stellen. Unterstützt von der öffentlichen Meinung sind wir bereit, für die Breithaltung des allgemeinen Stimmrechts und der gewerkschaftlichen Freiheit bis ans Ende zu kämpfen. Bis zu Ende wollen wir aber auch zeigen, daß es der Geist der Versöhnung ist, der uns befeht und daß weder die Unversöhnlichkeit noch der böse Wille auf unserer Seite stehen.“ —

Manifest. Das provisorische Aktionskomitee sämtlicher Arbeiterorganisationen in Frankreich erläßt jetzt einen Aufruf zum allgemeinen Zusammenschluß aller organisierten Arbeiter des Landes. Es heißt darin, daß bei den Er-

eignissen in Carmaux wiederum die herrschenden Klassen und die Regierung den Arbeitern die Bewegungsfreiheit im wirtschaftlichen Leben haben nehmen wollen; trotz des Gesetzes über die Syndikate von 1884 betrachtet man den Streik, der ein legales Mittel der Arbeiterschaft zur Hebung ihrer Lage ist, als ein Verbrechen und stellt, um ihn zu hindern, die öffentliche Gewalt in den Dienst der Unternehmer. Die Ministerien folgen einander, aber die Macht befindet sich immer in Händen der Angehörigen derselben Klasse, und der Kampf gegen das Proletariat wird stets mit derselben Festigkeit geführt. Carmaux ist nur eine Episode in dem Kampf gegen die Arbeiterorganisationen: im Jahre 1888 hob er an mit der gewaltsamen Schließung der Arbeiterbörse in Paris; dann versuchte man die Syndikate der Bergleute des Nord und des Pas de Calais zu zerstören; den Eisenbahnarbeitern versuchte man das Recht zum Streik zu nehmen, ebenso wie den staatlichen Arbeitern in Händholzfabriken, den Arsenalen und den anderen staatlichen Betrieben; schwere Verurtheilungen regneten auf die Arbeiterorganisationen und ihre Vertreter herab. Um gegen alle diese Angriffe stark und geküßt zu sein, muß eine alle Arbeiter des Landes umfassende Organisation geschaffen werden. Dem Egoismus der Gegner muß die Solidarität der Arbeiter entgegengestellt werden. Unterzeichnet ist der Aufruf von etwa 60 Arbeiterorganisationen.

Bulgarien.

— Die Taufe des „Prinzen“ Boris ist das offizielle Tagesereignis. Bei fürstlichen Personen entscheidet bekanntlich, wie auch bei fürstlichen Ehen, die Staatsraison, und die russische Staatsraison, die jetzt in Bulgarien herrscht, fordert, daß der „Prinz“ griechisch-katholisch getauft werde. Papa Ferdinand, der sehr griechisch-katholisch ist, sträubte sich lange dagegen, scheint aber jetzt entschlossen zu sein, „seinem Lande“ dieses „Opfer“ zu bringen. Wenn Boris weilauf eine Messe werth war, warum Bulgarien nicht eine Taufe?

Aus Sofia wird in dieser „Frage“ unterm 4. November telegraphirt: Die das russophile Blatt „Staroplanina“ meldet, hat Prinz Ferdinand den Ministern erklärt, er werde den Prinzen Boris orthodox taufen lassen, falls die Sobranje, welche er als den Ausdruck des Willens der Nation betrachte, es fordern sollte, er sei damit einverstanden, daß die Taufe am 18. Januar (a. St.) 1896, als dem Geburtsfeste des Prinzen Boris, stattfinden. Ein anderes Blatt bestätigt das angegebene Datum und kündigt für diesen Tag ein Manifest an, welches die vollzogene Taufe bekannt geben werde. Die Regierungstreue verhalten sich diesen Angaben gegenüber reservirt und geben nur den grundsätzlichen Einfluß des Prinzen Ferdinand zu. —

Rußland.

— Ueber den Verkauf des Streiks auf der Korsinischen Spinneret und Weberei in Jaroslaw, über welchen der „Vorwärts“ schon einige kurze Mittheilungen gebracht hat, erhalten wir aus Rußland jetzt einen ausführlichen Bericht. Die Unzufriedenheit der Arbeiter dieser Fabrik, welche eine der größten in Rußland ist (sie beschäftigt 4288 Arbeiter und 3208 Arbeiterinnen), datirt von dem Jahre 1891, seitdem ein gewisser Feodorow zum Direktor der Fabrik ernannt worden. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger, einem Engländer, führte Feodorow das System der Strafbüße für mangelhafte Arbeit in so unarmherziger Weise durch, daß die Spinner statt der früheren 60 nur 40 W. und die Weber statt 40 nur 30 W. im Monat verdienten. Die Strafbüße vermehrte sich insbesondere im Frühling dieses Jahres, da infolge der Vertheuerung der Baumwolle die Direktoren den Arbeitern schlechteres Material gab, was zur Folge haben mußte, daß die Maschinen und Knoten in den von den Arbeitern fertig gestellten Produkten, also auch die Strafbüße von ihrem Lohne sich vermehrte. Am 7. Mai wurde den Arbeitern durch einen Anschlag eine neue Lohnverfälschung angekündigt: den Spinnern sollte der Akkordlohn um 7 1/2 pCt. gekürzt werden und den Webern wurde die Breite des für einen bestimmten Lohn verlangten Gewebes erhöht. Dieser Vertragsbruch seitens der Direktion, welche vor Öftern mit den Arbeitern einen Vertrag unter den alten Bedingungen geschlossen hatte, bewegte die Spinner, sofort die Arbeit einzustellen. Ihnen schlossen sich die Weber und fast sämtliche Arbeiter der Fabrik an. Als die Behörden von diesem Ereignis benachrichtigt wurden, rückte sofort das Militär mit dem Gouverneur Friede an der Spitze vor die Fabrik. Nachdem die Deputation der Arbeiter, welche dem Gouverneur Friede ihre Wünsche vortragen wollte, verhaftet worden, wollten die versammelten Arbeiter ruhig auseinandergehen, wurden aber daran von den Soldaten verhindert, welche ihnen mit den Gewehrstoßen Hebe verfechten und, als die dadurch in Aufrufung gebrachten Arbeiter die Reihe der Soldaten durchbrochen hatten, gab ein Offizier den Soldaten den Befehl, eine Schußsalve auf die sich entfernenden Arbeiter abzufeuern. Es wurden dabei ein Arbeiter, eine Frau und ein Kind getödtet (die beiden letzteren traf die Kugel durch das Fenster des Hauses, in welchem sie sich befanden) und 18 Arbeiter verwundet. Aus den Akten des Untersuchungsrichters ist zu ersehen, daß alle Wunden im Rücken erhalten sind. Nach Vollbringung dieser Heldenthat lehrten die Soldaten mit einem Siegesgesang in die Kaserne zurück.

Eine andere Deputation der Arbeiter, welche bei Igumnow, einem der Besitzer der Fabrik vortrat und die Wiederherstellung der alten Löhne, wie sie früher bezahlt wurden, die Entfernung des Direktors Feodorow und seines verhaften Schiffschapoiv und die Ernennung des bei den Arbeitern beliebten Hauptmechanikers, des Engländers Dehm zum Direktor, forderte, wurde auch verhaftet. Im ganzen befinden sich bis jetzt noch 150 Arbeiter im Gefängnis, 2000 sind von der Fabrik entlassen und aus Jaroslaw ausgewiesen worden. Dehm, welchen die Arbeiter zum Direktor haben wollten, und noch einige Engländer sind auch aus Jaroslaw ausgewiesen worden. Vom Streik wurden auch entlassen zwei Komptoiristen, wie auch das sämtliche Medizinalpersonal der Fabrik, weil diese sich weigerten, die an alle Beamte der Fabrik seitens der Direktion ergangene Forderung zu erfüllen, schriftlich auf Grund der Beobachtungen, welche jeder gemacht hatte, mitzutheilen, welche Rolle einzelne Arbeiter vor und zur Zeit des Streiks gespielt haben und auf welchen Einfluß dieser zurückzuführen sei. Der Vortheil, welchen die in Arbeit geliebten Arbeiter vom Streik haben, ist der, daß die Tage vom 7. Mai zurückgezogen wurde und der verhaftete Schiffschapoiv aus Furcht vor den Arbeitern selbst von der Fabrik fortgegangen ist, sonst ist alles beim alten geblieben.

Im Juni wurde in der Jaroslawer offiziellen Zeitung der schon in der Nr. 185 des „Vorwärts“ mitgetheilte Befehl des Kommandeurs der Armes des Moskauer Militärkreises Kossakoff veröffentlicht, in welchem dieser mittheilt, daß der Kaiser auf den Rapport über die Vorgänge auf der Jaroslawer Manufaktur geschrieben hat: „Ich bin sehr zufrieden mit dem ruhigen und handhastesten Auftreten des Militärs während der Aufhebungen auf der Fabrik.“ Die hestographirte, in Rußland unter den Arbeitern verbreitete Broschüre, welcher wir diese Beschreibung des Streiks entnehmen, bemerkt hierzu: „So giebt der Zar seine Anweisung über die Tödtung eines Arbeiters und mit ihm einer Frau und eines Kindes kund!“

Türkei.

— Finanzielle Schwierigkeiten. Zu den verwickelten politischen Verhältnissen in der Türkei sind nun auch noch finanzielle Schwierigkeiten hinzugekommen. Es war vorauszuhaben, daß sich die Armenier, in deren Händen ein bedeutender Theil der Banken und Geschäfte in Konstantinopel und den anderen Märkten der Türkei befinden, bei den jetzigen Zuständen dem regelmäßigen Verkehr möglichst zu entziehen suchen würden. Die Folge war eine Stockung in der Abwicklung aller

Verbindlichkeiten; um nicht eine völlige Perote einzuweisen zu lassen, hat die türkische Regierung sich genöthigt gesehen, ein viermonatliches Moratorium für alle aus Wirtshausgeschäften entstandenen Forderungen festzusetzen. Da die Fassung des Moratoriums übrigens etwas unklar ist und Vollzugsverordnungen noch nicht bekannt gegeben sind, so wird auch der Versuch gemacht, es auf Waarenforderungen u. s. w. auszudehnen. Die Ottomanische Bank selbst macht sich diese Unklarheit theilweise zu nute. Sie wurde in den letzten Tagen mit Forderungen nach Gold fast gestürzt; da aber schon einige Goldschiffe unterwegs sind, so wird sie voraussichtlich glücklich über die Fährlichkeiten hinwegkommen, wenn nicht der Ausbruch einer allgemeinen Revolution die Lage völlig verändert. Aus allen Theilen des Ottomanischen Reiches liegen wieder die bekannten Meldungen vor von Aufständen und Gräueln aller Art. Vorläufig jedoch scheint noch die Regierung Herrin der Situation zu sein. —

— Kämpfe zwischen Armeniern und Türken werden aus den verschiedensten Theilen Kleinasiens gemeldet. Es ist ein förmlicher Klassenkrieg und Klassenkriege sind immer sehr erbittert — namentlich wenn ihnen eine so lange Verheerung vorausgegangen ist, wie in diesem Fall. Die Herren Diplomaten, die den Brand entfacht haben, um ihre Teufelsuppen daran zu kochen, haben eine schwere Schuld auf sich geladen, allein diese Herren besitzen ein weites und klares Gewissen. —

Amerika.

— Wahlen im Staate Massachusetts. Die Sozialistische Arbeiterpartei von Massachusetts erwartet dieses Jahr einen bedeutenden Stimmenzuwachs, da die alten Parteien fast gar kein Interesse beim Volk erwecken konnten. Zwar haben die Positivisten versucht, den alten Religionshahn wieder aufzuwärmen, aber das wird nicht so recht ernst genommen, vielmehr als ein politischer Kniff betrachtet. Die Wahl findet am 5. November statt. Die Sozialistische Arbeiterpartei erhielt voriges Jahr 3104 Stimmen. Der diesjährige sozialistische Kandidat für den Gouverneurposten ist der Zigarrenmacher Moritz Kufner von Holyoke.

Die Sozialistische Arbeiterpartei von Massachusetts verfügt über außergewöhnliches agitational Material. Darunter sind A. B. Frau Martha Moore Avery und Frau S. H. Merrield. Außerdem der junge Herbert Casson und David Taylor, beide sehr gute und geschulte Redner. In der Agitation ist viel geleistet worden. Auch steht zu erwarten, daß verschiedene Sektionen sich an den im Dezember stattfindenden Lokalwahlen betheiligen werden. In Holyoke hatten die Genossen schon voriges Jahr in einer Ward (Wahlbezirk) ein selbstständiges Ticket aufgestellt, doch wurde ihr Kandidat für den Stadtrath mit wenig Stimmen Mehrheit geschlagen, weil beide der alten Parteien sich gegen die Sozialisten vereinigten. Die Holyoker Genossen werden aber wiederum auf dem Kampfbahnen erscheinen.

— Neue Truppen sendungen nach Kuba. Spanische Blätter bringen die Meldung von neuen Truppen sendungen nach der ausländischen Insel. 35 000 Mann sollen unverzüglich abgehen. In Kuba scheint sich die Lage noch nicht zu gunsten der Spanier verändert zu haben, da neuerdings starke Haufen von Aufständischen in der Provinz Pinar de Rio sich gezeigt haben; in mehreren Schmarheln sind angeblich die spanischen Truppen siegreich gewesen. —

— Aus Mexico. Die „Newport World“ veröffentlicht eine Depesche aus Yachuca, wonach in dem Gefängnis zu Zecacapa zehn Personen auf Befehl des Richters als Ketzer lebendig verbrannt wurden. Der Richter gab an, den Aufruf von Gott empfangen zu haben; er ließ die Unglücklichen aus den Betten reißten und nach dem Gefängnis schleppen, dort schloß er sie ein und legte Feuer an. Der Brand zerstörte das Gefängnis vollständig. Die Bevölkerung von Zecacapa, von religiöser Manie beherrscht, ließ den Vorgang geschehen. Es haben zwarig Verhaftungen stattgefunden; die Untersuchung ist eingeleitet. —

Partei-Nachrichten.

Die Agitation auf dem Lande haben die Parteigenossen von Halle a. S. im vergangenen Jahre, trotzdem ihnen in den umliegenden Ortschaften fast keine Säle zur Verfügung standen, sehr lebhaft betrieben. Sie verbreiteten, wie der Vertrauensmann in einer Parteiversammlung berichten konnte, allein 70 650 Flugblätter und etwa 20 000 Exemplare des „Volksblatt“.

Kapitalkret. Die Vertreter des Ortsverbandes der Hirsch-Dunderhosen Gewerkschaften Magdeburgs haben beschlossen, von einer offiziellen Betheiligung an den demnächst stattfindenden Gewerbegerichts-Wahlen Abstand zu nehmen. — Sie überlassen also unsern Genossen den Platz ohne Kampf, einerseits wohl in der zutreffenden Vermuthung, daß die Arbeiterinteressen im Gewerbegericht von Sozialdemokraten viel energischer vertreten werden, als das von Jäglingen des Herrn Dr. Wog Hirsch zu erwarten wäre, andererseits in der Gewißheit, daß sie mit ihren Kandidaten doch nur einen tüchtigen Reinsfall erleben würden.

Partei Finanzen. In einer Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins für Altona gab der Kassirer folgenden Rapport: Die Einnahme betrug 3679,51 M., die Ausgabe 1062,10 M., mithin verblieb ein Kassabestand von 2617,41 M. 1500 M. wurden zur Propaganda bewilligt. Die Versammlung beschloß noch, den Bezirkskassirern von ihren Einnahmen 7 1/2 pCt., mindestens aber 50 Pf. wöchentlich als Entschädigung für ihre Mithewaltung zukommen zu lassen.

Der Parteitag der Schweizerischen Sozialdemokratie wird Ende November in Bern abgehalten.

Unsere ezechischen Parteigenossen haben durch ihre rege Agitation bereits recht gute Erfolge zu verzeichnen. Eine Kreis-konferenz für Böhmen, die am 26. und 27. Oktober in Pilsen abgehalten wurde, war von 50 Delegirten besucht, die zusammen 29 politische und gewerkschaftliche Organisationen vertraten. Die Berichte der Kreisvertretung gaben ein Bild fleißiger Thätigkeit. Seit dem Rudolfer Parteitage (Weihnachten 1893) wurden 176 öffentliche Versammlungen abgehalten. Davon wurden 6 aufgelöst. Verboten wurden 16 Versammlungen. Vorträge wurden 254 abgehalten. Gerichtlich verfolgt wurden 63 Genossen. Verurtheilt eine Anzahl, zusammen zu 12 Monaten 29 Tagen und 28 fl. Geldstrafe. Die Kreisorganisation zählt 3 politische Vereine mit 479, 10 Fachvereine mit 2086 und 49 Bildungsvereine mit 3920 Mitgliedern. Für den Inhabstirten, Agitations- und Unterstützungsfonds sind vom 1. Oktober 1894 bis 30. September 1895 insgesamt eingegangen 718 fl. 78 kr. Die Berichte über den Stand der Organisationen lauten sehr günstig. Die Bewegung in Südwestböhmen hätte aber noch größere Fortschritte gemacht, wäre sie nicht von geschehensmüden Bezirkshauptleuten behindert worden. — Der armen Pilsener Polizei hat diese Konferenz übrigens viel Arbeit gemacht. Der Bezirkshauptmann wollte die Abhaltung um jeden Preis verhindern. Das Vereinshaus wurde von zwei Kommissaren und fünf Polizisten ununterbrochen bewacht. Die übrige Polizeimannschaft spürte in allen öffentlichen Lokalen Pilsens herum — alles war erfolglos. Während das Vereinslokal am Sonnabend Abend bis 10 Uhr und Sonntag bis 5 Uhr auf's schärfste bewacht wurde, tagten die Genossen ungehindert an einem anderen Orte.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Gehausucht wurde dieser Tage in den Redaktionsräumen unserer Brandenburger Parteizentrale, der „Brandenburger Zeitung“, nach dem Manuskript eines in dem genannten Blatte veröffentlichten Briefes aus Rudowalde, worin über einen

Lehrer Beschwerde geführt war. Gefunden wurde selbstverständlich nichts.

Der „grobe Unfug“ geht um. Dem bisherigen verantwortlichen Redakteur der „Volkskraft“, Genossen Jahn ist ein Strafbefehl von 100 M. wegen „groben Unfugs“ zugegangen. Es handelt sich um zwei Fälle. Das eine Mal hatte ein Vertrauensmann in der „Volkskraft“ die Parteigenossen aufgefordert, ihren Bedarf an Zigarren nicht bei einer im Kampf mit ihren Arbeitern befindlichen Firma zu decken; ferner enthielt eine andere Nummer desselben Blattes das Ersuchen an die Tabalarbeiter, in einer bestimmten Zigarrenfabrik jede Nachfrage nach Arbeit zu vermeiden. Es wird gerichtliche Entscheidung beantragt. Im Anschluß hieran theilt unser Breslauer Bruderorgan noch mit, daß auch Genosse Paul Kühn von der Polizei wegen Verübung „groben Unfugs“ vernommen worden ist. Der „grobe Unfug“ soll hier darin bestehen, daß Kühn in einer Volksversammlung die Gewerkschaften darauf aufmerksam machte, daß es ihre Pflicht sei, im Establishement „Deutscher Kronprinz“ Festlichkeiten nicht zu veranstalten, wenn dort keine Volksversammlungen abgehalten werden dürften. — Genosse Hentschel, Redakteur des Zeiger „Volksboten“, wurde ebenfalls vernommen, weil er groben Unfug verübt haben soll. Und in Kiel wurde Genosse Cappel zu 20 M. Strafe verurtheilt, weil er anlässlich der Rückkehr des Genossen Klüs aus dem Gefängnis an das Fenster seiner Gastwirtschaft ein Plakat mit folgender Aufschrift angeheftet hatte: „Willkommen dem Preussener nach 14wöchentlicher Haft!“ Diese Worte sollen „Mergerniß“ erregt haben.

Dem Arbeiter-Gesangsverein in Lambrecht (Rheinpfalz) war von dem Bezirksamt Neustadt an der Harz der im September abzuhaltende Ball zwar nicht verboten, aber man verbot, den Frauenpersonen den Zutritt zu dem Ball, weil der Gesangsverein ein politischer Verein sei. Die Vorstandschaft erhob bei der kgl. Regierung zu Speyer ob dieses bezirksamtlichen Erlasses Beschwerde, worauf dem Vorsitzenden folgender Bescheid zugeing: „Neustadt a. S., den 28. Okt. 1895. Dem Vorstände des Gesangsvereins „Liedesfreunde in Lambrecht“ ist im Vollzuge einer Entscheidung der kgl. Regierung vom 23. d. M. auf bezügliche Beschwerde zu eröffnen, daß für die Zukunft Frauen und Minderjährige die Teilnahme an solchen Veranstaltungen, welche lediglich zum Zwecke geselliger Unterhaltung stattfinden, nicht verweigert werden wird, daß jedoch Ansprachen politischen Inhalts und sonstige mit dem Zwecke der Unterhaltung nicht vereinbare Vorträge nicht gehalten werden dürfen. Eröffnungs-nachweise ist vorzulegen. Kgl. Bezirksamt, Siebert, königlicher Regierungsrath.“

In einem Preßprozeß gegen den Genossen Komprda, Redakteur des sozialdemokratischen Blattes „Kämpfer“ in Brunn, äußerte sich der als Zeuge geladene Staatsanwalt Dr. Heyberger: „Ich werde mich auch als Privatperson mit solchen Leuten nicht „schmieren!“ Der genannte Genosse erhob Klage gegen den amtlichen Beleidiger, dieser wurde aber, wie jetzt die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ mittheilt, freigesprochen. Hiergegen ist Berufung eingelegt. In den oberen Instanzen wird der staatsanwaltschaftliche Flegel wohl kaum durchkommen, ohne Haare lassen zu müssen.

In ganz neuer und eigenthümlicher Weise hat kürzlich die Polizei von Barmen der sozialdemokratischen Presse ihre Freundschaft bezeugt. In der Elberfelder „Freien Presse“ wurde einiger Nachts von Unbekannten verübten Rohheiten z. Gedacht und daran die Bemerkung geknüpft, daß die Romyds wohl den „besseren“ Gesellschaftskreisen angehören dürften. Nun verneinte die Hochwohlblühliche von Barmen, die Redaktion des Blattes könne die Arbeit der Polizei besorgen und für Ermittlung der Uebelthäter sorgen. Was darauf geschah, wollen wir die „Freie Presse“ erzählen lassen: „Die Polizei von Barmen verneint nun, wir müßten ihr auf die Sprünge helfen und ihr die Namen derjenigen Personen nennen können, die sie seit jener Zeit angeblich so eifrig sucht. Das steht zwar ein großes Vertrauen jener Kreise in unsere guten Spürnasen voraus, aber wir konnten der Polizei auf ihre diesbezügliche Anfrage thatsächlich keine andere Antwort geben, als daß wir keinen Verstoß auf einen Polizeidetektiv in uns verspürten. Durch unsere Veröffentlichungen derartiger Vorkommnisse tragen wir zwar gern dazu bei, die allgemeine Aufmerksamkeit darauf zu lenken und dadurch der Thäter leichter habhaft zu werden, aber damit sollte sich im allgemeinen die Polizei begnügen; das thut aber die Barmen Polizei nicht. Wozu wäre denn der Zeugnisschwang denkt sie. Sie setzt sich hinter die Staatsanwaltschaft und diese ordnet die richterliche eibliche Vernehmung der gesammelten Redaktionsmitglieder der „Freien Presse“ an. Diese konnten natürlich nur erklären, daß ihnen von den ganzen Vorkommnissen weiter nichts bekannt sei, als was in der „Freien Presse“ veröffentlicht worden ist. Ob sich die Barmen Polizei, Staatsanwalt und Untersuchungsrichter mit diesen Erklärungen begnügen werden, bleibt abzuwarten. Wenn aber eine solche Praxis verallgemeinert werden sollte, wenn jeder Redakteur über Notizen und Mittheilungen im Blatte der Polizei, der Staatsanwaltschaft, dem Untersuchungsrichter weiteste Auskunft geben soll, selbst wenn diese Notiz keine strafbare Handlung für den Redakteur involvirt, wenn dies obendrein unter dem Zwange der eiblichen Zeugnispflicht und der Androhung des Zeugnisschwangsverfahrens gefordert wird, was bleibt dann noch von unserer sogenannten Pressfreiheit übrig? Ein solches Verfahren war in den Zeiten der schwärzesten Reaktion der 50er Jahre nicht üblich, in der Zeit und unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes wurde es nicht gehandhabt, das blieb der glorreichen Zeit unserer Tage vorbehalten. Wir haben es doch herzlich weit gebracht.“

In Alt-Warthau (Schlesien) löste der überwachende Polizeibeamte eine Volksversammlung auf, als der Referent äußerte, daß die Unternehmer bei einem Streik sehr oft Polizei und Staatsanwalt anrufen, damit diese die „armen“ Kapitalisten gegen die „unzufriedenen“ Arbeiter schützen.

Soziale Ueberblick.

Zur Bahnsteigenperre. Der Bund deutscher Gastwirthe, der in Leipzig seinen Sitz hat, beschloß in seiner letzten Verwaltungssitzung, in Gemeinschaft mit dem Gastwirthsverband in Berlin eine Petition an die Reichsversammlung der in betracht kommenden deutschen Staaten zu richten, daß den Hausdienern der Hotels, die Gepäck zur Bahn bringen, trotz der Bahnsteigenperre freier Zutritt zu den Bahnsteigen gewährt werde.

Gewerkschaftliches.

Die Firma Scholz Nachf. in Schöneberg veröffentlichte in Nr. 256 des „Vorwärts“ eine Verichtigung über angeblich falsche Behauptungen, die in der Sattlerversammlung am 29. Oktober gemacht worden sein sollen. Sie bestritt, daß von ihr Streikende aufgefordert wurden, baldigst wieder in Arbeit zu treten. Dem ist aber doch so. Oder hat die Firma z. B. nicht den Maschinenwärter Kreppler aus Nixdorf per Karte hierzu aufgefordert? Da die Firma den Streik als einen thörichten bezeichnet, so sehen wir uns veranlaßt, uns mit dem Inhaber der Firma, Herrn de la Croix, noch etwas zu beschäftigen. Herr de la Croix hat seinerzeit seinen Arbeitern das Versprechen gegeben, dieselben Preise für die Herstellung der Militäreffekten-Artikel zu zahlen, die von den Berliner Firmen gezahlt werden. Herr de la Croix zahlt aber nicht die Berliner Preise, sondern giebt z. B. für den Tornister nur 4,25 M., für den die Berliner Firmen 5,00 M. zahlen. Herr de la Croix hat in den Unterhandlungen mit den Streikenden sogar ausdrücklich erklärt, daß

er keinen einzigen Pfennig zuge und nicht gewillt sei, die Berliner Preise zu zahlen. Herr de la Croix hat also sein einst gegebenes Versprechen nicht gehalten. Die Berliner Preise durchzusetzen, darum dreht sich aber gegenwärtig der Kampf, da die streikenden Arbeiter von den anderen Forderungen Abschaffung der Theilarbeit (z.) augenblicklich Abstand genommen haben. Wenn Herr de la Croix behauptet, daß infolge des Streiks der größte Theil der vorhandenen Arbeit nach der Provinz gehen werde, da er wegen der angeblich „hohen Löhne“ nicht mit den Fabrikanten der Provinz konkurriren könne, so ist diese Behauptung schon theilweise durch die Thatsache widerlegt, daß, wie schon öfters erwähnt, die Berliner Firmen höhere Preise zahlen, und daß andererseits die Elberfeld-Barmen Fabrikanten die vor wenigen Tagen vorgenommene Herabsetzung der Preise damit motiviren, daß sie nicht so billig submittiren könnten, als die Berliner Firmen, und die Löhne herabsetzen müßten, um dieses thun zu können. Wer spricht nun die Unwahrheit? Sind es die Berliner Firmen und dann vor allem Herr de la Croix, da er die niedrigsten Löhne zahlt, oder sind es die Elberfeld-Barmen Fabrikanten? Weiter sind in der Fabrik des Herrn de la Croix Zustände vorhanden, wie in keiner anderen Fabrik. Die anderen Fabrikanten haben bisher stets für die Anschaffung der Maschinen selbst gesorgt, die Maschinen sind bisher überall Eigentum der Fabrikanten gewesen. Bei Herrn de la Croix dagegen müssen die Arbeiter, wenn sie Arbeit erhalten wollen, auch die Maschinen für den Fabrikanten anschaffen. Oder, Herr de la Croix, hat der obengenannte Maschinenwärter, als die Arbeit begann, sich nicht eine Maschine für 180 Mark anschaffen müssen? Für dieselbe hat er jede Woche, abgesehen von der Anzahlung, 2 Mark auf Abzahlung zu leisten und erhielt von Herrn de la Croix für die Benutzung der Maschine keinen Pfennig Entschädigung. Da Herr de la Croix in puncto der Ausnutzung der Arbeiter also mehr leistet, als die anderen Fabrikanten, so bezweifeln wir schon deshalb seine Angaben betreffs der Konkurrenz der Provinz.

Die Agitationsmission.

J. A. Bruno Pörsch, Nixdorf, Steinhehrstr. 24.

Zum Streik der Steinbildhauer Berlins wurde den

„Berliner Neuesten Nachrichten“ geschrieben: „In Streiksachen der Berliner Bildhauer theile ich Ihnen ganz unparteiisch mit, daß Leute, welche 15 Jahre in dem Fach arbeiten, überhaupt arbeitsunfähig werden, da der Stand von dem immerwährenden Marmor- und Steinarbeiten so lebensgefährlich für die Lunge ist, daß jeder Arzt bezeugen wird, daß solche Leute sehr selten ein Alter von über 40 bis 45 Jahre erlangen, wie Jahr aus Jahr ein starke kräftige Leute in dem Fach fast alle in den dreißiger Jahren an Lungenentzündung zu Grunde gehen. Leider haben wir gerade selbst einen Schwager, der von Haus aus kerngesund, wiederholt vom Arzt in vorhergehenden Jahren aufmerksam gemacht wurde, entweder sein gelerntes Geschäft ganz aufzugeben oder nur im Sommer zu arbeiten, im Winter gar nicht. Er schonte sich in den sehr kalten Tagen des Winters, indem er pausirte, als Familienvater dagegen mußte er arbeiten, sobald es ging, und heute in diesem Jahr mußte er aufhören, auch ohne Streik. Jetzt arbeitet die Frau, was sie auch schon immer gethan, aber es ist doch schrecklich, zu sehen, daß ein Mann von 36 Jahren wegen der Lungengefährlichkeit seines Berufes so muß zu Grunde gehen, er wie alle. Und will ich Sie nur bitten, zu berichten, bei der Lebensgefährlichkeit ist es nicht zu viel verlangt, wenn sie die 1/2 Stunde Arbeit für den Tag wollten.“

Die „Neuesten Nachrichten“ schwören bekanntlich auf Bismarck, sind also von dem Verdacht besonderer Arbeiterfreundlichkeit frei. Wenn also selbst ein solches Blatt eine Mittheilung zu Gunsten der streikenden Steinbildhauer veröffentlicht, so wird man auch in den Kreisen der „höheren“ Gesellschaft den Steinbildhauern die Berechtigung zum Streik nur schwer absprechen können.

In einer Mannerversammlung in Halle a. S. wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, vom 1. April 1896 an von sämtlichen Meistern am Orte den Mindestlohn von 40 Pf. pro Stunde zu verlangen. Die Diskussion hatte nämlich ergeben, daß nur ein Theil der Meister diesen beim letzten Streik geforderten Stundenlohn zahlte.

Unter den Handschuhmachern Wiens ist eine partielle Lohnbewegung ausgebrochen. Es handelt sich um die Durchführung des Minimaltarifs und um eine Lohnerhöhung für die sogenannten Rappa-Handsche. Trotz des Streiks im Jahre 1890 und trotz der seitherigen Bemühungen der Gewerkschaft ist es in vielen Geschäften noch immer nicht gelungen, die Anerkennung dieses Tarifs durchzusetzen.

Ueber die Differenzen im Schiffbauhandwerk Belfast, der Hauptstadt der Grafschaft Ulster in Irland, wird uns aus London geschrieben: Die Unternehmer bieten den Arbeitern einen Lohnzuschlag von einem Farthing (1/4 Penny) = 2 Pfennig pro Stunde, der aber erst vom 2. März nächsten Jahres an in Kraft treten soll, vorausgesetzt, daß der Stand des Geschäftes abdann einen solchen noch rechtfertigt, und mit der weiteren Bedingung, daß die folgenden sechs Monate keine weitere Verringerung in den Lohnsätzen zu erfolgen, nach Ablauf dieser sechs Monate aber jeder etwaigen Lohnveränderung eine zweimonatliche Kündigung vorherzugehen habe. Die Vertreter der Arbeiter haben erklärt, diese Offerte sei ein Hohn und keine Minute ernsthafter Erwägung werth. Die Erbitterung ist sehr groß. Gegenwärtig stehen etwa 8000 Mann im Streik.

Ueber den Stand der Sache in den Schiffbauanstalten aufschottischen Fluß Clyde und dem dortigen Hauptstich des Schiffbauhandwerkes, in Glasgow, sagt unser Korrespondent: In Glasgow haben Unternehmer und Arbeiter sich über den Termin des Inkrafttretens der bewilligten fünfprozentigen Lohnerhöhung geeinigt, und sind nur darüber uneinig, ob für spätere Lohnveränderungen einmonatliche oder zweimonatliche Kündigung maßgebend sein soll. Die Unternehmer wünschen das letztere, die Arbeiter das erstere, was sicher auf der Erwägung beruht, daß die Arbeiter nicht so gut wie die Unternehmer in der Lage sind, Änderungen im Geschäftsstand vorzunehmen. Indes ist dieser Streitpunkt nicht so bedeutend, daß man über ihn es zum Krieg kommen lassen wird. Was man am Clyde fürchtet, ist, daß der Kampf in Belfast nach Schottland herüberverlagert werde. Da die Arbeiter haben und drücken denselben Gewerkschaften, und die Unternehmer dem gemeinsamen Schiffseigenthümer-Verband angehören, so werden die Glasgower Firmen, wenn der Streik in Belfast andauert, genöthigt sein, ihre betreffenden Arbeiter auszusperrn, wozu sie bei der gegenwärtigen Geschäftslage indes nicht die geringste Lust haben. Lieber werden sie sich entschließen, aus dem Unternehmerverband auszutreten, während andererseits auch die Arbeiter am Clyde über das Vorgehen ihrer Kollegen in Belfast nicht sehr erbaute sein sollen, so daß es auch leicht zu einem inneren Konflikt im Schooße ihrer Organisationen kommen kann. Was das wird sich sehr bald zeigen müssen. Bemerkenswerth ist noch, daß in Glasgow Unternehmer und Arbeiter darüber einig geworden sind, spätere Lohnveränderungen nicht von der Bewegung der Produkt- resp. Kontrapreise, sondern von der Masse der Aufträge resp. der Geschäftstätigkeit abhängig zu machen. Das letztere System hat bekanntlich den Nachtheil, daß Verbilligungen des Produkts, die durch verbesserte Produktionsmethoden z. bewirkt worden, eventuell zu doppeltem Nachtheil der betheiligten Arbeiter ausschlagen, und daß es die Unternehmer ermuntert, sich gegenseitige Schlenkerkonkurrenz zu machen.

Somit unser Korrespondent. Inzwischen hat, wie wir schon mittheilten, eine in Glasgow abgehaltene Vollversammlung der Unternehmer beschlossen, am 5. November mit der Aussperrung

der Arbeiter am Clyde vorzugehen. Weiter wurde berichtet, daß der Bürgermeister Glasgows Anfang dieser Woche Vorschläge machen zu können hofft, die zur Beilegung der Differenzen als Grundlage dienen sollen.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Spandan, 4. November. (Privattelegramm.) Bei den heutigen Wahlen fiel uns der Sieg zu.

Köln, 4. November. (B. S.) Der Konstantinopeler Korrespondent der „Kölnischen Zeitung“ versichert, im Süden Anatoliens, im Bezirke Adana, hätten Armenier in den Bergen starke Banden gebildet. Den Reisenden werde die Erlaubnis zum Betreten des Gebietes verweigert. Unparteiische Angaben fehlen dadurch vollständig, doch sei in fremden der Türkei wohlgekannten Kreisen der Eindruck vorhanden, daß die Lage sehr ernste Beforgnisse erwecke.

Dasselbe Blatt meldet aus Petersburg, die bereits im Frühjahr aufgetauchten Gerüchte von sehr bedeutenden Unter-schleisen beim Bau der sibirischen Bahn beruhten auf Wahrheit. Sie wurden von der dorthin entsandten Revisionskommission aufgedeckt; der Chef des sibirischen Bahnbauwes ist um seinen Abschied eingekommen und fünfzehn Ingenieure wurden sofort entlassen.

Hannover, 4. November. (B. S.) In dem benachbarten Dorfe Anderten erhängte ein Arbeiter seine vier Kinder und sich selbst.

Paris, 4. November. (B. S.) Deputirtenkammer. Ministerpräsident Bourgeois verlas die Regierungserklärung, deren Hauptstellen etwa folgenden Wortlaut haben: „Wir werden dem Willen der Kammer gehorchen, indem wir über die in der Tagesordnung Ronanet hervorgehobenen Thatsachen eine weitere Untersuchung eröffnen; wir werden die gerichtlichen Untersuchungsbatten veröffentlichen, um dem Parlamente das politische und moralische Urtheil zu ermöglichen, welches diesen Thatsachen gegenüber am Platze ist. Wir werden einen Gesetzentwurf vorlegen, durch welchen den Mitgliedern des Parlaments unterlagt wird, Verwaltungsrathsstellen anzunehmen bei Gesellschaften, welche zu dem Staate in einem Vertragsverhältnisse stehen, und bei Emissionsyndikaten, bei Strafe des Mandatsverlustes. Wir werden eine gewisse Öffentlichkeit auf dem Gebiete gerichtlicher Untersuchungen verlangen.“ Die Erklärung betont dann die Nothwendigkeit, die Gesetzgebungsarbeit zu beschleunigen und zählt die hauptsächlichsten der zu lösenden Fragen auf, nämlich das Budget, die progressive Erbschaftsteuer, Reform der Getränkesteuer, auf der Basis der völligen Entlastung gesundheitsdienlicher Getränke. Des weiteren sagt die Erklärung, daß eine allgemeine Einkommensteuer als eine notwendige Reform erscheine; ein dahingehender Gesetzentwurf werde in Kürze dem Parlamente zugehen. Die Regierung werde die zur Zeit in der Vorarbeit befindlichen Entwürfe betreffend die Versicherung auf Gegenseitigkeit und die Arbeiter-Altersversicherung beibehalten. In der Regierungserklärung wird ferner die Nothwendigkeit eines Gesetzes betreffend die Vereinsfreiheit betont, behufs endgiltiger Regelung der Beziehungen zwischen den Kirchen und dem souveränen Staat. Die Regierung werde an dem wirtschaftlichen Regime nicht rühren, sondern nur vervollständigende Maßregeln verlangen, welche die Landwirtschaft gegen gewisse internationale Spekulationen verteidigen. Die Erklärung rühmt die Arme und das madagassische Expeditionskorps und fährt fort, das Land verlange, daß durch strenge Kontrolle und durch eine von Tag zu Tag vollkommene Organisation die nährlichste Verwendung der Hülfquellen des Vaterlandes gesichert werde. „Wir werden uns bemühen, den Erwartungen des Vaterlandes zu entsprechen. Wir werden Ihnen besonders in Kürze einen Gesetzentwurf bezüglich der Kolonialarmee vorlegen. Das während des Friedens wieder aufgerichtete republikanische Frankreich hat Bündnisse erworben, welche das allgemeine Gleichgewicht Europas wieder herstellen. Wir werden dem einstimmigen Wunsche des französischen Volkes entsprechen, indem wir diesen Bündnissen treu bleiben und indem wir mit ihnen in allen Punkten, bei denen es unsere Pflicht ist, die friedliche Entwicklung unseres Einflusses, unserer Interessen und unserer Rechte verfolgen. Wir sind der Ansicht, es giebt eine Majorität auch außerhalb der offenen oder heimlichen Feinde der Republik und derjenigen, welche glauben, daß ein Fortschritt aus dem Klassenkampfe und der Gewaltthätigkeit sich ergeben könne, und welche nicht ein individuelles Eigenthum anerkennen. Wir bitten diese Majorität, sich um die Regierung zu schaaren, welche entschlossen ist, die Gesetze zu verteidigen, die mit Recht unantastbare genannt werden; eine Regierung, welche völlig unparteiisch ist in den ökonomischen Zwisten zwischen Kapital und Arbeit und welche ohne Vorurtheile wissen wird den Frieden und die öffentliche Ordnung aufrecht zu erhalten, dabei jedoch unausweichlich bemüht sein wird, das Loos der Kleinen und Schwachen zu verbessern. Die Erklärung spricht zum Schluß die Ueberzeugung aus, daß die Republik das Werkzeug zum moralischen und sozialen Fortschritt und das Mittel zur Verminderung der Ungleichheit der sozialen Verhältnisse ist und ersucht um das Vertrauen des Parlaments. Die Erklärung wurde in der Kammer wiederholt durch lebhaften Beifall seitens der Radikalen und Sozialisten unterbrochen. Die Rechte und das Centrum blieben kalt, nur bei der Stelle, in welcher der Minister sagte, er werde die Landwirtschaft gegen die auswärtige Spekulation in Schutz nehmen, erscholl Beifall. Im Ganzen wurde das Programm des neuen Kabinetts mit Beifallsäußerungen der Radikalen und Sozialisten aufgenommen, die sich zum Schluß zu einer lebhaften Rundgebung steigerten. — Im Senat wurde der Anfang der Erklärung eifrig aufgenommen der Beifall brach jedoch los nach der Stelle betreffend die Bündnisse und nach derjenigen, die von den revolutionären Sozialisten spricht. Der Schluß der Erklärung wurde wieder ziemlich kalt entgegengeköhrt. — Die nächste Sitzung findet Donnerstag statt.

London, 4. November. (B. S.) Das aufwärts verbreitete Gerücht über eine Erkrankung der Königin ist nach Er-lundigungen in Balmoral vollständig unbegründet.

Belfast, 4. Oktober. Die Aussichten für eine gütliche Beilegung der Streitigkeiten in den Schiffbau-Anstalten am Clyde und in Belfast sind zur Zeit sehr entfernte. Man glaubt, daß die erste Partei von 25 Prozent der Arbeiter am Clyde morgen entlassen werden wird. Gemäß eines Beschlusses der Werksbesitzer sollen wöchentlich 25 pCt. der Arbeiter entlassen werden, bis alle Arbeiter abgelehrt sind.

Lokales.

Parteiengenossen und Genossen, welche gewillt sind, am Tage der Stadtverordnetenwahl im zweiten Wahlkreise zu helfen, werden gebeten, sich im Zentralbureau, Lindenstr. 106, zahlreich einzufinden. Im selben Lokale findet am Freitag Abend 9 Uhr, eine Versammlung statt, in welcher das Wahlergebnis verkündet wird. Die Vertrauensperson.

Die Adresse des Vertrauensmannes Taterow (1. Wahlkreis) ist Kommandantenstraße 40, 1. Treppe.

Achtung, Nummelsburg! Die am Dienstag voriger Woche vom Vertrauensmann einberufen gewesene öffentliche Kommunalwähler-Versammlung, in welcher die Angelegenheit des Gemeindevorstehers Müller zur Verhandlung stand, konnte nicht abgehalten werden. Die Angelegenheit Müller wird deshalb in der nächsten öffentlichen Versammlung zur Verhandlung kommen. Nähere Bekanntmachung erfolgt noch. W. Jorgberg, Vertrauensmann.

Was die „Post“ alles ausbalbawert. Das Organ der Herrn v. Stumma bringt folgende hochwichtige Mitteilung:

„In der Redaktion des „Vorwärts“ erschien dieser Tage ein Journalist, der, von deutschen Eltern abstammend, jüngst aus Rußland ausgewiesen wurde, um in höchster Noth eine kleine Unterstüßung zu erbitten. „Ach was, scheeren Sie sich zu jener Klasse, der Sie angehören! Wir geben nichts!“ lautete die Antwort eines Redakteurs. „Na, wir können ihm ja „fünf Pfennige“ geben“, meinte ein zweiter Redakteur, „damit wir ihn los werden.“ Unter solchen Umständen zog es der Mann vor, die Redaktionsräume des Blattes, das täglich nach „Besserung bestehender Verhältnisse“ schreit, ohne weiteres zu verlassen.“

Leider müssen wir den packendsten Theil dieses anmutigen Märchens mit rauher Hand zerhacken. Die „Post“ ist den geriebenen Kniffen eines russischen Schnorrers zum Opfer gefallen. Als in der Redaktion ein Mann sich bei uns einfand mit den kriechenden Manieren, die uns derartige Besucher aus Rußland mit recht verdächtig machen, erzählte er uns ganz et was anders, als er augenscheinlich auf der „Post“ gethan. Er richtete sich mit vielem Geschick nach der Parteifarbung des Blattes, das er besuchte. Trotz unseres Verdachts haben wir ihn keineswegs mit den Worten abgewiesen, die er uns angedichtet hat. Es wurde ihm von einem der Redakteure etwas Geld gegeben, — was er nahm, nicht etwa zurüchweis. Dann wurde ihm gesagt, eine größere Summe solle er sich aus dem Komptoir holen, wo zur Auszahlung des Geldes gleichzeitig Anweisung erteilt wurde. Das mag er mißverstanden haben. Sein weiteres Verhalten zeigt indeß klar genug, daß er vortrefflich mit der politischen Haltung der Berliner Blätter vertraut ist und weiß, wo er mit Märchen über sozialdemokratische Schlechtigkeit mit Erfolg haufiren gehen kann.

Der Sprecher der Freireligiösen Gemeinde, Dr. Bruno Wille in Friedrichshagen, hat der „Volks-Zeitung“ zufolge vom Provinzial-Schulcollegium wegen zweier im Oktober in der Gemeinde gehaltenen Reden eine neue Strafverfügung über 200 M. erhalten. Dr. Wille wird auch gegen diese Verfügung sich beschwerdeführend an den Minister Dr. Bosse wenden. Mit der Weiterführung der Angelegenheit des Provinzial-Schulcollegiums gegen die drei Sprecher der Freireligiösen Gemeinde sind die hiesigen Rechtsanwälte Albert Träger, Justizrath Mundel und Heine betraut worden.

Die Beleuchtung der 1896er Ausstellung. In einer von 200 Personen besuchten Versammlung von Ausstellern und Garantiefondszeichnern wurde am Sonntag folgende Resolution angenommen: In Erwägung des Umstandes, daß der Beschluß der Mittwoch-Versammlung wegen der äußerst geringen Majorität für die Interessenten nicht maßgebend sein könne, erklären sich die heute in Kellers Festsaal versammelten Aussteller und Garantiefondszeichner für die Berliner Gewerbe-Ausstellung 1896 einmütig für die Beleuchtung in den Abendstunden. Die Versammlung erachtet, daß die entstehenden Mehrkosten durch Mehreinnahmen von Entrees reichlich gedeckt werden werden. Sie glaubt aber auch ohne Rücksicht hierauf die Ausstellungsleitung verpflichtet, die Beleuchtung der Ausstellungsgebäude durchzuführen, nachdem allen Behörden und der Presse des In- und Auslandes seit Monaten die Beleuchtung als besonderes Anziehungsmittel verkündet worden ist. Die Versammlung erblickt in der Unterlassung der Beleuchtung einen Wortbruch der Verwaltung und dadurch eine schwere Schädigung des Ansehens und der Würde der Berliner Industrie und unserer Vaterstadt Berlin; sie richtet deshalb an den geschäftsführenden Ausschuss der Ausstellung das dringende Ersuchen, es bei der früher beschlossenen Beleuchtung der Ausstellungsgebäude zu belassen und verlangt eventuell die Befragung der Garantiefondszeichner.

Am Mühlendam. Mudele (an dem Standbild Albrecht des Mären emporblickend): Ist der Hammerstein? — Pannemann: Ne, det is Brongel! — Wie kommt Se denn uff die dämliche Idee, det dieser alte Necke Hammerstein is? — Mudele: Na, er hat doch einen Schultscheim in der Hand! — Pannemann: Schafstopp! Det is 'ne Urkunde; da steht drin, daß dem Grafen Albrecht vom Kaiser eine Mark verliehen worden is! — Mudele: Bloß um eine Mark hat er ihn angepumpt? Det hätte Hammerstein nie gethan! — Pannemann: Oh Hammerstein wird sein Denkmal bekommen! — Mudele: Wo denn? — Pannemann: An die neuen Wasserwerke in Tegel, dicht an der Pumpstation! — Mudele: Nu seh' mal enen an, was det for 'ne Wirthschaft is: uff der einen Seite wird die Brücke neu gepflastert und am andern Ende wird sie wieder anjerissen? — Pannemann: Det is noch en Erbtheil vom alten Mühlendam, da wurde doch immer angerissen! — Mudele: Wer is denn der andere sogenannte Necke, der da drüben steht? — Pannemann: Weeh id nich! Aber halt, da is ja seine Telefram-Adresse ingemeißelt: „Markgraf Waldemar.“ — Mudele: Er ist Graf und hat nur einen Handschuh an? — Pannemann: Den andern hat er einen Jegner vor die Fieße jeschmissen! Er war nämlich een großer Feind der Turniere! — Mudele: Turniere? Wat? Gatten die Mäden damals ooch schon so wat? — Pannemann: Mudele, ich will Dir'n juten Rath jeben: Wenn wieder mal en Kameel for en Reliefsbild gesucht wird, dann melde Dir! — Mudele: Nu möchte id noch wissen, warum hat der Magistrat gerade den beiden alten Necken hier en Denkmal geseht? — Pannemann: Weil es uff dem Mühlendam nie an alten Necken geseht hat! („Berl. Jtg.“)

Auf der nächstjährigen Berliner Gewerbe-Ausstellung will sich der Geist der Spekulation in allen möglichen Dingen versuchen. Die neueste Errungenschaft ist ein Ausstellungshotel, das hundert Logirzimmer, fünfzig Käden, zwei große Restaurationen u. s. w. enthalten soll. Wenn das nur kein Meisfaß mit Glanz wird!

Im Berliner Aquarium ist wiederum eins der großen Seewasserbassins neu eingerichtet und, nebst einigen anderen, neu besetzt worden. Das Material dazu liefert die Adria-Station Novigno, deren zum wissenschaftlichen Sammeln ausgerüstetes

Dampfsboot das östliche Küstengebiet Istriens bis nach Triest hinauf absichtete und dabei außer interessanten Thierformen auch grüne und rothe Meerespflanzen erbeutete. Die letzteren sind ganze Becken mit einverleibt und bringen nun eine ebenso hübsche als interessante Abwechselung hervor; namentlich fallen neben breitblättrigen grünen Alven hier noch nicht gesehene rothbraune, feingestrichelte Algenmassen, die einer Cigarina-Spezies angehören, auf. Das große Bassin hat in neuen rothen und gelben Korallen und Korallenschwämmen, in Seeigel, Seefernen und Seeurken aller Art, dreihundert Seepferdchen und so weiter eine reiche Bevölkerung erhalten. Die übrigen Theile von jener Ausbeute, prachtvolle Sabeln, eine ganze Schaar reizender Karpfische, ein Adler-Flöhen, verschiedene Krebsstiere u. s. w. sind in andere Becken übergeführt worden.

In Kaufmann's Variétés treten seit Beginn dieses Monats eine Reihe neuer Spezialitäten auf. Im Gegensatz zu manchen anderen Instituten dieser Art ist es in Kaufmann's Variétés vermieden worden, Darstellungen indogentler Art zu bringen. Regen Beifall fand der Gesangshumorist Edi Blum, sowie der „Blühdichter“ Harry Samson. Vortreffliche Akrobaten sind die Mitglieder der Truppe Heginio und im Balanzen auf einer Flaschenpyramide leistete Miß Luriano das Menschenmögliche. Des ferneren hat Kaufmann's Variétés in dem farbigen Amerikaner Edgar Jones einen Musikanten engagiert, dessen Komit im Publikum gerabegut stürmische Lausprüche hervorruft. Mit einer Kraft seines Schädels, wie sie keinem Gelehrten eigen, richtet der Engländer Hull die gewagtesten Angriffe gegen die rohe Materie, die von ihm in wahrhaft phänomenaler Weise bezwungen wird. In Erinnerung an die „stars“ des vorigen Winters hat sich die „Lektion fünf“ „Berliner Variétés“ zugelegt. Von diesen Damen ist leider nichts Besseres zu berichten, als daß sie eine sehr schale Kopie ihrer Vorbilder sind.

Im Apollo-Theater weist das Novemberprogramm einige beachtenswerthe Neuheiten auf. In der Lustgymnastik leisten die Vorträge hervorragendes und als Trahtseilkünstler belunden drei Kinder, die „Harmonis“, Sicherheit und Gewandtheit. Miß Bella Rose produziert sich als Serpentin- und Kaleidostoptänzerin dadurch in besonderer Eigenart, daß sie ihre Kunststücke auf einer Kugel ausübt. Als geschmacklos muß es bezeichnet werden, daß diese Dame neben hübschen Blumen- und Schmetterlingsbildern auch die Porträts diverser preußischer Heroen auf ihrem Körper abspiegeln läßt. Mit jämmerlich gewagten Kouspels und Situationen sucht eine französische Tänzerin zu glänzen; unseres Erachtens unterblieben derartige Künste besser in einem Institut, in welchem die goldene Jugend denn doch nicht ausschließlich das Ballett füllt. Bewunderung erregte ein Fräulein Emeline Eihardo, die sich gleich gewandt in Jongleurkünsten, als Akrobatin und als — Violinspielerin zeigte. Eine interessante Unterhaltung wußte der bekannte Baugredner Blant dem Publikum zu bieten.

Die „warmen Wurstverkäuferinnen“ im Lustgarten bilden, wie uns mitgetheilt wird, die Zielscheibe des Spottes gar vieler, die besser thäten, vor ihrer eigenen Thür zu stehen. Wenn halbwegsige Rangen an den alten Frauen ihren Uebermuth auslassen, so sind das Dummejungenstreiche, auf die der Stod gehört. Die drei Alten haben sich daran denn auch schon so gewöhnt, daß sie kaum mehr hinhören. Ein um so empfindlicheres Ohr haben sie für versteckte oder offene Angriffe solcher Patrone, die da glauben, daß ihnen Berlin gehört, wenn sie in umgezählter seiner Kluft, mit Angenglas und Riesenknäuel bewaffnet, halbtunten vorüberziehen. Die Wurstfrauen können sich damit trösten, daß sie sich ihr bißchen Brot auf zwar schwerere aber ehrlichere Art verdienen, wie jene eleganten Rowdies.

Der Reitweg. Ueber eine sehr bezeichnende Entscheidung, die dem Magistrat von Charlottenburg zugegangen, wird berichtet: Der Magistrat hatte mit dem Thiergartenfiskus einen Vertrag vereinbart, nach welchem ersterer die Promenade vor dem Politechnikum in eigene Verwaltung übernehmen und mit Schmuckanlagen versehen sollte, deren Pläne von dem Finanzminister bereits genehmigt waren. Die Umgestaltung des Platzes würde der Stadt etwa 25 000 Mark gekostet haben. Trotzdem nun aber der langgestreckte Bruchbau der Technischen Hochschule fast ganz von den zum theil bereits sehr unschönen Bäumen der daran vorbeiführenden Promenade verdeckt wird, und obgleich ferner der Zugang zum Politechnikum der denkbar schlechteste ist und namentlich bei Regenwetter fast einem Sumpfe gleicht, hat dennoch der Abtreibungsvertrag mit dem Thiergartenfiskus, welchem die Promenade gehört, an maßgeblicher Stelle nicht die Genehmigung erhalten, weil bei Umwandlung des Platzes vor der Hochschule in eine Schmuckanlage der dort vorbeiführende — Reitweg nicht seine jetzige Breite würde behalten können, sondern verjüngt werden müßte.

Von Rixdorf ist Berlin mit seiner Straßenbeleuchtung glücklich überflügelt. Es macht schon jetzt allabendlich einen sonderbaren Eindruck, wenn man vom Rottbuser Ufer aus die wenig bebauten Rixdorfer Straßen mit hellem Glänlicht erleuchtet und daneben die trüb-gelben Gasflammen der Berliner Straßenlaternen sieht. Dieses Bild wird sich noch weiter zum Nachtheile Berlins verändern, wenn auch die älteren Straßenzüge Rixdorfs, namentlich die Hasenhaide und der Rottbuser Damm mit Gasglänlicht beleuchtet sein werden. Auch darin könnte Berlin die Rixdorfer Einrichtung nachahmen, daß in den mit Bäumen bepflanzten Straßen die Laternen nicht längs der Vorhörsweilen zwischen den Bäumen aufgestellt werden, wo ihr Licht zurückgehalten wird, sondern aus Gasarmen an den Häusern der Straße befestigt werden. — Berlin scheint diejenige Beleuchtung vorzuziehen, die das meiste Gas verbraucht; das ist wegen der städtischen Gasanstalten zwar begreiflich, aber für die Beleuchtung wenig zweckmäßig.

Das Maybach-Ufer war vor einigen Tagen wieder einmal in süßen Geruch gerathen. Ein pestilenzialischer Duft wurde von dem zeitweilig aus Südost wehenden Winde in der Richtung nach der Rottbuser Brücke zu getrieben und veranlaßte hier einen Rixdorfer Sicherheitsbeamten, den Ursachen dieser Miasmen nachzugehen. Er entdeckte hinter der Wiesengraben-Brücke eine Wagenladung von verdorbenen Käse, der in 22 Kisten verpackt war. In der Nähe derselben war eine Oeffnung in den Boden gegraben, in welche der Käse hineingebracht werden sollte, doch scheinen die Thäter an der Vollendung dieser Arbeit gestört zu sein.

Der Verein für Kinder-Volksküchen hat, wie uns vom Vorstande mitgetheilt wird, in der letzten Woche folgende Anstalten eröffnet: Im Nordosten: Treddowstr. 55; Vorkieperin: Frau Mengert, Linienstr. 81. Potsdamer Vorstadt: Kaiser Friedrichstr. 13; Vorkieperin: Frau v. Schmidt, Corneliustr. 4. Hallescher Thorbezirk: Altdstr. 5; Vorkieperin: Frau Vertram, Aurfürststr. 14. Im Norden: Uesdowstr. 14; Vorkieperin: Frau Baume, Oranienburgerstr. 58. Am Montag, den 4. November, mittags 12 Uhr, findet die Eröffnung der Kinder-Volksküche für Moabit, Waldenstr. 18—19, statt. Vorkieperin: Frau Kirchner, Alt-Moabit 90. Alle Gesuche Nothleidender sind an die Vorkieperin der Küche zu richten.

Kein Zehnminuten-Taxi auf der Pferdebahn. Auf die täglich mitgetheilte Eingabe an den Polizeipräsidenten

v. Bindeheim bezüglich der Einführung des Zehnminuten-Taxis bei der Großen Berliner Pferdebahn-Gesellschaft, ist dem Petenten folgende Antwort zugegangen: „Gew. Wohlgeborenen erwidere ich auf die Eingabe zc. ergebenst, daß die Einführung des Zehnminuten-Taxis im Betriebe der Großen Berliner Pferdebahn-Gesellschaft zur Zeit schon aus dem Grunde nicht in Erwägung gezogen werden kann, weil der gegenwärtig gültige Maximaltarif im Jahre 1893 mit fünfjähriger Gültigkeit aufgestellt worden ist. Zu einem Eingehen auf die Gründe, welche s. Z. dazu geführt haben, den Tarif wie geschieden und auf 5 Jahre festzusetzen, habe ich keine Veranlassung. Der Polizeipräsident v. Bindeheim.“ — Dieser Bescheid ist für den Augenblick nicht günstig, er giebt aber die interessante Thatsache kund, daß der gegenwärtig bestehende Tarif im Jahre 1898 seine Gültigkeit verliert. Dann erst ist der Polizeipräsident in der Lage, die Einführung des Zehnminuten-Taxis ohne weiteres zu verfügen und das würde um so weniger ein Unrecht sein, als der Geh. Ober-Regierungs-rath Gleim in seinem Buche über Kleinbahnen sagt, das Gesetz verlange ausdrücklich, daß bei Festsetzung der Maximal-Beförderungspreise das öffentliche Interesse entscheidend sei.

Eine Gedankfeier der hundertsten Wiederkehr des Jahrestages der dritten Theilung Polens vereinigte am Sonntag dreitausend Polen aus Berlin und der Umgegend im Suggenhagen'schen Lokale. Es wurden Gesangsvorträge und Ansprachen gehalten, aus denen die Hoffnung auf die „Wiedergeburt“ Polens herausklang. Das übliche Polizei-Aufgebot war zur Stelle.

Gesperet ist für Fuhrwerke und Reiter die Müllerstraße von der Gerichtstraße bis zur Antonstraße, sowie die Hollmannstraße von der Alexandrinenstraße bis zur Alten Jakobstraße.

Das Opfer eines Verbrechens ist die 12jährige Martha Meier, die Tochter des Zimmermannes Meier aus der Sonntagstraße 8 in Reinickendorf geworden. Die Kleine, welche die erste Klasse der Volksschule besuchte, holte jeden Morgen das Frühstück von dem regelmäßig durch Reinickendorf fahrenden Brotwagen des Bäckermeisters Schade aus der Residenzstraße 106 zu Reinickendorf ab. Führer dieses Wagens war der 14jährige Stiefsohn des Bäckermeisters, Willy Busse, der erst vor kurzem konfirmirt worden ist. Einige Nachbarn wollen beobachtet haben, daß zwischen dem Bäckerlehrling und der kleinen Meier schon längere Zeit ein unerlaubter Verkehr bestanden habe. Andere bestreiten das und das Mädchen selbst hat einige Zeit nach dem Unfälle, der zu seinem Tode führte, ebenfalls angegeben, daß ihm Gewalt angethan worden sei. Die Kleine erkrankte am Dienstag voriger Woche. Am Nachmittag wurde der praktische Arzt Dr. Berliner zu Rathe gezogen. Dieser erkannte gleich, daß an dem Kinde ein Sittlichkeitsverbrechen begangen worden war. Auf die Vorschaltung des Arztes erzählte dann das Mädchen den Vorgang wie folgt. Am Dienstag Morgen zwischen 6 und 7 Uhr sei es nach der Residenzstraße gegangen, um dort den Bäckerwagen, der nicht durch alle Straßen fährt, wie gewöhnlich zu treffen. Auf dem Rückwege durch die fast noch gar nicht bebante und sehr einsame Willestraße sei ihm Willy Busse mit seinem Wagen gefolgt. Plötzlich habe er den Wagen verlassen und es verweigert. Das franke Kind wurde am Donnerstag auf Veranlassung des Arztes nach Berlin in die Charité gebracht und ist hier am Sonnabend an einer Bauchfellentzündung, die eine Folge des Verbrechens war, gestorben. Dr. Berliner hatte gleich nach der Untersuchung der Behörde Anzeige gemacht. Daraufhin wurde am Donnerstag Abend Willy Busse durch den Gendarmen Wolf festgenommen.

Der 52jährige Gefangenen-Aufseher Wilhelm Quehl aus Groß-Lichterfelde, der noch nicht lange im Dienste dieser Gemeinde stand, ist plötzlich geisteskrank geworden. Quehl war früher Unteroffizier und hat sich im deutsch-französischen Kriege das Eisenerz Kreuz erworben. Der Mann neigte etwas zum Trunke, und wenn er des guten zu viel gethan hatte, dann wurden die Erinnerungen an den Feldzug in ihm so lebendig, daß er wiederholt in das Waidbuch, wenn sich nichts Besonderes ereignet hatte, nach dem Muster von Robbiel's einkehrte: „Von Paris nichts Neues.“ Der alte Krieger feierte jeden Gedanktag der Schlachten und Gesechte aus den Jahren 1870/71. Mit seiner Disziplin aber war es in der Zeit nicht besonders gut mehr bestellt. Wiederholt verging er sich, wenn er angeheitert war, gegen Vorgesetzte, und es kam schließlich dahin, daß man ihm zum Februar nächsten Jahres kündigte. Am vergangenen Sonnabend wurde er plötzlich so schwer geisteskrank, daß man ihn nach Berlin in eine Heilanstalt bringen mußte.

Unter dem Verdacht der Erkrankung an schwarzen Pocken sind der „Volks-Ztg.“ zufolge am Sonnabend vom Krankenhaus Friedrichshagen aus sechs Personen, drei Frauen und drei Kinder, dem Institut für Infektionskrankheiten (Charité) zugeführt worden. Die Kranken wurden sofort in die Koch'schen Baracken gebracht und streng isolirt. Eine Besorgniß für weitere Kreife ist durchaus unbegründet. Vereinzelte Fälle von schwarzen Pocken kommen hier öfter vor, nehmen aber zumeist einen gutartigen Verlauf.

Vergiftet hat sich am Montag Morgen der 87jährige Restaurateur Krüger aus der Kommandantenstr. 10, nachdem seine Frau sich vor einigen Wochen auf dieselbe Weise getödtet hatte. Geschäftsforgen sollen Krüger zum Selbstmord getrieben haben.

Aus der Selbstmord- und Unfallschronik. Der Armenempfänger Friedrich Wilhelm Mark aus der Gartenstraße 56, ein Mann von 63 Jahren, wurde Sonntag Nachmittag um 2 Uhr von seiner Tochter, die ihn besuchen wollte, in seiner Wohnung erhängt aufgefunden. Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos. Der Mann war schon längere Zeit des Lebens überdrüssig. — Die 40jährige Schneiderin Alwine Adler aus der Bödenstraße 4 fanden Hausbewohner Sonntag Nachmittag in ihrer Wohnung erhängt und todt auf. Sie hatte wegen Kränklichkeit ihrem Leben ein Ende gemacht. — Der 70jährige Pfortner Friedrich Kludaf, Unter den Linden 77, brach gestern Nachmittag um 1 Uhr bei einem Gange durch die Wilhelmstraße vor dem Hause Nr. 64 zusammen und blieb bewußtlos liegen. Ein Schutzmann fand ihn und brachte ihn mit einer Brosche nach der Charité. Kludaf starb aber schon unterwegs. — Der Stallmann Ferdinand Struve aus der Kreuzbergstr. 30, ein Mann von 30 Jahren, wollte sich Sonntag Nachmittag um 4 1/2 Uhr in ein Krankenhaus begeben. Er brach jedoch plötzlich auf dem Pse seines Fuhrherrn zusammen und war eine Leiche.

Verbraunt ist am Sonntag Vormittag das einjährige Lächelchen des Schlossermeisters Schwartz, Tilsiterstr. 81. Frau Schwartz hatte in Abwesenheit ihres Mannes ihre im dritten Stock belegene Wohnung verlassen, um Einkäufe zu machen. Das Kind lag im Bett, während ein 1 Jahr älteres Mädchen im Zimmer wahrscheinlich mit Streichhölzern spielte und das Bett der Jüngsten in Brand steckte. Nachbarn hörten das ängstliche Geschrei der Kleinen. Die Thür wurde erbrochen, und nun fand man das Bett des Kindes in Flammen vor, während das ältere Mädchen den Eindringenden meinent entgegenlief. Das Schwesterchen war bereits eine Leiche. Die Feuerwehr wurde gerufen, kam aber nicht mehr in Thätigkeit.

In dem kürzlich gemeldeten Unglücksfall bei der Firma Schäfer u. Walder schreibt uns das Kuratorium der Berliner Unfallkassen: Am 26. Oktober d. J. wurde die Unfallkassen I. gegen Mittag durch einen Boten seitens der Firma Schäfer u. Walder benachrichtigt, daß dort ein Arbeiter verunglückt sei und der schnelle Transport desselben in die Unfallkassen I. gewünscht werde. Sofort wurde derselbe mittels des Kranken-Transportwagens der Unfallkassen geholt und traf nach wenigen Minuten daselbst ein, jedoch mit der ausdrücklichen Anweisung seitens des Betriebes, denselben in das städtische Krankenhaus am Urban überführen zu lassen; ein offenes Schreiben an das genannte Krankenhaus war beigelegt. Die Untersuchung des Verletzten ergab, daß der Arm dicht über dem rechten Handgelenk nahezu vollständig abgerissen war. Zur rationellen Behandlung der Verletzung waren größere chirurgische Eingriffe erforderlich gewesen. Es wäre dann jedoch die sofortige Aufnahme in die Klinik der Unfallkassen unabwendbar gewesen. Da diesem die bestimmte Anweisung des Betriebes entgegenstand, so mußte sich die Unfallkassen darauf beschränken, dem Verunglückten die erste Hilfe zu theil werden zu lassen, und ihn sofort mittels ihres Krankenwagens in das genannte Krankenhaus zu überführen.

Ein unglücklicher Verlauf nahm ein Ringkampf, welchen Sonntag Abend zwei Arbeiter in einer Schankwirtschaft der Landsbergerstraße aus Scherz veranstalteten. Beide Kämpfer, die sich in ansehnlichem Zustand befanden, stürzten zu Boden und hierbei fiel einer derselben, der 28-jährige Maurer T. so unglücklich, daß er schwere innere Verletzungen erlitt. Er wurde nach der Gärtenstraße gebracht und von da aus nach der Charité überführt.

Ein merkwürdiges Glück hatte am Sonntag Nachmittag ein Pferdebahnkassener der Linie Unter den Linden—Tegel. Derselbe fand während zweier Touren nicht weniger als zwei Zwanzig-Markstücke in seinem Wagen, die von verschiedenen Personen zu verschiedenen Zeiten daselbst verloren sein mußten.

Polizeibericht. Am 2. d. M. früh stürzte am Schiffbauerdamm ein obdachloser Mann von dem Laufbrette eines dort liegenden Wagens, fiel auf eine Fahre und brach ein Bein. — Nachmittags wurde ein Mann in seiner Wohnung erhängt vorgefunden. — In der Königsgräberstr. stürzte ein Kaufmann plötzlich hin und erlitt eine aufsehenerregende Verletzung am Kopfe. — Am Spreeweg erschoss sich ein unbekannter Mann. — Am 3. d. M. erschoss sich ein Schneider in seiner Wohnung, in der Wilmersdorferstr. — Vormittags verbrannte in der eckerischen Wohnung in der Tilsiterstr. die 11-jährige Tochter in ihrem Bett, daß die 4-jährige Schwester beim Spielen mit Streichhölzern in Brand gesetzt hatte. — Nachmittags wurden ein Maurer in der Wohnung seines Schwiegerohnes in der Gärtenstraße und ein Mädchen in seiner Wohnung in der Göttenstraße erhängt vorgefunden. — Am 2. und 3. d. M. fanden vier unbedeutende Feuer statt.

Witterungsübersicht vom 4. November 1895.

Stationen.	Barometerstand in mm. reduziert auf d. Meeressp.	Windrichtung	Windstärke (Scala 1—12)	Wetter	Temperatur in Grad Celsius (70 C. = 100 F.)
Strommünde	763	SW	2	halb bedeckt	2
Hamburg	761	SW	1	Nebel	3
Berlin	761	SW	1	Nebel	3
Wiesbaden	765	SW	1	bedeckt	5
München	767	SO	1	heiter	5
Wien	767	SW	1	wolkig	7
Pararanda	766	S	2	bedeckt	7
Petersburg	760	SW	1	bedeckt	1
Gott	755	NO	2	Nebel	4
Aberdeen	758	WS	2	bedeckt	3
Paris	762	SO	0	wolklos	5

Wetter-Prognose für Dienstag, den 5. November 1895.
Ziemlich warmes, zeitweise heiteres, vielfach wolkiges Wetter, mit etwas Regen und schwachen südöstlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Kunst und Wissenschaft.

Aus München wird telegraphirt: Am Sonntag fand im hiesigen königlichen Theater am Gärtnerplatz das vieraktige Schauspiel „Das Recht“ vom Hofrath Dr. Paas vor ausverkauftem Hause eine enthusiastische Aufnahme. Nachdem schon bei offener Szene mehrmals lauter Beifall gezollt worden, wurde bei Schluss der Vorstellung der Autor noch fünfmal gerufen, wobei ihm mehrere prächtige Lorbeerkränze überreicht wurden. Das an packenden Szenen reiche Stück, behandelt, anlehnend an den bekannten Fall Jistien, die Frage der Entscheidung unschuldig Verurtheilter. Das Schauspiel dürfte wohl längere Zeit Zugkraft ersten Ranges bleiben.

Gerichts-Beitrag.

Zum Expressionsprozeß Langbeck erhalten wir von unserem Parteigenossen Nebel noch die folgende Zuschrift:
Mit Bezug auf den Bericht, den gestern der „Vorwärts“ über die Verurtheilung des Kaufmanns Hermann Langbeck wegen Expressions veröffentlicht, sehe ich mich auch zu der Erklärung genöthigt, daß auf Grund eines längeren Briefes, den ich im August dieses Jahres von Langbeck erhielt, ich ebenso wie Nier die feste Ueberzeugung habe, daß Langbeck geisteskrank ist.

Ich habe ebenso wie Nier aus dieser Auffassung in dem Zeugenverhör, das ich wegen Langbeck zu bestehen hatte, kein Hehl gemacht und enthalte das betreffende Protokoll meine diesbezügliche Aussage. Man darf billig übersehen sein, daß von diesen Aussagen, nach dem Bericht des „Vorwärts“ zu urtheilen, in der Verhandlung nichts verlautete.

Ich finde das Gerichtsurtheil gegen Langbeck unbegreiflich, nach meiner festen Ueberzeugung gehört Langbeck in eine Heilanstalt, aber nicht ins Gefängnis.

Berlin, den 4. November 1895.

H. Nebel.

Eine Privat-Beleidigungsklage, die Herr Hans Blum gegen unsern Genossen Bruno Schoenlant angestrengt hatte, kam am Montag vor dem Schöffengericht in Leipzig zum Austrag. Es handelte sich um drei Notizen, welche am 25., 26. und 29. Januar d. J. in der „Leipziger Volkszeitung“ erschienen waren. Dieselben betrafen die bekannte Petition, welche 1896 wegen Annerion Sachfens an Preußen gerichtet sein soll. Hans Blum, der Rechtsanwalt, hatte nun aber nicht den verantwortlichen Redakteur Lipinski, sondern Schoenlant verklagt und dieser bekundete in der gestrigen Verhandlung, daß er weder Verfasser der Artikel, noch sonst für dieselben verantwortlich sei; als die betreffenden Nummern der „Leipziger Volkszeitung“ erschienen seien, habe er sich in seiner Eigenschaft als Reichstags-Abgeordneter in Berlin aufgehalten. Hans Blum wollte dennoch den verantwortlichen Redakteur Lipinski als Zeugen über die verantwortliche Thätigkeit Schoenlants eidlich vernommen haben. Das Gericht sprach Schoenlant frei, nachdem noch dargelegt war, daß Blum für den einen Artikel die Klage überhaupt erst nach der Verjährungsfrist eingereicht hatte.

Vorwissen wurde gestern die Verurteilung, welche der Redakteur des „Berliner Tageblatt“, Siegmund Perls gegen das Schöffengericht- Erkenntnis eingelegt hatte, durch das er, wie noch erinnern, wegen Beleidigung des antisemitischen Dr. Dentig zu 800 M. Geldstrafe verurtheilt war.

Der Redakteur Jahn von der „Ameise“, dem Organ 229 vereinigten Porzellanarbeiter, war seinerzeit vom Landgericht II

zu drei Wochen Gefängnis verurtheilt worden, weil er gegen den § 153 der Gewerbe-Ordnung verstoßen haben sollte. Die Straftat wurde darin gesehen, daß Jahn gelegentlich eines Streiks bei der Firma Hermann in Annaburg die Namen der Streikbrecher in seiner Zeitung veröffentlicht hatte. Die Strafkammer erblickte hierin den Versuch, andere durch Verrückterklärung dazu zu bestimmen, an Verabredungen im Sinne des § 152 (hier dem Streik) theilzunehmen. Auf die Revision des Angeklagten hob dann das Kammergericht die Entscheidung auf und verwies die Sache in die Vorinstanz zurück. Der Strafsenat war der Meinung, daß es bei der Entscheidung der Frage, ob Jahn des ihm zur Last gelegten Vergehens schuldig sei oder nicht, darauf ankomme, ob die betreffenden Personen, die sich dem Streik nicht angeschlossen, von dem Artikel in der „Ameise“ Kenntniß hatten. Die 4. Strafkammer des Landgerichts II verurtheilte darauf Jahn abermals zu drei Wochen Gefängnis. Für unerheblich hielt das Gericht die Darlegungen desselben, daß die Streikbrecher nicht Abonnenten der Zeitschrift gewesen seien, und daß er durch jene Notiz nur die Verbände der Porzellanarbeiter hätte warnen wollen, die Leute als Mitglieder aufzunehmen. Die Strafkammer stützte diesmal ihr Urtheil auf die Feststellung, daß von den Leuten, welche namhaft gemacht waren, wenigstens einige den Artikel in der „Ameise“ gelesen haben. Und zwar waren dieselben durch ihren Arbeitgeber dazu veranlaßt worden, der selbst Abonnent der „Ameise“ ist und der ihnen sein Exemplar freundschaftlich zur Verfügung gestellt hatte. — Die nunmehr gegen das neue Urtheil eingelegte Revision, welche am 4. November vor dem Strafsenat des Kammergerichts verhandelt wurde, bemängelte an der Entscheidung eine Verletzung der §§ 152 und 153 der Gewerbe-Ordnung. Jahn betonte, daß die Streikbrecher nur durch Zufall von der inkriminierten Notiz Kenntniß erhalten hätten. Die Revision wurde zurückgewiesen. Die Feststellung, daß die meisten der fraglichen Leute von der Veröffentlichung ihrer Namen Kenntniß hatten, sei maßgebend; auf welche Weise sie dazu gelangten, sei ganz gleichgültig.

In München begann am Montag Mittag die Gerichtsverhandlung gegen den Papierwaaren-Fabrikanten Lapp, den Kunsthandwerker H. A. Aldermann und den Kunsthandwerker Hermann Heinemann wegen Fälschung und Urkundenfälschung, die im Zusammenhang stehen mit dem Bilderdiebstahl bei Professor v. Lenbach. Die Verhandlung gegen den gleichfalls angeklagten Kunsthandwerker David Heinemann, Vater des letztgenannten, mußte wegen Erkrankung desselben ausgesetzt werden. Geladen sind 150 Zeugen und 13 Sachverständige; die Verhandlung dürfte 8 bis 4 Tage in Anspruch nehmen. Montag Vormittag fand die Vernehmung Lapp's statt, welcher angeklagt ist, 18 Bilder Lenbach's zu unfälschlichen Preisen gekauft und in 5 Fällen den Namenszug Lenbach's auf den Bildern gefälscht zu haben. Er behauptet, daß die Bilder in gutem Glauben gekauft habe, und daß der Namenszug Lenbach's ohne seinen Auftrag auf die Bilder gesetzt worden sei.

Ein aufsehenerregender Mordprozeß spielt sich gegenwärtig vor dem Schwurgericht zu Bourges, Frankreich, ab. Angeklagt ist der Marquis de Mayne, der noch im Jahre 1875 unmittelter Steuerbeamter war und durch die Verheirathung mit einer sehr reichen Erbin zu einem Vermögen von ca. 1 Million kam. Doch hatte das Glück, welches der Marquis auf diese Weise machte, seinen Sitten; denn Fräulein de Baudreuil, die Braut, hatte 4 Jahre, bevor sie den Marquis heirathete, einen Fehltritt gethan und einen Sohn geboren, der von einem Diener stammte und auf dem Standesamte in Le Havre unter dem Namen Hippolyte Renaldo eingetragen war. Das Kind wurde einer Schneiderin in Orleans, namens Maria Chais, in Pflege gegeben, die es gerne hatte und bei der es aufwuchs. Von Zeit zu Zeit kamen Fräulein de Baudreuil und ihre Mutter, um es zu besuchen. Der Marquis v. Mayne schien sich anfangs über die Existenz Renaldo's keine Strupel zu machen. Aber im September 1883 theilte er Marie Chais mit, daß er das Kind fortnehme und gab ihr für ihr Stillkind 3000 Francs. Der Marquis fürchtete offenbar einen Skandal und hoffte dieser Gefahr dadurch zu begegnen, daß er das Kind in das Kloster Pont de Beauvoisin stellte. Anfangs ging alles gut, doch erwachte nach und nach in Renaldo die Erinnerung an seine Mutter, von der ihm die Schneiderin zuweilen erzählt hatte. Er verlangte, daß man sie ihm zeige, erst schüchtern, dann mit größerem Nachdruck. Endlich ließ er sich nicht mehr beruhigen und entfloß zweimal aus dem Kloster, wurde aber stets von Gendarmen dahin zurückgebracht.

Diese Sehnsucht des Knaben nach seiner Mutter beunruhigte den Marquis. Am 29. Oktober 1885 holte er Renaldo, fuhr mit ihm nach Marseille, von da nach Nizza und direkt nach Castellamare, ohne weder in Genua und Florenz, noch in Rom und Neapel anzuhalten. Am 11. November, bei Einbruch der Nacht, machte er mit Renaldo auf der Straße von Sorrent nach Castellamare einen Spaziergang, von dem er allein zurückkehrte, während Renaldo am nächsten Tage von Fischern aus Vico Equense am Fuße der steilen Felsenküste, über der die Straße von Castellamare 60 Meter hoch dahinführt, als Leichnam mit zerschmettertem Schädel gefunden wurde.

Das Verhalten des Marquis hiernach war fessam. Er machte keine Anzeige bei der Behörde, sondern suchte vielmehr die Nachforschungen des italienischen Gerichts zu hintertreiben. Man hatte bei Renaldo nur zwei Gebelbücher in französischer Sprache und ein paar wollene Strümpfe gefunden, welche die Nummer „57“ trugen. Deshalb erließ das italienische Gericht eine Veröffentlichung in den französischen Zeitungen. Ein solches Journal kam auch dem Marquis unter die Augen, der sofort nach jenem Vorfall nach dem Chateau de Beauvoisin und hat den Superior des Seminars, den Vater Voisin, die Nummer 57 einem anderen Jüngling zugetheilt. Der Geistliche hatte auch die unglückliche Schwachheit, dies zu thun. Erst am 24. Juni 1894 schlug die Stunde der Enthüllung. Die Marquise de Mayne machte an diesem Tage bei dem Staatsanwalt von St. Rmand plötzlich Anzeige. Was machte sie hierzu bewegen und wie erklärte sich ihr langes Still-schweigen? In dem Briefe, den sie an den Staatsanwalt schrieb, erklärte die Marquise, daß sie die Absichten ihres Gemahls bewußte, um endlich aus ihrem Schweigen herauszutreten, welches sie um der Ehre der beiden Kinder willen, die sie von ihm habe und um Skandal zu vermeiden, der die ihre gefährden würde, bisher gewahrt hätte. Sie erbrachte keinen direkten Beweis von der Schuld des Marquis, doch erklärte sie, die Ueberzeugung gewonnen zu haben, daß derselbe Renaldo ermordet habe. Doch gerade durch ihr langes Stillschweigen hatte sich die Marquise selbst kompromittirt. Dasselbe ist durch die Untersuchung nicht aufklärt worden. Vielleicht hätten hierüber Maria Chais und der Vater Voisin Licht gebracht, aber beide sind verstorben. Der Marquis giebt zu, daß er vom Tage seiner Hochzeit an bedroht gewesen sei, Renaldo's Geheimniß zu betragen, dessen Bekanntheit seine Ehre und die seiner Familie vernichtet hätte. Aber den Gedanken, Renaldo zu ermorden, habe er niemals gefaßt. Er wisse nicht, wie der Knabe verschwunden sei, glaube aber, daß er sich in einem Unfall von Verweissung von der Straße bei Castellamare ins Meer geführt. Es sei wahr, er habe zu verhindern gesucht, daß die Identität der gefundenen Leiche festgestellt würde, doch sei dies nur aus dem Grunde geschehen, um das Renaldo umgebende Geheimniß zu wahren. Er habe stets mit seiner Frau in Frieden gelebt und daß diese die Angelegenheit erst so spät bei der Behörde angezeigt, habe einen besonders schmachvollen Grund. Derselbe bestehe in einem unerlaubten Verhältniß seiner Frau mit dem Abbé Rofflot. Um diesem in Ruhe zu fröhnen und um sich seiner, des unbedeutenden Gemahls, zu entledigen, habe die Marquise ihn

angezeigt in der Hoffnung, daß ihre Anzeige ihn vernichten werde.

Dies sind in großen Zügen die Hauptpunkte, welche die Unternehmung festgelegt hat.

Der Marquis v. Mayne ist 45 Jahre alt, klein, dick und elegant gekleidet. Er ging mit einem Badet Alfen unter dem Arm festen Schrittes nach seinem Plage und machte während der Verlesung der Anklageschrift, die 40 Minuten dauerte, ununterbrochen Notizen, ohne von der Neugierde des Publikums im geringsten belästigt zu werden.

Aus seiner Vernehmung geht hervor, daß er ein durch nachfolgende Ehe legitimirt Kind eines Marine-Offiziers und einer armen Arbeiterin ist, seine Schulbildung auf dem Lyceum zu Grenoble erhielt und, von dort mit außerordentlich guten Zeugnissen entlassen, auf das Polytechnicum ging. Er machte den Krieg 1870/71 als Kavallerie in einem Artillerie-Regiment mit und wurde nach Beendigung des Krieges Steuerbeamter in Grenoble. In Grenoble genoss er, wie der Präsident des Gerichtshofes aus den Akten feststellt, den Ruf eines außerordentlich sanftmüthigen, gebildeten und ungewöhnlich ehrgeizigen Menschen.

Es kommt sodann die Geschichte der Ehe des Angeklagten zur Verhandlung. Der Marquis de Mayne erklärt auf Befragen des Präsidenten, er habe seine Frau nur um ihres Geldes willen geheirathet. Er habe gewußt, daß seine Braut Mutter eines Kindes war, habe aber darin, daß sie den Verführer eines Angestellten ihres Vaters zum Opfer gefallen sei, keinen Mafel gesehen. Er habe seine Frau geliebt und in ihr seine beste Fürsprecherin und Verteidigerin zu finden gesucht. Es sei ihm unerträglich, wie dieselbe jetzt zu der ungeheuerlichen Anklage gegen ihn gekommen sei. Sie müsse unter fremder Suggestion handeln.

Der Marquis de Mayne macht diese Angaben noch in durch-aus ruhiger Zone. Aber je weiter die Verhandlung fortschreitet, je eindringlicher und bedeutungsvoller die Fragen des Präsidenten werden, desto mehr verliert er von seiner Kaltblütigkeit, er giebt seine Antworten in erregtem Tone, bewegt sich in dem Angeklagten lebhaft hin und her und scheint unter der Wucht der Anklage beinahe zu erliegen.

Der Präsident kommt noch einmal auf die Vermittlung der Ehe des Angeklagten zurück und bringt einen Brief zur Verlesung, indem der Vater des Angeklagten dem Agenten Riffard eine Provision von 35 000 Frks. für die Vermittlung der Ehe seines Sohnes mit Mlle. de Baudreuil (der jetzigen Marquise de Mayne) verspricht. Die Summe, welche drei Jahre nach geschlossener Ehe fällig war, ist bis auf den heutigen Tag noch nicht bezahlt worden. Der Angeklagte behauptet, von dieser Abmachung überhaupt nichts gewußt zu haben.

Der Präsident geht sodann auf die Mordthat selber über. Es werden die Protokolle der italienischen Behörden über die Auffindung der Leiche Hippolyte Renaldo's verlesen. Darauf werden die Koffer Renaldo's, in denen die Kleider des Ermordeten aufbewahrt sind, in den Gerichtssaal gebracht. Der Angeklagte protestirt lebhaft gegen die Oeffnung derselben und wendet sich erregt mit folgenden Worten an den Präsidenten: „Ich möchte doch wissen, welche Ueberzeugung der Gerichtshof noch beabsichtigt. Ich weiß nicht, wie ich mich benehmen soll. Bleibe ich unbewegt, so sagt man, ich sei gefühllos; scheine ich gerührt, so sagt man, ich spiele Komödie. (Lebhafte Bewegung im Publikum.) — Der Präsident: Sie können sich verhalten, wie es Ihnen beliebt. Sie verstehen übrigens ausgezeichnet, sich zu beherrschen. — Angekl.: Meine Haltung ist die eines Unschuldigen. — (Lebhafte Unruhe im Publikum.) — Der Marquis de Mayne rekonstruirt hierauf ohne weiteres die Kleidungsstücke. — Präsi.: Ist es wahr, daß Sie Ihrer Frau die Mordthat eingestanden haben? — Angekl.: Das ist eine Lüge; die ganze Anklage ist das Werk des Abbé Rofflot, welche die Marquise abschrieb, ohne sie zu verstehen. Ich verzeihe ihr; doch meine Kinder. — Hier wirft sich der Angeklagte auf seinen Sitz, schluchzend, todtendblich, einer Ohnmacht nahe. — Vert h.: Dies, Herr Präsident, sind die Folgen Ihres Verhörs. — Präsi.: Ich glaube nicht, die Grenzen überschritten zu haben. (Große Bewegung.) — Angeklager, sich plötzlich aufrichtend: Neben mir nichts mehr von meinen Kindern, wenn Sie wollen, daß ich ferner Ihre Fragen beantworte.

Die Fortsetzung des Verhörs des Marquis gestaltete sich immer dramatischer. Man war zu dem verhängnisvollen Spaziergang von Sorrent nach Castellamare gekommen, von dem der unglückliche Knabe bekanntlich nicht zurückkehrte. Nachdem der Vorsitzende festgestellt, daß der Angeklagte mit auffälliger Hast, ohne Rücksicht auf die Kräfte des Jünglings ihn von Ort zu Ort die herrliche Küste der Bucht von Neapel entlang schleppte, daß er sich allen Begegnenden auswich, trotz der schließlichen Abspannung Renaldo's alle Anerbietungen von Kutschern, die beiden Wanderer zu fahnen, abgelehnt hatte, gab er nach einer kurzen Unterbrechung der Verhandlung dem Angeklagten das Wort, um die dramatische Scene auf der Höhe von Sorrent darzustellen. Der Angeklagte erzählte mit ruhiger, etwas verhaltener Stimme: „Nachdem wir gegen 6 Uhr von Vico Equense aufgebrochen waren, fühlte ich ein dringendes Bedürfnis und entfernte mich seitwärts. Ich befand mich ungefähr 25—30 Meter von dem Knaben entfernt. Als ich nach 10 Minuten wieder zurückkehrte, fand ich den Knaben nicht wieder. Ich rief nach ihm. Keine Antwort. Ich ging immer weiter und weiter, fortwährend rufend, und je weiter ich ging, um so lebhafter wurde die Ueberzeugung in mir, daß er sich geschnitten habe. Ich eilte, ich laufe, fortwährend seinen Namen rufend. Auf diese Weise machte ich ungefähr 2 Kilometer. Ich begegnete zwei Bauleuten und suchte sie aufzutragen, aber sie verstanden kein Französisch. Ich bemerkte die Leichter von Castellamare und kehrte dorthin in größter Aufregung zurück, nunmehr überzeugt, daß es sich nicht um eine Flucht, sondern um einen Selbstmord oder um einen Unfall handle. Aber ich wies diese Idee wieder von mir und ging wieder auf dem Wege zurück, fortwährend rufend. Endlich sah ich auf die Klippen herab. Ich entdeckte nichts als Wellen und einige Fischerboote. Niemand antwortete. Zwei Stunden waren auf diese Weise verstrichen. Darauf kehrte ich auf dem Wege nach Castellamare zurück. Auf diesem begegnete ich Kutschern. Ich machte mir traurige Gedanken. Ich sagte mir, daß mir nichts übrig bliebe, als meine Erklärungen bei den Behörden zu machen. Damit kam ich in Castellamare an. Da schrie ich vor der Schande zurück. Ich wollte meine Frau vor der Welt nicht bloßstellen. Deshalb kam ich zu dem Entschlusse, meine Erklärung bei den Behörden zu unterlassen.“ Darauf erzählte der Angeklagte, wie er einem Führer begegnet sei, der ihn ohne weiteres in ein über beleumundetes Haus geleitet habe. Er sei aus demselben sofort geflohen und rathlos auf der Straße umhergeirrt. Der Präsident erklärte dagegen, daß de Mayne, wie alle Verbrecher, die unter dem frischen Eindruck ihrer Verurtheilung stehen, sich habe betäuben wollen und daß er deshalb in Castellamare wie auf der ganzen Küste sich den größten Aufschweifungen hingeeben habe. Mayne protestirte und rief fortwährend aus: „Nein, ich bin unschuldig!“ Darauf wurde die Sitzung aufgehoben.

In der Sitzung am nächsten Tage (31. v. M.) wird mit der Beweisaufnahme begonnen; sie bringt zunächst die Vernehmung der Gattin des Angeklagten. Das Erscheinen der Marquise de Mayne bringt eine große Bewegung im Gerichtssaal hervor; der Angeklagte bedeckt, um seine Gattin nicht erblicken zu müssen, das Gesicht mit dem Taschentuche. Die Zeugin wird nicht ver-eidet. Die Worte: „Ich klage meinen Mann an, meinen Sohn ermordet zu haben“, spricht sie ohne besondere Erregung; auch daß ihr Gatte sie einmal beinahe erdrosselt und die Kinder blutig geschlagen habe, wird ruhig vorgebracht. Während die Zeugin gräßliche Einzelheiten über die raffinierten Mißhandlungen, welche die Kinder von ihrem Vater hätten er-litten müssen, erzählt, begnügt der Angeklagte sich damit, ab-wedrende Bewegungen zu machen. Dann ruft er plötzlich: „Das alles hat der Erzieher Abbé Rofflot erfunden. Er ist ein Verräther“

Bei der weiteren Verhandlung gegen den Marquis de Mayve gaben seine beiden Söhne, die ihn in ihren Aussagen im Laufe der Untersuchung der Brutalität bezeugt hatten, im heutigen Zeugenverhör an, ihre Aussagen seien ihnen von ihrem Erzieher, dem Abbe Kosselot, diktirt worden, und machten alsdann für ihren Vater günstige Aussagen. Diese riefen unter den Zuhörern große Bewegung hervor. Ein Geschworener weist (nach einer Drahtmeldung des „N. J.“) darauf hin, daß in der von der Marquise de Mayve selbst unterzeichneten Anklageschrift ein Satz lautet: „Als Mayve den Wunsch Madames . . .“ und fragt, warum es nicht heißt: „meinen Wunsch“. Der Präsident läßt sofort die Marquise vorrufen, um Aufklärung zu geben. Sie ist aber nicht aufzufinden. Es wird ihre sofortige Vorführung angeordnet. Nach einiger Zeit erscheint sie im Gerichtssaal. Der Präsident legt ihr die von dem Geschworenen aufgeworfene Frage vor. Sie weiß nur ganz verwirrte Antworten darauf zu geben und tritt unter dem Geheule des Publikums ab.

Eine stark besuchte polnisch-sozialdemokratische Versammlung wurde am Sonntag bei Mörschel (Schönbauer Allee) abgehalten. Nachdem zu Punkt 1 der Tagesordnung Genosse Verfuß den Bericht der polnischen Delegierten vom Brandenburger Parteitag gegeben hatte, referierte Gen. Brzeszwiniewicz über die vor hundert Jahren erfolgte Teilung Polens. In scharfen Worten kritisierte er die damalige Wirtschaft der polnischen Schichtajzen (Junker) und kam zu dem Schlusse, daß auf der Grundlage der sozialdemokratischen Idee ein freies Polen erstrebt werden könne und müsse. Zum Schluß appellierte Genosse Verfuß an das Pflichtgefühl der Anwesenden, sich an den am Freitag vor sich gehenden Kommunalwahlen zu beteiligen.

Der Centralrath der deutschen Gewerksvereine (Kirch-Dunder) hielt in Gemeinschaft mit Vertretern der Generalräthe bezw. Hauptvorstände aller deutschen Gewerksvereine letzten Sonntag bei Völg eine Sitzung ab, die den Zweck hatte, die Mittel zu berathen, wodurch die Arbeitsverhältnisse der Gewerksvereins-Mitglieder gehoben werden können. Etwa 100 Personen waren anwesend, darunter Delegirte aus den Städten Berlin, Potsdam, Burg, Spremberg, Magdeburg, Gera, Bitterfeld, Stettin &c. Doktor Max Kirch, der das Referat hatte, verwies Eingangs dasselben auf den Beschluß des letzten Verbandstages zu Danzig (abgehalten am Pfingsten 1895), der den Gewerksvereinen folgende Aufgabe stellte: „Benützung aller günstigen Verhältnisse, namentlich der steigenden Geschäftskonjunktur, um durch Stellung angemessener (1) Forderungen soweit (1) wie irgend möglich auf friedlichem Wege bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erlangen, wobei auch die misbräuchlichen Verabredung der Alfordlöbne entgegenzutreten ist.“ Die Kommission, die die Durchführung dieses Beschlusses zu überwachen hatte, sei sich nun dahin schließend geworden, die Lombrirte Sitzung einzuberufen, weil sonst vielleicht größere Streitigkeiten oder Streiks eingeleitet werden könnten, die doch von den Gewerksvereinen als letztes Mittel betrachtet würden. Die Beisätze der Gewerksvereine, so hebt Redner noch ganz besonders hervor, bedingen einen friedlichen Verkehr mit den Unternehmern. Den jetzigen geschäftlichen Aufschwung erklärt Redner für günstig, den Verbandstags-Beschluß in die That umzusetzen. Der Vorwurf, daß während der 27 Jahre des Bestehens der Gewerksvereine wenig zur Verbesserung der Lohnverhältnisse geschehen sei, treffe in gewisser Hinsicht zu; schuld seien daran aber nur die einzelnen Ortsvereine selber (na, na!), nicht der Verbandsvorstand. Zunächst ist nach des Redners Meinung jezt in betref der Arbeitszeit vorzugehen, die verkürzt werden müsse. Die Statistik habe ergeben, daß in den meisten Berufen vielfach eine 12–13stündige Arbeitszeit existire. Redner unterbreitet hierauf den Vorschlag, ein Flugblatt, das an alle „Arbeitgeber“ geschickt werden soll, woron er sich einen großen Erfolg verspricht. Es verlobt sich, hier einen Auszug daraus zu geben. Selbstverständlich wird nicht verfehlt, den Herren „Arbeitgebern“ zu versichern, daß es Grundfatz der Kirch-Dunder'schen Gewerksvereine ist, „nicht einseitig und schroff“ nur die Interessen der Arbeiter (bei dem Bestreben nach Verbesserung der wirtschaftlichen Lage ihrer Mitglieder) zu vertreten, sondern auch die Unternehmer, als wichtige und nothwendige Faktoren des Gewerbebetriebes, in ihren berechtigten Interessen zu berücksichtigen u. s. w. Das „beiderseitige Wohl“ soll auf dem gemeinsamen Boden des Berufes soweit irgend möglich durch Verständigung und Zusammenwirken erreicht werden. Nicht nur ein Gebot der Sittlichkeit sei das friedliche Vorgehen, es fühle sich auch zugleich auf die Lehre der „Volkswirtschaft“. Nach einem wehmüthvollen Stoffeuzer, wie sehr leider dieser Standpunkt beiderseits (von Arbeitern und Unternehmern) verkannt sei, löst aus dem Schriftfah hoffnungstreubig die Botschaft entgegen, daß sich glücklicherweise „die Wahrheit auf die Dauer nicht verdonken lasse“ und daß „Erfahrung“ und „Wissenschaft“ das Zutreffende des „Gewertereinstandpunktes“ bewiesen, z. B. habe auch das Deutsche Reich 1890 diese Erkenntniß durch gesetzliche Einführung der Einigungsämter sanktionirt. Die Einrichtung beruhe auf der Erfahrung, daß, „wie einerseits für reichliche Beschäftigung und Entlohnung der Arbeiter eine intelligente, tüchtige und gehobene Unternehmerschaft erforderlich, so andererseits die materielle, geistige und sittliche Erhebung des Arbeiterstandes für Produktion und Absatz unentbehrlich sei, und demnach mit den wahren Interessen der Arbeitgeber nicht im Widerspruch, sondern im vollen Einklang stehe. Vor allem ganz sicher und unüberseglieh erwiesen sei dies bezüglich der wichtigen Frage der täglichen Arbeitsdauer.“ In diese Ausführungen des Flugblattes schließt sich dann eine längere „volkswirtschaftliche“ Auseinandersetzung, wodurch unter Verwendung amtlichen Materials (Gewerbe-Inspektionsberichte &c. &c.) den Herren „Arbeitgebern“ plausibel zu machen gesucht wird, daß sie bei einer Verkürzung der Arbeitszeit auf zehn Stunden — wie auch die Arbeiter (1) — gut bestehen können. Thatsächlich sei auch, heißt es im Anschluß daran, in einer sehr großen Zahl von Betrieben der zehnstündige Arbeitstag schon seit Jahren von den Unternehmern selbst eingeführt und aufrechterhalten worden. Als auffallend und bezeichnend wird dann bezeichnet, daß trotz alledem immer noch ein Theil der „Arbeitgeber“ hartnäckig an einer längeren, oft genug bedeutend längeren Arbeitszeit festhält, nicht selten an denselben Orten, wo in ganz gleichartigen Betrieben schon seit Jahren der zehnstündige Arbeitstag mit dem besten, auch geschäftlichen Erfolge besesse. Der Grund könne nur entweder Vorurtheil und Eigensinn, oder das Streben sein, den Gewerksgenossen Schlanderkonkurrenz auf Kosten der Gesundheit und des Familienlebens der Arbeiter zu machen, ein Verfahren, das die Benennung als „unlauterer Wettbewerb“ mehr verdiene, als manches andere, und das den sozialen Frieden aufs ärgste gefährde. — Hier sollten doch die verehrlichen „Arbeitgeber“vereine und Verbände vor allem eingreifen — sie würden dadurch zeigen, daß sie die Ehre und Wohlfahrt nicht nur der Unternehmer, sondern, wie sie es doch in ihren Statuten und Schriften versicherten, auch die der Arbeiter im Auge hätten! Reine bessere Fürsorge und Wohlfahrteinrichtung für die eigenen

Arbeiter könne es geben, als die Durchführung einer geregelten mäßigen Arbeitszeit. Die Arbeiter würden dafür ihren „Arbeitgebern“ fast ohne Ausnahme aufrichtig Dank wissen, und die „Arbeitgeber“ würden ihren schönsten Lohn dafür in der Zufriedenheit und Freudigkeit ihrer Arbeiter finden. Wo aber solche Initiative der Unternehmer nicht Platz greife, da sollten alle einsichtigen und wohlmeinenden „Arbeitgeber“ — welche doch zumal in unserem Vaterlande die große Mehrzahl ausmachen — wenigstens den Anträgen ihrer Arbeiter auf angemessene Verkürzung der Arbeitszeit freudig entgegenkommen. Und zwar besonders auch dann, wenn solche Anträge von den deutschen Gewerbevereinen und ähnlichen Berufsvereinigungen auf Verlangen und im Sinne ihrer Mitglieder angebracht würden. Denn gerade diese Organisationen enthielten sich in der Regel übertriebener, undurchführbarer Forderungen, und seien geneigt, friedlich zu unterhandeln; sie wollten keinen Streit, sondern gütliches Uebereinkommen, und sie verbürgten endlich auch die dauernde Erfüllung der eingegangenen Verbindungen. — Mit der Verkürzung der Arbeitszeit befriedigten die Herren „Arbeitgeber“ die sehnlichen und berechtigten Wünsche ihrer Arbeiter, ohne ihrerseits auch nur Opfer bringen zu müssen, vielmehr mit Förderung ihrer eigenen Interessen. — Das Entschuldigungs-, vardon: Aufschreiben an die Herren „Arbeitgeber“ schließt: „Darum rechnen wir vertrauensvoll auf das erwünschteste Entgegenkommen der Herren Arbeitgeber unserer Ortsvereine und Ortsverbände gegenüber, uns zugleich zu hoher weiterer Anstrenzung gern bereit erklärend. Wahrlich, es ist hohe Zeit, daß Friede zwischen Arbeitgebern und Arbeitern auf dem Boden der gesetzlichen Gleichberechtigung und beiderseitigen Verständigung in unserem theuren Vaterlande angebahnt und dauernd geschlossen werde. — — Berlin, November 1895. Der Zentralrat und die Generalräthe (Hauptvorstände) der deutschen Gewerbevereine.“ — Der Referent erklärte es schließlich noch für durchaus unerlässlich, daß etwas geschehe, indem er der Versicherung Raum giebt, daß sonst den Gewerbevereinen von den Sozialisten vollständig der Rang abgelaufen werde und Mitglieder abspärten. Dr. Pirsch empfahl dann folgende Resolution zur Annahme:

„Die kombinierte Versammlung des Zentralrates und der Generalräthe der deutschen Gewerksvereine (Gisch-Dunder) am 8. November beschließt in Uebereinstimmung mit dem Heferat des Verbandsanwalts behufs Durchführung der einstimmigen Beschlüsse des Taugiger Verbandstages, den einzelnen Generalräthen und selbständigen Ortsvereins-Vorständen dringend zu empfehlen, daß sie in möglichst in besondern Sitzungen die praktische Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse vor allem an Orten mit abnorm niedrigen Löhnen und überlanger Arbeitszeit nach den bewährten friedlichen Grundätzen unserer Organisation thätig in die Hand nehmen. Die Versammlung erklärt es als Pflicht aller Ortsvereine und Ortsverbände, die Beseitigung der tatsächlichen Mißstände in den Arbeitsverhältnissen als Hauptaufgabe unserer Organisation in erster Reihe auf die Tagesordnungen der Sitzungen und Versammlungen zu setzen und ausdauernd praktisch zu betreiben. Die Versammlung beschließt endlich, den Zentralrat mit der Wiederholung der auf die Reichs- und Staatsbetriebe bezüglichen Petition, sowie mit der Eindringung einer Petition auf endliche Durchführung des § 120 a der Gewerbeordnung zu beauftragen.“

In die Disputation griff zunächst Schumacher aus Berlin ein. Der Appell an die „Arbeitgeber“ hätte keinen Zweck, mit ihren 70 000 Mitgliedern könnten die Gewerksvereine einen eminenten Erfolg erzielen. Das nothwendigste wäre die Kräftigung der Organisation und ein Aufruf an die Arbeiter.

Sagelkow setzt ebenfalls den Hoffnungen Fischk's hinsichtlich der Erfolge des oben wiedergegebenen Aufrufs an die „Arbeitgeber“ Zweifel entgegen; er meint, man müßte die Beiträge erhöhen, damit man einen Fonds habe beim event. Vorsehen.

Birch: Zwei Richtungen seien in den Gewerkevereinen vertreten, eine für die freie Vereinbarung, eine andere für gesetzliche Hilfe. Er sei durchaus für letzteren Weg. (Beifall.)

Vorstehender Rauch (Vorstehender des Centralrathes): Die Ortsvereine beschäftigen sich leider mit kleinen Zänkereien und Nörgereien, statt mit der Lage ihrer Gewerbe.

Haupt-Organ: Der Appell an die „Arbeitgeber“
hilft nicht.
Herzog, Potsdam und Müller, Breslau klagen darüber,
daß die Gewerkevereine durch die Agitation der Schneider für
die Einführung von Betriebsversitäten in eine schiefe Lage ge-
bracht würden.

Söbe, vom Gewerksverein der Maschinenbauer: Ich lehne den Glaube an das Entgegenkommen der „Arbeitgeber“; die Unternehmerschaft beuge sich nur der Gewalt. Hirsch selbst habe das „Prinzip“ durchbrochen und für den gesetzlichen Maximalarbeitsstag stimmt.

Vom Vorsitzenden und von Dr. Hirsch wird hierauf der Vorredner, der auch u. a. vom „Tritt der Arbeiterbataillone“ gesprochen, tüchtig abgefanzelt.

Manch bittet alle Delegierten, sich "recht vorsichtig" auszudrücken, damit der "Vorwärts" nicht Material erhalte.

Luz (Bildhauer): Meine Berufsgenossen können sich nicht mit der Forderung der zehnstündigen Arbeitszeit zufrieden erklären, da wir nur 8 1/2 Stunden arbeiten.

Dr. Hirsch bemerkt im Schlusswort, daß er „erleichtert“ sei. Die Debatte habe ihn schon deshalb nicht befriedigt, weil einzelne Redner die Grundsätze der Gewerksvereine verleugnet hätten. Heftig wendet sich dann der Herr Verbandsamwalt gegen Obige. Er giebt zu, daß die Debatte nach außen einen schlechten Eindruck machen werde, und tritt nochmals für eine harmonisierfreundliche Behandlung der aufgeworfenen Frage ein. Nach längeren persönlichen Bemerkungen wird schließlich die Resolution Hirsch einstimmig angenommen und darauf nach 3 Uhr nachmittags die Sitzung mit einem „Hoch“ auf die Gewerksvereine geschlossen.

Aus den im vorstehenden kurz skizzierten Verhandlungen des Hirsch-Dunder'schen Generalsstabes geht abermals deutlich hervor, daß die Gefolgshaft des Herrn Dr. Max Hirsch in ihrem Glauben an das Evangelium der „Harmonie zwischen Kapital und Arbeit“ mehr und mehr wankend wird. Die Jüglinge des Herrn Dr. Max Hirsch urtheilten über das Unternehmertum und dessen Friedensliebe nicht anders als die bösen Sozialdemokraten, was Herrn Hirsch um so fataler sein muß, als er durch den bekannten Revers die sozialdemokratischen Arbeiter von seinen Vereinen fernhält, sich also nicht damit herausreden kann, die betreffenden Sprecher wären Mitglieder unserer Partei gewesen. Der Gang der ökonomischen Entwicklung läßt sich eben auch hinsichtlich seiner ausüübenden Wirkung auf die Köpfe der Arbeiter nicht über-
lefen.

Zentralverein der Goldhauer. Gentige Versammlung fällt aus.
Donnerstag, den 7. November: Vortrag H. Wittich, Geschäftliches, An-
nahme der Erklärung des Goldhauer.

in Deutschland. (G. S. Nr. 26.) Verwaltungsstelle Berlin I. Der Orts-
vorstand Herr Seidel wohnt Gröbenstraße 1 u. 2, vorn 4 Tr., die

vorstehende Karl Jedel wohnt Grimseninnenstr. 1 u. 3, doch 4 Zt., die
Kaffeeerin Frau Aug. Tschentscher, Rußtauerstr. 47. Bei beiden werden neue
Mitglieder aufgenommen.

Central-Verkaufs- und Begräbnis-Anstalt für Frauen und Mädchen
in Deutschland. (C. S. Nr. 28.) Verwaltungsgesellschaft Berlin IV. Der Be-
vollmächtigte D. G. Oberst wohnt Friedenstr. 49 d. 4 Tr., der Kassier wohnt
Friedenstraße 20 i. H. und werden neue Mitglieder aufgenommen.

Arbeiter-Bildungslehre. Dienstag kein Unterricht. Die Schulräume sind zur Benutzung der Bibliothek und des reichhaltigen Zeitschriftenmaterials abends von 6 Uhr an geöffnet.

Die Liste der geselligen Arbeitervereine Berlin und Umgebung
zu beschließen, den Bund betreffend, sind zu richten an P. Went,
Vorsitzender, 107/108, Plintha. Musikverein Hoffnung, Götterheer, 33 bei
Meier. — Musikverein Wäckermann, Götter, 250 bei Schmidt.
Theatergesellschaft Alberts, Reichensberger, 34 bei Schäfer. Ver-
einigungverein Nordwacht, Verlegeritz, 33 bei Garmisch.
Theatergesellschaft Ziehwitz, Transfureritz, 33 bei Gals. Verein für
volksheimliche Kunst, Blumenhagen, 33 bei Reich. — Theaterverein
Freier Willen, Blumenhagen, 33 bei Reich. — Theaterverein
Manters, Weiler, Blumenhagen, 33 bei Rucke. — Geselliger Verein
zu 33, Blumenhagen, 33 bei Rucke.

Unter uns, Baumt. 66 der Bühne.
Gefang. **Turn- und gefellige Verein.** **Diebung.** **Männer-Gefang.**
derin Sangesfreu, **abend 8-10 Uhr** **der Prob.** **Namnt. 9. -**
Wafferein. **Freisch.** **Nachschneide.** **24 der Zaufte.** **- Gefang.**
Namnt. 10. - **abend 11 Uhr** **im Seutendfchiffen Ausbuss.**
Namnt. 11. - **der Begner.** **Freisch.** **Überruher.** **- Theaterin** **Zato** **Zato**
Samg. **12. -** **abend 9 Uhr.** **im B. Hofel.** **Brumler** **Uel** **124. -** **Theaterin**
derin **Wille.** **abend 8 Uhr** **im Wärtfchen Hof.** **Namnt. 12. -**
Freier. **Überruherin.** **Einigke.** **der Streit.** **Namnt. 13. -** **Überruherin**

[illegible]

Turnverein. Gesundbrunnen. Die 1. Männer-Abtheilung turnt von
 8½–10½ Uhr in der Turnhalle des Reising-Gymnasiums, Fraustraße 8–10. —
 Turnverein in Licht. Mittags bei deutschen Arbeiter-Turnerbund.
 Jeden Dienstag und Freitag abends von 8½–10 Uhr: 2. Männer-Abtheilung.
 Stallergasse 85/86. — 4. Männer-Abtheilung Stephanstr. 2. — 5. Männer-
 abtheilung Kiefernstr. 67. — 1. Lehrlings-Abtheilung Friesenstr. 87. — 2. Lehrlings-
 abtheilung Weststraße 27. — Damen-Abtheilung Mariannenstr. 14. — Turn-
 verein Norden, jeden Dienstag Abends von 8½ bis 10 Uhr in der
 Turnhalle, Wilmersallee 8. — Rauchsclub Sorgenfrei, abends
 9 Uhr bei Borsel, Wallhöfenstr. 22. — Rauchsclub Deutsche Pilsner,
 abends 8 Uhr Biergassestr. 22. — Rauchsclub Ruhiga, abends 8½ Uhr,
 bei Behrend, Weststraße 3. — Eigung. — Vergnügungsverein Im Brand,
 bei Staudt, Berninistr. 22. — Neuer Berliner Rauchsclub,
 Eignungsstr. 30 bei Holzmann. — Arbeiter-Turnergesellschaft im Straßg.,
 Unterstadt und Uckerlandstraße abends 8½ Uhr bei Wablich, Wablichstr. 4.
 Rauchsclub Effeliana, bei Wuttke, Graubergstraße 2. — Rauchsclub
 Waldesgrün, Eigung Kilmrods, abends 8½ Uhr bei Zigner, Forster-
 straße 22. — Rauchsclub Portico, abends 9 Uhr Rautenstraßstr. 20 bei
 Gerdorf.

In der Pulverexplosion wird aus Breslau berichtet: Die Nachricht eines hiesigen Blattes betreffend die Explosion bei Böpelwitz ist dahin richtig zu stellen, daß nicht ein Pulverschuppen, sondern eine Zündkapsel-Fabrik in die Luft flog. Neuerer Meldungen zufolge wurde niemand getödtet. Zwei Arbeiterinnen und zwei Kinder sind schwer verletzt worden.

Ueber ein Eisenbahnunglück wird aus Budapest berichtet: Die Gattin des Eisenbahnassistenten Biraghalmy wurde auf der Station Afzod, als sie mit ihren drei Kindern das Bahngeleise überschreiten wollte, von einem im Rangiren begriffenen Lastzuge überfahren. Alle vier Personen sind lebensgefährlich verletzt. Der dem Unglück als Zeuge beimohnende Gatte und Vater beug in seinem Schmerze einen Selbstmordversuch.

Zurück-Deutsch. In einer Entscheidung, in der das Reichsgericht den Unterschied zwischen entgeltlichen und unentgeltlichen Verfügungen im Sinne des § 25 der Konkursordnung erörtert, kann man folgenden kunstvollen Satz lesen: „Zur Entgeltlichkeit ist nicht erforderlich, daß die Erlangung einer Gegenleistung den Beweggrund zur Verfügung abgegeben hat, so daß

leistung und Gegenleistung eine rechtsgültige Gegenleistung auch dann, wenn eine Gegenleistung gegeben ist, der Verfügung aber aus einem anderen Beweggrund, als um die Gegenleistung zu erhalten, gehandelt hat, als unentgeltlich zu behandeln wäre, sondern das Unterscheidungsmerkmal wird durch den Umfang gebildet, ob in der That eine Gegenleistung erfolgt ist."

Oliver Cromwell's Kopf. Aus London wird der „Frankfurter Zeitung“ berichtet: „Der sprichwörtliche Pant von des Kaisers Bart ist nichts im Vergleich zu dem Streit, der in der englischen Presse um die Uebersetzung des Lord-Protectors Oliver Cromwell, besonders um seinen Kopf, entbrannt ist. Oliver Cromwell's Geisde war in der Reichthümer-Abtheilung herabstiegen worden.“

Obwohl Cromwell's Leiche noch in der Westminster-Abtei übergraben worden, aber zur Zeit der Stuart'schen Restauration, als der heimtückische merry monarch England's Interessen um Maitresse's in Frankreich verschachtelte, wurde das Grab in der Abteikirche geöffnet, Cromwell's Leiche herausgerissen, der Kopf abgehakt und der kopflose Körper bei Tyburn an den Galgen gehängt. Viele Jahre hindurch lag der Kopf des großen Puritaner-Führers auf dem südlichen Giebel der Westminster-Halle. Während eines Sturmes wurde der Kopf in die Straße geflogen und der Wache stehende Soldat nahm in an

so ging der Kopf von Hand zu Hand, bis er schließlich in den Besitz eines Gentleman in Kent überging, der die Reliquie sorgfältig hütete. Oliver's Körper wurde, wie man annimmt, von der Tochter des Lord-Protektors und ihrem Gatten in geheim fortgeschafft und soll unter der Pforte des Landhauses der

famille Fauconberg in Yorkshire ruhen. Der Kopf ist von verschiedenen Geschichtsforschern untersucht, mit der Todtenmaske und sonstigen Bildwerken verglichen und mit ziemlicher Bestimmtheit als das wirkliche Haupt erklärt worden, das vordem auf den Schultern des „Old Noll“ saß. Es ist von einem Speer durchstoßen und dieser Stuch ist erwiesenermaßen erst nach Cromwell's Tod geführt worden. Man schlägt jetzt vor, die Ueberreste zu sammeln und ihnen ein ehrenvolles Begräbniß in der Westminster - Abtei zu theil werden zu lassen. Da

unter den hervorragenden Staatsmännern beider Parteien sich nachkommen des großen Puritaner-Chefs befinden — dazu gehören der Marquis of Ripon, Sir John Lubbock, Mr. Rowland Gardiner — so dürfte wohl etwas geschehen, obgleich John Morley's Vorschlag, dem Lord-Protektor aus öffentlichen Mitteln eine Statue zu errichten, im letzten Parlament zurückgezogen werden mußte. Eine Statue kriegt Oliver Cromwell, aber aus Privatmitteln, und der Widhauer Thorneycroft ist bereits mit deren Ausführung beauftragt. Sie soll in die Nähe von Charing Cross kommen, und das „Daily Chronicle“ verlangt, das Oliver's Haupt am Fuße der Statue begraben werde. Im Gegensatz

dazu schlägt Frederic Harrison, der Verfasser eines tüchtigen Werkes über Oliver Cromwell, die Kapelle Heinrichs VII. in der Abtei von Westminster als letzte Ruhestätte der Heberreste vor.

Nieber die Enttarnung eines Mediums wird aus London berichtet: Eufapia Paladino, eine etwa vierzigjährige Neapolitanerin, die lange Zeit in ihrem Geburtslande sowie in Frankreich und England für ein außergewöhnlich brauchbares, mit einer neuen psychischen Kraft begabtes Medium gehalten wurde und erfahrene Männer der Wissenschaft, darunter Lombroso, in ihren Séances völlig für sich zu gewinnen wusste, ist endlich in Cambridge als Schwindlerin entlarvt worden. Sie ließ sich Hände und Füße halten und war doch im Stande, diejenigen, die sie hielten, zu zwingen; sie konnte massive Gegenstände tanzen lassen, verstand einem musikalischen Instrument Töne zu entlocken, ohne es zu berühren, und einen Fenstervorhang von schwerer Seide in Bewegung zu setzen, als ob er einem starken Luftzug ausgesetzt wäre. Eufapia arbeitete nur im Dunkeln und dieser Umstand allein ermöglichte ihr die Täuschung, die darin bestand, daß sie den rechten Arm und den rechten Fuß, die auch gehalten werden sollten, frei behielt, sie verstand aber den linken Fuß so zu stellen, daß der Eindruck hervorgerufen wurde, daß die Fehen zu einem und die Ferse zu dem andern Fuß gehörten. Nehrlich wußte sie mit der linken Hand zu manövriren. Wenn nicht der amtliche Bericht der Psychical Research Society in Cambridge diese Erklärung gäbe, so würde man es kaum für möglich halten, daß erfahrene Männer während

langer Zeit in dieser Weise getäuscht wurden. Das Hauptverbrechen an der Aufdeckung des Tricks gebührt Herrn Dr. Godegson, der seinerzeit auch an der Entlarvung der Frau Slavatsky hervorragend beteiligt war.

Briefkasten der Redaktion.

Es bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll.
Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Mittwoch, Freitag und Sonnabend abends von 7-8 Uhr statt.
Stöcker's Buchstube. Wozu der blinde Eifer? — Wenn Sie, H. C. und andere Genossen, den Brief in Nr. 258 nicht ent-

sichern können, so lesen Sie gefälligst im „Vorwärts“, und zwar in Nr. 207, Hauptblatt Seite 2, Spalte 3 nach. Dort finden Sie das Gewünschte bereits vor unter der Spitzmarke „Und der König absolut!“ etc.

H. R. 100. Das österreichisch-ungarische Konsulat ist Behrenstraße 43-44. Geöffnet von 11 bis 3 Uhr. Nicht verweidbar.

2. M. 30. Der Berliner Kinderschuh-Verein befindet sich Wilhelmstraße 10, Hof links. Geöffnet von 9 bis 1 Uhr.

R. M., A. G. 110, F. u. P.: Rein. — G. C. Kienburg. Sehen Sie mit Ruhe der Anlage entgegen, die unbegründet zu sein scheint. — H. A. 152. Ueber derartige Fragen erteilen wir keine Auskunft. — S. B. 100, F. C. H. 25. Zu

1 und 2: Ja. — F. W. Der Lehrer ist leider im Recht. — Pommer 41. An die Armenbestreitung. — R. S. 100. 1. Ja. 2. Ein Reichstags-Abgeordneter bezieht weder Gehalt noch Diäten. — P. P. 3. 1. Gerichtlich. 2. Innerhalb 3 Monate muß der Antrag auf Bestrafung gestellt werden. — H. 18. Sprechen Sie gelegentlich mit dem Erkenntnis in der juristischen Sprechstunde vor. — M. C. Charlottenburg. Morgens 8-11 Uhr.

Briefkasten der Expedition.

R. M. 20. Philippovich, Grundriß der politischen Oekonomie Band 1, kostet 8 M., gebunden 9 M., und ist durch unsere Buchhandlung zu beziehen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, 5. November, Opernhaus. Die Hugenotten. Schauspielhaus. Das Leben ein Traum.

Deutsches Theater. Der Kaufmann von Venedig.

Berliner Theater. König Lear.

Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Die Reise nach dem Mars.

Neues Theater. Seine Gewese.

Schiller-Theater. Der Hengst.

Residenz-Theater. Der Rabenvater.

Adolph Ernst-Theater. Paradebühnen.

Central-Theater. Eine tolle Nacht.

Alexanderplatz-Theater. Die kleinen Lämmer.

National-Theater. Dorf und Stadt.

Theater Unter den Linden. Der goldene Kamerad.

American-Theater. Spezialitäten.

Reichshallen-Theater. Spezialitäten.

Apollo-Theater. Spezialitäten.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132.

Direktion: Max Samst.

Volksvorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen.

Gastspiel des Herrn Oscar Krüger vom Hoftheater in Braunschweig.

Dorf und Stadt.

Schauspiel in 2 Abteilungen und 5 Aufzügen von Charlotte Birch-Pfeiffer.

Regie: Max Samst.

Morgen: Das Käthchen von Heilbronn.

Central-Theater.

Alte Jakobstr. 30.

Emil Thomas a. G.

Novität! Zum 62. Male: Novität!

Eine tolle Nacht.

Große Ausstattungspoffe mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von

Wib. Mannstätt und Julius Freund.

Musik von Julius Einödshofer.

In Szene gesetzt v. Dir. Richard Schultze.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.

Zum 63. Male:

Paradebühnen.

Besetzung der Hauptrollen:

Anna Baders, Josefina Dora, Ida

Ecklert, Adolph Ernst, Julius Enden,

Hugo Gahler, Richard Jürgas, Guido

Zielfcher, Karl Weiß, Georg Worlisch.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Rein Aufgeld.

Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Alexanderplatz-Theater.

Alexanderstraße 40.

Täglich abends 8 Uhr:

Die kleinen Lämmer.

Baudreville in 2 Akten von Barney.

Vorher:

Nummer 66.

Operette in 1 Akt von Offenbach.

Apollo-Theater

Cremo's Teutonspiele.

Mile. Philo-Durand

comique Excentriques.

The Wortleys

phänomenale Lustgymnastiker.

Bella Rose.

Miss Rosi Rondel.

The Harveys. Familie

Kräusel. Miss Ethardo.

Rozaika Horwath. Heinrich

Blanck. Mizi Schütz.

Abbas-Mirza-Troupe.

Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang der

Vorstellung 8 Uhr.

Bereinszimmer m. Piano, 50 Personen,

Gorn, Al. Marxstr. 10. 893b

Schiller-Theater.

(Wallner-Theater.)

Dienstag: Der Hengst.

Mittwoch: Wilhelm Tell.

Hull ist da!!!

Der Mann von Eisen??

wird bald das Tages-

gespräch sein.

Jeden Abend 10 Uhr in

Kaufmann's

Variété-Theater

Königsstrasse, Kolonnaden.

Vollständig neues

Programm.

Die Berliner Barrisson,

der grossartige Equilibrist Vallo,

der verrückte Musiker Jones,

der dicke Liebling Edl Blum,

das schöne Modell Miss Luciani,

der Dampflichter Samson, die

vorsüchliche Gymnastiker Heglas,

kurz und gut, ein Programm, wie

es noch nie da war.

Friedrich-Wilhelmstadt. Theater

25/26 Chausseestraße 25/26.

Jeden Abend 7 1/2 Uhr:

Gastspiel der Liliputaner.

Die Reise nach dem Mars.

Mittwoch, nachm. 8 Uhr: Extra-

Kindervorstellung. Kinder halbe

Preise. Schneewittchen und die

7 Dwerge.

Feen-Palast

Burgstraße Nr. 22.

Direktion R. Winkler u. W. Fröbel.

Das brillante

November-Programm:

14

für Berlin neue

Sensations-Nummern.

Circus Carola

in solcher Vollendung hier noch

nicht gesehen.

Anfang: Sonntags 6 Uhr, Wochen-

tags 7 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Passage - Panopticum.

42

Mädchen

vom

andern Ende

der Welt

(Samoa).

Böhmisches Brauhaus

Landberger Allee.

Heute, Dienstag:

Stettiner

Sänger

(Meysel,

Pietro,

Britton,

Stedl,

Krone, Rühl

und

Schrader)

Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.

Vorverkauf 40 Pf. (siehe Plakate).

Donnerstag: Sanssouci.

Alcazar.

Variété- u. Spezialitäten-Vorstellg.

Dresdenerstr. 52/53, Annenstr. 42/43

(City-Passage).

Men! Men!

Die Erbante.

Poffe in 1 Akt von Alf. Schmasow.

Scheffler Troupe, Miss Barbera,

die Mulattin, Clara und Hans

Sarno, Duettisten, Martha Peters,

Kostüm-Soubrette.

Anf. Bochent. 1/27, Sonnt. 6 Uhr.

Entree 10 Pf., 30 Pf.

R. Winkler.

Urania

Anstalt für volksthümliche

Naturkunde.

Am Landes-Ausstellungspark

(Lehrter Bahnhof).

Geöffnet von 5-10 Uhr.

Täglich Vorstellung im wissenschaft-

lichen Theater.

Näheres die Anschlagzettel.

Kaiser-Panorama

(Passage).

Zum 1. Male: Reise Malta, Smyrna,

Kairo, Alexandria. Seepartien.

Hochinteressante VI. Reise: Savoyens

Alpen, Montblanc-Besteigung.

Eine Reise nur 20 Pf. Abonnements

und Vereinsbillets.

Castan's Panopticum.

Friedrichstr. 165.

!Salambo?

Gegründet 1845. Gegründet 1845.

Circus Renz.

Karlstrasse.

Dienstag, den 5. November,

Abends 7 1/2 Uhr:

Extra-Vorstellung.

Bagdad, arab. Vollbl.-Schimmel-

hengst. Hierauf: Donner, Mapp-

hengst, das Vollendetste d. Pferde-

dressur. Beide Pferde dress. u.

in Freiz. vorgef. v. Dir. Fr. Renz.

Zum 1. Male: Monarch, Vollblut-

Wallach, in allen Gangarten der

hohen Schule geritten v. d. außer-

ordentlichen Schulkreiterin Alie.

Dudley. Zum 1. Male: Giggerl-

excentrique-Akrobaten auf zwei

freistehenden Leitern, ausgeführt

von den Gebrüdern Reinsch.

Zum 1. Male: Der Kolossal-

mensch als Saltomortale-Reiter,

komische Szenen zu Pferde von

dem Original-Gigant Mr. Gobert

Belling. Zum 1. Male:

Mr. Monfroid als Kopsequester

auf einem 10 Fuß hohen Pferdegal.

Austr. d. hervorragendsten Schul-

reiter der Neuzeit, Herren Ritter

v. Renroff u. Mr. Gaberel, sowie

d. weltberühmten Hochturnkünstler

The Silbons. Humorist. Entrees

u. Intermezzi sammtl. Clowns u.

d. beliebten August Mr. Lavater

Lee. Alles Näheres aus Plakaten

und Ausstragezetteln ersichtlich.

Mittwoch, den 6. November,

abends 7 1/2 Uhr: Vorstellung.

Franz Renz, Direktor,

Königl. Kommissionsrat.

Neuer Circus.

Circus Busch

(Bahnhof Börse).

Dienstag, den 5. November,

abends 7 1/2 Uhr:

Große Extra-Vorstellung.

Zum 1. Male: Eine Damen-

Quadrille, geritten v. 6 Damen. Ein

squestr. Arrangement v. 100 Pferden,

dress. u. vorgef. v. Direktor Busch.

Von keiner Konkurrenz erreichbar.

Senora Dolinda de la Plata, die aner-

beste Kunstreiterin der Gegenwart.

Feistung d. ges. Personals.

Leopard, Pferd medienb. Race, dress.

u. ger. von Herrn Footitt-Burghard.

6 Trakehner Hengste, neu, dress. u.

vorgeführt v. Dir. Busch. Die

5fache Jockey-Konkurrenz, ausgef. v.

Miss Louise u. den Herren Cooke, Althoff,

Lloyd u. Alfredo. Die 5fache Post-Fahr-

schule, geritten v. Hrn. Ernst Kiosko.

Die amerik. Freunde, höchst komische

Episoden. Auftreten der Clowns Gebr.

Rossi, Gebr. Cavallini u. Mr. Veldeman.

Mittwoch: Große außerordentliche

Vorstellung. Neues Programm.

C. Boltzmann's

Gesellschafts-Säle,

Lichtenbergerstr. 16.

Neu renovierte Säle mit Bühne für

20-500 Pers. Tanzunterr. j. Sonntag

v. 4-6 U. nachm., Donnerstag v. 8-11 U.

abds. Jeden Sonntag Ball. Montags

Frei-Theatervorstellung. 3150L.

Paster's Festsäle

Neue Königstr. 7.

Mein Saal mit Nebenräumen noch

einige Sonnabende zu vergeben. [3391L]

W. Noack's

Konzert- und Gesellschafts-Säle,

Brunnstr. 16.

Jeden Sonntag, Montag, Dienstag

und Donnerstag:

Konzert, Theater, Spezialitäten-

Vorstellung.

Eine Stunde Kaiser von Oesterreich!

Distor. Lustspiel in 1 Akt v. Oppenheim

Neptun

oder: Der Verräther in Gips.

Komisches Singpiel in 1 Akt von

H. Linderer. Musik von Thiele.

Jeden Sonntag, Dienstag u. Donnerstag:

Tanzfräulein.

Selbst ist der Mann.

Wer rechnen kann und Cognac trinkt,

machte sich seinen Cognac selber. Für

75 Pf. erhält man in Apotheken und

Droguerien eine Originalflasche von

Mellinghoff's Cognac-Essenz, welche mit

1 Liter Weingeist und 1/4 Liter Wasser

für wenig Geld einen vorzüglichen

Cognac giebt, welcher der chemischen

Zusammensetzung nach dem echten

Cognac gleich ist.

Man vermeide alle andern Zusätze

und kaufe nur Originalflaschen zu

75 Pf. mit dem Namenszuge des Her-

stellers Dr. F. W. Mellinghoff in

Mülheim a. d. Ruhr, der event. für

Parteigenossen! Arbeiter!

Wähler der III. Abtheilung

des

2., 5., 7., 11., 13., 15., 17., 24., 27., 30., 33., 35., 39. u. 42. Kommunal-Wahlbezirks!

Am 8. November d. J.

finden in den oben bezeichneten Bezirken Ersatzwahlen für die Stadtverordneten-Versammlung statt. Ihr habt zu entscheiden, welche Partei für die nächsten sechs Jahre diese Bezirke im Rothen Hause vertreten soll. Wenn der Herrschaft des Freisinn, welcher die städtische Verwaltung zum Tummelplatz kapitalistischer Interessen macht, und große Gebiete kommunaler Thätigkeit der Ausbeutung durch das Privatkapital preisgibt, erfolgreich entgegengetreten werden soll, so müssen wieder Männer ins Rathhaus geschickt werden, welche energisch und zielbewußt die Sache der politisch Unterdrückten und der wirtschaftlich Ausgebeuteten führen. An die Stelle der im Berliner Rathhause herrschenden manchesterlichen Verwaltungsprinzipien müssen sozialistische Grundsätze treten. Die großen Aufgaben der Kommune auf dem Gebiete des Verkehrswezens, der Vergebung städtischer Lieferungen und Arbeiten sowie des Arbeiterschutzes, Verkürzung der Arbeitszeit, Schaffung auskömmlicher Löhne und vernünftiger Arbeitsbedingungen u. s. w. dürfen nicht wie bisher fast ausschließlich im Interesse von Aktiengesellschaften und Großunternehmen bearbeitet werden. Schule, Krankenpflege und Armenwesen müssen wahrhaft volksthümlich eingerichtet, die sanitären Verhältnisse in allen städtischen Anstalten — namentlich in den Schulen — erheblich verbessert werden. Solche das Gemeinwohl fördernde Einrichtungen wollen die sozialdemokratischen Stadtverordneten schaffen, seit 12 Jahren sind sie stetig bemüht, den Boden dafür zu ebnen.

Parteigenossen! Benutzt die Zeit bis zur Wahl zu unablässiger Agitation für die sozialdemokratischen Kandidaten. Veranlaßt die Indifferenten zum Besuch der Wähler-versammlungen, damit sie aufgeklärt werden. Beleht eure Arbeitsgenossen über die Nothwendigkeit der Wahl von sozialdemokratischen Stadtverordneten. Ueberzeugt die Zweifelsenden, unterrichtet und festigt die Schwankenden, indem ihr ihnen die Thätigkeit und die Antzäge der Sozialdemokraten im Rathhaus vor Augen führt. Der 8. November muß für die Sozialdemokratie im Rothen Hause wieder ein Siegestag werden. Sorgt dafür, daß jeder Wähler am 8. November zur Wahl geht und seine Stimme dem sozialdemokratischen Kandidaten giebt.

Arbeiter! Parteigenossen! Wenn die Besitzlose und Nothleidenden sich aufrufen, wenn Arbeiter und Handwerker, Kleingewerbetreibende und Angestellte ihr Wahlrecht so wie es ihr Klasseninteresse gebietet, ausüben, dann ist der Sieg unser! Thue deshalb jeder seine Schuldigkeit! Vorwärts!

Hoch die Sozialdemokratie!

Wir veröffentlichen nachstehend das Tableau der bevorstehenden Stadtverordneten-Ersatzwahlen und bemerken ausdrücklich, daß diejenigen Wähler, welche seit dem 1. August verzogen sind, in demjenigen Bezirk zu wählen haben, in welchem sie zur Zeit der Aufstellung der Wählerlisten — also im Juli d. J. — gewohnt haben.

Wähler ist jeder Preuße, der 24 Jahre alt, seit einem Jahre in Berlin wohnt, seit dieser Zeit keine Armen-Unterstützung aus öffentlichen Mitteln erhalten und die ihn betreffenden Gemeinde-Abgaben bezahlt hat, sowie mindestens in die zweite Steuerstufe (600—900 M. Einkommen) eingeschätzt ist.

2. Kommunal-Wahlbezirk, enthaltend die Stadtbezirke 6—10 und vom Stadtbezirk 144: Kleine Kurstr. 9, Niederwallstraße 24 u. 25, Spittelmarkt 14 u. 14a, in welchem ein Hausbesitzer zu wählen ist.

Wahllokal: Niederwallstr. 20 bei Bühne.

Kandidat: Expedient August Jacoby, Hochstr. 33.

5. Kommunal-Wahlbezirk, enthaltend die Stadtbezirke 21, 29 u. 30 und vom Stadtbezirk 22: Wilhelmstraße 42a, Zimmerstr. 1, mit Ausschluß des Grundstücks Königsgrünerstr. 121 von Stadtbezirk 21.

Wahllokal: Albrechtsgarten, Wilhelmstr. 105.
Theil II, enthaltend die Stadtbezirke 26, 27 und 28, mit Ausschluß der Grundstücke Charlottenstr. 11—12 von Stadtbezirk 26, Lindenstr. 89, Markgrafenstr. 10—16 und 83—94; Jankerstr. 1 von Stadtbezirk 27.

Wahllokal: Friedrichstr. 228 bei Fröh.

Kandidat: Zigarrenhändler Otto Antick, Steinmetzstr. 60.

7. Kommunal-Wahlbezirk, in welchem ein Hausbesitzer zu wählen ist, und zwar: Theil I, enthaltend die Stadtbezirke 31, 32, 38 und 39 und vom Stadtbezirk 40: Bülowstr. 93; von Stadtbezirk 45: Frobenstr. 1—11 und 41, An der Apostelkirche 1, Kurfürstenstr. 29—46 und 139—150; mit Ausschluß des Grundstücks Einfeldstr. 46 von Stadtbezirk 31.

Wahllokal: Potsdamerstr. 123A bei Zimmermann.

Theil II, enthaltend die Stadtbezirke 33—37.

Wahllokal: Friedrich Wilhelmstr. 13 bei Grundmann.

Kandidat: Stadtv. Fröh Zubeil, Lindenstr. 106.

11. Kommunal-Wahlbezirk, in welchem ein Hausbesitzer zu wählen ist, und zwar: Theil I enthaltend die Stadtbezirke 63, 65 und 67; mit Ausschluß der Grundstücke Belfort-Allee 90, Gneisenaustr. 1 vom Stadtbez. 63.

Wahllokal: Gabel's Brauerei, Bergmannstr. 5—7.

Theil II enthaltend den Stadtbezirk 64.

Wahllokal: Gabel's Brauerei, Fiedrichstr. 2—6.

Theil III enthaltend den Stadtbez. 68.

Wahllokal: Jossenerstr. 30 bei Jaap.

Theil IV enthaltend den Stadtbezirk 75.

Wahllokal: Viktoriapark, Gneisenaustr. 67.

Theil V enthaltend die Stadtbezirke 74 und 77.

Wahllokal: Grimmstr. 6 bei Schröder.

Theil VI enthaltend den Stadtbezirk 76.

Wahllokal: Gappold's Brauerei, Hasenheide 32—38.

Theil VII enthaltend die Stadtbezirke 78A und 78B.

Wahllokal: Gräferstr. 76 bei Fiebig.

Kandidat: Stadtv. Fröh Zubeil, Lindenstr. 106.

13. Kommunal-Wahlbezirk, in welchem ein Hausbesitzer zu wählen ist, und zwar: Theil I, enthaltend die Stadtbez. 88, 89, 90 und von Stadtbez. 87: Admiralsstr. 36—40a, Bräuerstr. 25, Kottbuserstr. 7 und 8; mit Ausschluß des Grundstücks Reichensbergerstr. 173 von Stadtbez. 89.

Wahllokal: Mariannenstr. 19 bei Giltsher.

Theil II enthaltend die Stadtbezirke 91—94; mit Ausschluß der Grundstücke: Laufenerstr. 1, Stallstr. 89, 40 und 46, Wienerstr. 68 und 69 von Stadtbez. 94.

Wahllokal: Reichensbergerstr. 147 bei Gauswig.

Kandidat: Stadtv. Gottfr. Schulz, Admiralsstr. 40a.

15. Kommunal-Wahlbezirk und zwar: Theil I, enthaltend die Stadtbezirke 82 und 83 und von Stadtbezirk 81: Elisabeth-Platz 36 mit Ausschluß der Grundstücke: Albalbertstr. 85, Raunynstraße 59 von Stadtbezirk 83.

Wahllokal: Albalbertstr. 21 bei Koll.

Theil II, enthaltend die Stadtbezirke 84 und 85 und von Stadtbezirk 86: Oranienstraße 24—26 und 180—183; von Stadtbezirk 95: Mantelstraße 42, Oranienstraße 1; von Stadtbezirk 97: Mariannenstr. 51—53, Raunynstr. 2—15, Mariannenplatz 6a.

Wahllokal: Oranienstr. 190 bei Ischenge.

Kandidat: Stadtv. Th. Wegner, Oranienstraße 184.

17. Kommunal-Wahlbezirk und zwar: Theil I, enthaltend die Stadtbezirke 115, 116 und 117; mit Ausschluß der Grundstücke: Brandenburgstr. 17 und 64, Wasserthorstr. 23a von Stadtbezirk 116.

Wahllokal: 57/72. Gemeindefschule, Brandenburgstraße 78/79 — Turnhalle.

Theil II, enthaltend die Stadtbezirke 114, 123 und 124; mit Ausschluß der Grundstücke: Prinzenstr. 91, Ritterstr. 19a—29 und 96—105 von Stadtbezirk 123.

Wahllokal: Fürstenstr. 10 bei Wilke.

Kandidat: Zigarrenhändler Wilhelm Börner, Ritterstraße 15.

24. Kommunal-Wahlbezirk und zwar: Theil I, enthaltend die Stadtbezirke 168, 169 und 172; mit Ausschluß der Grundstücke: Breslauerstr. 17, Fruchtstr. 9—10 und 81—82, Schleifischer Bahnhof, Empfangsgebäude und Bahnanlagen bis zur Warschauerstraße von Stadtbezirk 168, Müdersdorferstr. 41—51 von Stadtbezirk 172.

Wahllokal: Langestr. 65 bei Gwerczek.

Theil II, enthaltend die Stadtbezirke 170, 171 und 173; mit Ausschluß der Grundstücke: Koppenerstr. 84 von Stadtbez. 173.

Wahllokal: Brauerei Hildebrand, Koppenerstr. 68.

Kandidat: Bildhauer Paul Dupont, Solmsstr. 33.

27. Kommunal-Wahlbezirk, und zwar: Theil I enthaltend die Stadtbezirke 152, 154 und 155 und von Stadtbez. 146: Große Frankfurterstr. 70, Schillingstr. 20; mit Ausschluß der Grundstücke: Gr. Frankfurterstr. 49 und 89, Markussstr. 30 von Stadtbez. 152, Pallisadenstr. 88—89, Straußbergerstr. 9 und 85 von Stadtbez. 155.

Wahllokal: Weberstr. 24A bei Greithaupt.

Theil II enthaltend die Stadtbezirke 153, 156 und 159 und von Stadtbez. 151: Krautstr. 1a—2 und 54a—55a; von Stadtbez. 162: Andreasstr. 41—44 und 47, Blumenstr. 34a—41 und 43—51, Krautstr. 53—54; mit Ausschluß der Grundstücke: Große Frankfurterstr. 90—100 und 127, Markussstr. 28, Koppenerstraße 35 von Stadtbez. 153, Gr. Frankfurterstr. 88—48, Weberstraße 64 von Stadtbez. 156, Gr. Frankfurterstr. 19, Koppenerstraße 37—40, Pallisadenstr. 38 von Stadtbez. 159.

Wahllokal: Gr. Frankfurterstr. 99 bei Martini.

Kandidat: Stadtv. Julius Senke, Raunynstr. 27.

30. Kommunal-Wahlbezirk und zwar: Theil I, enthaltend die Stadtbezirke 202—206, mit Ausschluß der Grundstücke: Alexanderstr. 53, Prenzlauerstraße 30/31 von Stadtbezirk 202, Müngstr. 8—9 von Stadtbezirk 205, Müngstr. 1—7, Kochstr. 1 bis 6 und 15—19, Neue Schönhäuserstr. 21, An der Stadtbahn 40 von Stadtbezirk 206.

Wahllokal: „Müngstr.“, Müngstr. 20.

Theil II, enthaltend die Stadtbezirke 207—209 und von Stadtbezirk 218: Pankstr. 202; von Stadtbezirk 210: Gipsstr. 18, Rosenthalerstr. 23; mit Ausschluß der Grundstücke: Neue Schönhäuserstr. 1 und 1a, Weinmeisterstr. 1a—8 von Stadtbezirk 207.

Wahllokal: Rosenthalerstr. 4 bei Fiedler.

Kandidat: Tischler Rudolf Millarg, Prinzeßinnenstr. 8.

33. Kommunal-Wahlbezirk und zwar: Theil I, enthaltend die Stadtbezirke 226, 227 und 255 und von Stadtbezirk 221: Angermünderstr. 1, Christinenstr. 1, Lothringenstr. 23—27; von

Stadtbezirk 226: Chorinerstr. 4—6 und 78—86, Seidenmiederstr. 9, Stadtbezirk 257: Adlerstr. 27—28 und 143, Invalidenstr. 3 und 153—163; mit Ausschluß der Grundstücke: Fehrbellinerstraße 59 bis 62 von Stadtbezirk 226.

Wahllokal: 67. Gemeindefschule, Adlerstraße 28A — Turnhalle — Eingang: Elisabethkirchstr. 19.

Theil II, enthaltend die Stadtbezirke 256, 268 und 269 und von Stadtbezirk 257: Invalidenstr. 143—152, Bergstr. 30 u. 31, Pappelplatz; von Stadtbezirk 267: Bergstr. 62; mit Ausschluß der Grundstücke: Gartenstraße 26—35 und 145—155, Invalidenstr. 18—23 und 129—132 von Stadtbez. 268, Gieselerstr. 27 bis 30 von Stadtbez. 269.

Wahllokal: 67. Gemeindefschule, Adlerstr. 28a — Aula — Eingang: Elisabethkirchstr. 19.

Kandidat: Uhrmacher Otto Raether, Aufsemerstr. 44.

35. Kommunal-Wahlbezirk und zwar: Theil I, enthaltend die Stadtbezirke 229 und 230.

Wahllokal: Fehrbellinerstr. 25 bei Dahlenburg.

Theil II, enthaltend die Stadtbezirke 231, 232 und 233; mit Ausschluß der Grundstücke: Kasanien-Allee 36 und 70, Schwedterstraße 29 von Stadtbez. 233.

Wahllokal: Zwinemünderstr. 140 bei Holm.

Theil III, enthaltend die Stadtbezirke 234, 235 und 236; mit Ausschluß der Grundstücke: Bernauerstr. 26 von Stadtbezirk 235, Rheinsbergerstr. 79 von Stadtbez. 236.

Wahllokal: Rheinsbergerstr. 64 bei Brühl.

Kandidat: Stadtv. Robert Herzfeldt, Plan-Platz 41.

39. Kommunal-Wahlbezirk, in welchem ein Hausbesitzer zu wählen ist, und zwar: Theil I, enthaltend die Stadtbezirke 216, 217 und 280 und von Stadtbez. 211: Artilleriestr. 13—16, Ziegelstr. 14—21; von Stadtbezirk 215: Artilleriestr. 4a—4e, 21 und 31—31a, Auguststraße 4, Oranienburgerstraße 35—39 und 64—69; mit Ausschluß der Grundstücke: Auguststr. 1—2 und 89—93 von Stadtbez. 216.

Wahllokal: Friedrichstr. 123 bei Bräuer.

Theil II, enthaltend die Stadtbezirke 279, 281—283 und 285 und von Stadtbez. 286: Alt-Moabit 129, Weststr. 21; mit Ausschluß der Grundstücke: Invalidenstr. 80—83 von Stadtbez. 282.

Wahllokal: Zulfenstr. 55 bei Frey.

Kandidat: Stadtv. Robert Herzfeldt, Plan-Platz 41.

42. Kommunal-Wahlbezirk, in welchem ein Hausbesitzer zu wählen ist, und zwar: Theil I, enthaltend die Stadtbezirke 276, 277 und 278.

Wahllokal: Neue Hochstr. 49 bei Altmann.

Theil II, enthaltend die Stadtbezirke 319 und 320, mit Ausschluß der Grundstücke: Pankstr. 7 und 47 von Stadtbezirk 319.

Wahllokal: 118. Gemeindefschule Pankstr. 8 (Turnhalle).

Theil III, enthaltend die Stadtbezirke 321—323.

Wahllokal: Steintinerstr. 57 bei Schulz.

Theil IV, enthaltend die Stadtbezirke 324—326 und von Stadtbezirk 313: Grezgerstr. 12, Schulstr. 61—66.

Wahllokal: Marienbad, Badstr. 35/36.

Kandidat: Expedient August Jacoby, Hochstr. 33.

Für die Kommunalwähler der hier aufgeführten Bezirke ist noch Gelegenheit, die Wählerliste einzusehen:

1. Bezirk bei Sommer, Grünstr. 21.
2. Bezirk für den Stadtbezirk 78 bei Schönheim, Gräferstr. 8.
3. Bezirk bei Gottfried Schulz, Admiralsstraße 40a.
4. Bezirk bei Wegner, Oranienstr. 184.
5. Bezirk bei Börner, Ritterstr. 15.
6. Bezirk bei A. Böhl, Müdersdorferstr. 8.
7. Bezirk bei Schulze, Weberstraße 10.
8. Bezirk bei Bernan, Rosenthalerstr. 57.
9. Bezirk bei Bihel, Adlerstr. 143.
10. Bezirk bei Rosenthal, Gräferstraße 6.
11. Bezirk bei Tauschel, Grenzstr. 4, Raschke, Hochstr. 32, Hagerland, Wellermaunstr. 87, Wolfram, Prinzen-Allee 21.

Mißstände im Baugewerbe Berlins.

I.

Wie in anderen deutschen Städten, ist auch in der Reichshauptstadt von Baustreben der organisierten Arbeiter eine Untersuchung der Arbeitsverhältnisse auf den Bauten vorgenommen worden. Wir beginnen heute mit der Veröffentlichung des Ergebnisses dieser Untersuchung.

Die Untersuchung wurde in den Tagen vom 10. bis 21. September dieses Jahres vorgenommen, zu einer Zeit, wo ein großer Teil aller im Gang befindlichen Neubauten Berlins und der Umgegend der baupolizeilichen Abnahme jede Stunde gewärtig waren, resp. der Vollendung entgegengingen, zu einer Zeit also, wo das Unternehmertum erklärtermaßen darauf bedacht ist, die größten Uebel und Mißstände betreffs der Art der Bauausführung zu verdecken oder abzuschleißen.

Die Kontrolle wurde auf circa 368 Bauten vollzogen und ergab auf 318 mit Mißständen behafteten Bauten folgendes Resultat:

Lohnhöhe und Arbeitszeit.

	Löhne pro Std.	Arbeitszeit pro Tag in Std.
Maurer	50 Pf.	10
Zimmerer	50-55 "	10
Dachdecker	45-55 "	10
Steinhauer	6 M.	9
Stuckateure	50-60 "	9
Maler	35-50 "	9-9 1/2
Töpfer	7 M.	8-8 1/2
Bauarbeiter		
a) Steinträger 40-50 "	10	
b) Arbeiter	30-35 "	10
c) weibliche	20 "	od. in Aft.

Gemeint sind Neumachefrauen.

Die Baubuden und Aborte sind im allgemeinen in hygienischer und stütlicher Hinsicht den Anforderungen der Arbeiter nicht angepaßt. Um ein annäherndes Bild hiervon zu geben, genügt folgende Aufstellung:

Baubuden: auf	Aborte: auf
Bauten	Bauten
nicht vorhanden	nicht vorhanden
in nächster Nähe des Aborts	der Abort bestand in einem in die Erde gegrabenen Loch
in noch nicht fertigem Bau mit mangelhaftem Dach und Wänden	ohne Dach und Wände waren die Aborte
ohne Fenster und Türen ohne Fußboden	Wände und Dach waren defekt
ohne Tisch und Bänke	in nächster Nähe von Wohnungen waren Aborte
zu klein für alle Beschäftigten	sehr unsaubere Aborte, Tonnen überfüllt
zugleich Lagerplatz für Baumaterialien (Gement, Gips)	nicht desinfiziert
Tiefere gelegen als die Umgebung	ohne Dach
	Aborte mit offenem Sitz
	ohne Schloß
	ohne Rülle
	unzureichend für alle Beschäftigten
	im Keller

Die Angaben über die Baubuden beziehen sich nur auf diejenigen, die den Baustreben zur Zeit der Untersuchung zugänglich, das heißt nicht verschlossen waren. Im allgemeinen blieben sich die Baubuden in keinem der Erhaltungs der Gesundheit auch nur halbwegs entsprechenden Zustande. So fand man viele der vorerwähnten Mißstände in sehr häufigen Fällen in einer Bude vereinigt vor.

Kunst und Wissenschaft.

Die deutsche Kommission für die Südpolarforschung war am 8. d. M. unter dem Vorsitz des Geheimraths Reumayer und unter der Teilnahme von Payer (als Gast) hier in den Räumen der Gesellschaft für Erdkunde versammelt. Hierüber wird berichtet: Eingehend wurde der Plan der Entsendung einer deutschen antarktischen Expedition beraten und von drei nautischen Sachverständigen begutachtet. Man einigte sich über die Richtung des Vorgehens von den Kerguelen-Inseln mit zwei Schiffen südwärts unter voller Freiheit der Führer, nach den an Ort und Stelle vorgefundenen Umständen und Verhältnissen zu handeln und stellte im großen und ganzen die Gesamtkosten des für drei Jahre geplanten Unternehmens auf 950 000 M. fest. Vordirektor Koch wurde zum Schatzmeister erwählt. Eine Denkschrift, welche das ganze Unternehmen nach den verschiedenen Richtungen darlegt, wird ausgearbeitet und demnächst veröffentlicht werden. Aufgefordert von Mitgliedern der deutschen Südpolar-Kommission und in der Folge von der Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin, das bisher nach dem Norden gerichtete Ziel seines wissenschaftlich-künstlerischen Planes zu einer Südpolar-Expedition zu erweitern, verbreitete sich von Payer über die Punkte, welche der Südpolarforschung vor der Nordpolarforschung den Vorrang geben. Diese Mitteilung wurde allseitig mit großer Befriedigung aufgenommen.

Theater-Wochenchronik. Im Opernhaus: Dienstag, 5., Anfang 7 Uhr: Die Eugenoten. Mittwoch, Anfang 7 Uhr: Der Geograph. Phantasien im Bremer Rathsaal. Donnerstag, 7.: Der Ring des Nibelungen. Vorabend: Das Rheingold. Freitag, 8.: Der Ring des Nibelungen. I. Abend: Die Walküre. Anfang 7 Uhr. Sonnabend, 9.: Das Nachtlager in Granada. Phantasien im Bremer Rathsaal. Sonntag, 10.: In Kroll's Theater, nachmittags 3 1/2 Uhr: Unbestimmt. Im Opernhaus: Fideles. Anfang 7 1/2 Uhr. Montag, 11.: Der Ring des Nibelungen. II. Abend: Siegfried. Anfang 7 Uhr. Schauspielhaus. Dienstag, 5.: Das Leben ein Traum. Mittwoch, 6.: Frauenlob. Der Diener zweier Herren. Donnerstag, 7.: Faust. Anfang 7 Uhr. Freitag, 8.: Frauenlob. Der Diener zweier Herren. Sonnabend, 9.: Die Jungfrau von Orléans. Sonntag, 10., Schauspielhaus: Maria Stuart. Anfang 7 Uhr. Kroll's Theater: Wie die Alten sangen. Anfang 7 Uhr. Montag, 11.: Frauenlob. Der Diener zweier Herren. — Im Deutschen Theater geht Gulda's neueste Komödie „Robinsons Eiland“ Mittwoch, Sonnabend, sowie am nächstfolgenden Sonntag Abend in Szene. Herr Raing tritt vor seinem Urlaub noch heutigen Dienstag als Bassanio im „Kaufmann von Venedig“ auf; den Schloß spielt Herr Meicher, die Porzia Fräulein Eandow. Donnerstag kommen „Die Weber“ zur Ausführung; für Freitag Abend und nächstfolgenden Sonntag nachmittags sind Die Wälder angelegt. — Im Lessing-Theater wird Oscar Blumenthal's Lustspiel „Gräfin Fräulein“ Dienstag, Donnerstag und Freitag gegeben. Mittwoch wird Der Weichensprecher mit Frau Nuge und Herrn Stahl wiederholt, während am Sonnabend und Sonntag Paul Lindau's dramatisches Gedicht Die Venus von Milo in Verbindung mit dem von Ludwig Fulda überfetzten Lustspiel Die Romantischen gegeben wird. Als Nachmittags-Vorstellung gelangt am nächsten Sonntag Madame Sans-Gêne zur Aufführung. — Im Berliner Theater wird Die Grille am Mittwoch, Sonnabend und Sonntag, 10. November, aufgeführt. Dienstag und Freitag wird König Lear wiederholt. Donnerstag geht Der Pörrer von Kirchfeld, Sonntag, 10. November (nachmittags) Gd von Verhagen in Szene. — Im Residenz-Theater bleibt auch in dieser Woche der Schwank Nabenvater, der am Mittwoch seine 10. Aufführung erlebt, auf dem Spielplan. — Der Spiel-

plan des Neuen Theaters ist: Dienstag: Zum ersten Male: Seine Gewese. Schwank in drei Akten von Fritz Brentano und Karl Teilheim. Vorher: Zum ersten Male: Die Generalin. Lustspiel in 1 Akt von Gustav von Moser. Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Sonnabend: Seine Gewese. Vorher: Die Generalin. Sonntag: Nachmittags 3 Uhr: Schillerfeier. In „vollständigen“ Preisen: Kabale und Liebe. Abends: Seine Gewese. Vorher: Die Generalin. — Im Schiller-Theater wird Donnerstag und Sonnabend der Raub der Sabinerinnen wiederholt. Dienstag ist eine Aufführung von Herzensfessel und Der glühende Funke, Mittwoch, Sonnabend nachmittags und Sonntag Abend kommt Wilhelm Tell zur Aufführung. — Im Friedrich Wilhelmstädtischen Theater findet Mittwoch nachmittags eine Sonder-Kinder-Vorstellung der Silputaner statt, wobei Schneewittchen zur Aufführung gelangt. — Im Central-Theater bleibt die Fosse Eine tolle Nacht, im Alexanderplatz-Theater die Operette Die kleinen Dämmer auch in dieser Woche auf dem Repertoire.

Gerichts-Beitrag.

Der Mord an der vierzehnjährigen Hedwig Franke. der im November 1893 auf den Kustowiesen bei Spandau verübt wurde, kommt nun doch noch vor dem Schwurgericht am Landgericht II Berlin zur Verhandlung. Angeklagt ist der seit etwa einem Jahre in Untersuchungshaft befindliche 20jährige Bootsmann Paul Wande. Er war zur Zeit der That bei dem Vater der Ermordeten, dem Schiffskapitän Franke zu Valentinswerder beschäftigt und hatte alljährlich das Mädchen, das in Spandau die Schule besuchte, nach der Stadthaus über die Havel zu sehen. Als das Mädchen am 28. November 1893 nicht zurückgekehrt war, suchte man nach ihm und fand es endlich in einem kleinen Gehölz beim sogenannten Rast erlegt vor. Dem Anschein nach war an ihm auch ein Sittlichkeitsverbrechen verübt worden. Der Verdacht lenkte sich sogleich auf Wande, der auch verhaftet wurde. Er verstand es aber, den Bootsmann Kirchstein zu verdrängen, der dann an seiner Stelle in Haft genommen wurde. Gegen Kirchstein konnte aber nichts Belastendes ermittelt werden und er mußte daher wieder freigelassen werden. Die Untersuchung wurde auf Betreiben des Franke im Stillen fortgesetzt, und vor Jahresfrist wurde gegen Wande, der inzwischen die hiesige Gegend verlassen hatte, ein Steckbrief erlassen. Der Verdächtige wurde in Masuren ermittelt und nach Mordab gebracht. Gegen ihn ist die Anklage wegen Mordes erhoben, und die Verhandlung ist auf den 28. November, den zweiten Jahrestag des Mordes, anberaumt.

Wie es beim Grundstücks-Handel in Berlin zugeht, lehrte eine Verhandlung der vierten Strafkammer. Vor derselben hatte sich die Witwe Schmidt und der Bauunternehmer Kossak wegen Betrugs zu verantworten. Die Frau des Johanneß Dr. Schrader besaß das Grundstück Posenerstr. 17. Bei ihrem Tode hatte der Angeklagte Kossak und unterhandelte wegen Ankaufs desselben für die Witwe Schmidt. Schrader war zum Verkauf geneigt, setzte sich mit Hilfe des Kossak mit der Witwe Schmidt in Verbindung und verkaufte das Grundstück für 105 000 M. In Anrechnung auf den Kaufpreis nahm er 18 000 M. in 3 Hypotheken in Zahlung, welche auf einem Charlottenburger Hause eingetragen waren. Diese Hypotheken fielen aus und jetzt denutzte er, weil ihm vorgespiegelt worden sei, dieselben seien goldfächer. Die Angeklagten behaupteten dagegen, Frau Schmidt sei die Betroffene. Ihr Verteidiger, Rechtsanwalt Freudenthal, stellte durch einen der gerichtlichen Sachverständigen fest, daß das von ihr erworbene Haus Posenerstr. 17 einen wahren Wert von gegen 87 000 M. habe, während es für 105 000 M. vom Dr. Schrader verkauft sei. Letzterer gab auf Befragen des Verteidigers, Rechtsanwalt Freudenthal, zu, daß er für das Grundstück 100 000 M. in baar, 105 000 M. in Hypotheken gefordert habe, verließ aber trotz Zeugens der Angeklagten dabei, daß die Angeklagten ihm erklärt hätten, die Hypotheken seien goldfächer. Der Staatsanwalt beantragte auf Grund der Aussagen des Dr. Schrader gegen Kossak 6 Wochen, gegen Frau Schmidt 4 Wochen Gefängnis. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Freudenthal, führte aus: Beim Grundstücks-Handel gebe es sehr zwei glückliche Tage, den einen, an welchem man das Grundstück kauft, den anderen, an welchem man es verkauft. Den zweiten Tag wolle zwar Dr. Schrader nicht erleben haben, tatsächlich sei dieser für ihn dagewesen, denn er habe das Grundstück, das einen Wert von nur 87 000 M. gehabt, für 105 000 M. losgeschlagen. Von einem vollendeten Betrugs könne nicht die Rede sein, denn er sei ja nicht geschädigt. Es könnte sich fragen, ob ein Betrugsversuch vorliege. Dieses müsse auch verneint werden. Die Zusage der Goldfächer der Hypotheken, wenn sie gefallen, habe den Dr. Schrader nicht täuschen können, denn es handele sich hier um kleine Appoints und die Einsicht der Hypotheken-Dokumente habe dem Dr. Schrader klarheit gegeben, daß dieselben beinahe auf dem Schornstein stehen. Rechtsanwalt Freudenthal beantragte die Freisprechung. Auf diese erklärte auch das Gericht, indem es sich den Ausführungen der Verteidigung anschloß.

Dauernde Arbeitslosigkeit und bitterste Noth haben uns zu den Diebstählen gezwungen. Mit diesen Worten verteidigte sich die Eheleute Arbeiter Wilhelm L. und Wilhelmine L., geborene Salenski, vor dem Charlottenburger Schöffengericht in der Sitzung vom 1. dieses Monats. In den Tagen vom 10. bis 19. Juli dieses Jahres gingen zahlreiche Anzeigen über Diebstähle an Treppenhäusern bei der Kriminalpolizei ein. In allen Fällen handelte es sich um die Diebstähle des Treppenhäuses, welche auf den Boden liegen, nicht mit Stangen, sondern nur mit Stiften befestigt sind. Schließlich gelang es in dem Hause Kaiser Friedrichstr. 89 den Arbeiter L. auf frischer That zu ertappen. Die Frau hatte „Schmiede“ gestohlen und wurde ebenfalls abgeführt. Im Termine räumten die beiden Angeklagten ohne weiteres ein, die Diebstähle ausgeführt zu haben. Der Mann erklärte, daß es ihm Monate lang nicht möglich gewesen sei, Arbeit zu finden, zu Hause schrien die Kinder nach Brot, und schließlich sei er von dem großen Glend auf die Bahn des Verbrechens getrieben worden. Im ganzen hat er vier Diebstähle ausgeführt, der Frau werden 10 Fälle zur Last gelegt. Die gestohlenen Küsterrückstände verkauften beide für geringes Geld an Althändler, welche deshalb der Hehlerei beschuldigt sind, aber vom Gerichte freigesprochen wurden. Beiden Angeklagten half die Darlegung der Ursachen ihrer Straftaten nichts, sie wurden zu je einem Monat Gefängnis verurteilt.

Kirchliches. Das Landgericht Hensburg hat, wie wir f. Z. berichtet haben, am 31. Mai den Pastor Jürgen Jörgensen zu Hohl wegen Betruges zu einer Woche Gefängnis verurteilt. Ein moralisch nicht gerade schöner Charakterzug, nämlich nackte Dabiger, brachte ihn auf die Anklagebank. Sein Schwiegervater, der Fischer Krebs, war ein 80 Jahre alter Mann, als das Alters- und Invaliditätsgesetz in Wirksamkeit trat. Um diesem nun die Vorteile des Gesetzes zuzuwenden und selbst davon zu profitieren, meldete er bei der Schleswig-holsteinischen Versicherungsanstalt, daß sein Schwiegervater seit dem 1. Januar 1888 bis zum 31. Dezember 1890 als Hausknecht (!) dauernd in Stellung gewesen sei. In Wirklichkeit war aber Herr Krebs vom 1. Januar 1888 bis zum 18. April 1888 in Gadersleben selbständig als Uchler thätig gewesen. Später hat er im Hause seines Schwiegervaters gewohnt und angeblich eine tägliche Lohnung von 50 Pf. erhalten für seine Hausknechts-thätigkeit. Die Anklage wurde auf Grund der falschen Angaben bezichtigt und kam dem Angeklagten zu gute, da sein Schwiegervater dieselbe bei ihm verzeigte. Inzwischen ist Krebs gestorben. Die vom Angeklagten gegen das Urtheil eingelegte Revision wurde vom Reichsgericht als unbegründet verworfen. — Trotz seiner rechtskräftigen Verurteilung wegen Betruges nun hat der Pastor Jörgensen am Sonntag vor seiner Gemeinde in gewohnter Weise den „Gottesdienst“ abgehalten.

Jörgensen am Sonntag vor seiner Gemeinde in gewohnter Weise den „Gottesdienst“ abgehalten.

Eine wichtige Entscheidung in der Nachwachserfrage ist dieser Tage vom Reichsgericht gefällt worden. Ein hiesiger Nachwachsmann in Magdeburg, der mit dem Inkrafttreten des neuen Polizeikosten-Gesetzes und der Übernahme des früher hiesigen Nachwachswesens durch die königliche Polizeiverwaltung aus seinem Dienst entlassen worden war, hatte die Stadtgemeinde Magdeburg auf Fortzahlung seines Gehalts auf Lebenszeit verklagt. Am 30. Oktober hat das Reichsgericht den Anspruch des betreffenden Nachwachsmannes für begründet erachtet. Ähnliche Prozesse schweben gegen die Stadtgemeinden Berlin und Breslau.

Wegen Majestätsbeleidigung wurden die Arbeiter Engelschard, Weg und Geuter, die bei dem gelegentlich der Weihenburger Bismarckfeier ausgebrachten Kaiserhoch gekiffen hatten, von der Eichstädter Strafkammer zu je 2 1/2 Monaten Gefängnis verurtheilt.

Von der Erfurter Strafkammer wurde am Sonnabend der Schuhmann Klopfer in Anstalt wegen Körperverletzung im Amte zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt. Klopfer hatte einem Lehrer, welchen er ohne besondere Veranlassung verhaftet hatte, auf dem Polizeibureau zu Anstalt zwei kräftige Ohrfeigen versetzt.

Versammlungen.

Der Wahlverein für den 2. Reichstags-Wahlkreis nahm in seiner letzten Versammlung, die bei Hühner, Hühner 47, abgehalten wurde, einen lehrreichen Vortrag des Genossen Wurm über die Bedeutung der Börse entgegen. Der Vorsitzende Antick brachte dann einen Mißstand zur Sprache, der sich eingebürgert zu haben scheint. Nach dem klaren Wortlaut des § 1 des Vereinsgesetzes seien Bescheinigungen über erfolgte Anmeldungen von Versammlungen sofort zu erteilen; ihm und auch anderen wäre es aber passiert, daß es Tage gedauert habe, ehe die Bescheinigung vom Polizeipräsidenten ausgestellt worden sei. Demgegenüber sei es Pflicht jedes Parteigenossen, die wenigen Rechte, die der Arbeiter hat, ganz energisch zu wahren und bei den Behörden auf strikte Innehaltung der gesetzlichen Vorschriften hinzuwirken. Weiter ersuchte der Vorsitzende die Bezirksführer, die genauen Adressen der Mitglieder festzustellen, machte dann auf die am Donnerstag stattfindende Volksversammlung aufmerksam und theilte hierauf das Urtheil der Kammer Brausewetter im Prozesse Dierl und Genossen mit. Bezugnehmend auf die Ansprüche Brausewetter's und Drescher's ersuchte Antick die Genossen, mit aller Kraft für die Verbreitung der Presse und Vergrößerung und Stärkung der Organisation einzutreten. Mit einem begeisterten Hoch auf die internationale Sozialdemokratie schloß hierauf die Versammlung.

Arbeiter-Sängerbund Berlin und Umgegend. In der Ausschussung am 27. Oktober wurden 8 Vereine aufgenommen. Auf Vorschlag des Vorstandes beschloß man, das Stiftungsfest am 14. Dezember im Saale der Brauerei Friedrichshain abzuhalten und zwar soll es in derselben Weise arrangiert werden, wie im vorigen Jahr. 12 Vereine werden hierauf ausgelootet, sich programmäßig am Konzert zu betheiligen; den gemischten Chören ist es freigestellt, eine Nummer des Programms auszusüßeln. Auf Grund sachlicher Untersuchung ist festgestellt, daß der Verein „Tempelhofer Harmonie“ sein Vergnügen in einem gesparten Lokal abgehalten hat, jedoch mit Zustimmung der dortigen Lokalkommission. Das Verbot der dortigen Verhältnisse wurde allgemein bedauert und der beantragte Ausschluß des Vereins abgelehnt. Hierauf bezeugend stellte der Verein „Einigkeit“, Richterfelde, das Ersuchen, man solle die örtlichen Verhältnisse in betracht ziehen und nicht mit so großer Schärfe vorgehen, wenn im Uebungslokal keine Arbeiterblätter ausliegen. Dieses Ansuchen wurde vom Ausschuss abgelehnt. Am größeren Leistungsfähigkeit auf gefanglichem Gebiete zu schaffen, und um das Interesse zu erhöhen, wurden vom Bundesdirektoren verschiedene Vorschläge gemacht. Diese sind dem Vorstande zur Erwägung überwiesen, der sie event. als Antrag auf der Generalversammlung einbringen wird. Ein Antrag der Kontrollen, ihnen die Anweisung zu geben, streng darauf zu achten, daß zum Uebungslokal nur solche Mitglieder Zutritt haben, die an der Uebung theilnehmen, wurde angenommen. Dem Verein „Külli“ in Friedenau, der durch den Brand des dortigen Kurhauses um seine sämtlichen Utensilien gekommen ist, wurden außer der Zustellung der Bundeslieder, 50 M. bewilligt. Der Kassirer machte 9 Vereine bekannt, die mit der Abrechnung vom Stiftungsfest noch im Rückstande sind. In nächster Sitzung soll in dieser Angelegenheit Beschluß gefaßt werden.

In der Generalversammlung des Verbandes der Gold- und Silberarbeiter und verwandten Berufsangehörigen hielt am 28. Oktober Dr. Pinn einen interessanten Vortrag über das Thema Klassenjustiz und Moral, der mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde. Kollege Bräcker gab den Bericht des Vorstandes. Danach sind 11 Versammlungen, 14 Vorstandssitzungen und 8 Delegatensitzungen abgehalten worden. An Untersuchungen wurden durch Listensammlungen aufgebracht: für den Bierboylott 780,50 M., für die Nürnberger Goldschläger 205,05 M., für die Instrumentenmacher 67,05 M., für die Vergolder 68,15 M. und für die Riffenmacher 30 M., in Summa 1100,75 M. Der Kassenbericht des Kollegen Krause stellte für die Zeit vom 1. Oktober 1894 bis 30. September 1895 eine Einnahme von 2193,07 M., eine Ausgabe von 1788,72 M. und einen Bestand von 404,35 M. fest. In der Unterhaltungsliste betrug die Einnahme 503,25 M., die Ausgabe 290,75 M., der Bestand 212,50 M. Der Kassirer wurde entlastet. Aus der Vorstandswahl gingen hervor: Erster Vorsitzender Bräcker, zweiter Vorsitzender Wenzel, erster Kassirer Tschenscher, zweiter Kassirer Becker, erster Schriftführer Nabe, zweiter Schriftführer Feistel, Beisitzer Weghaupt, Revisoren Lohse und Schröder. Der Arbeitsnachweis wurde einstimmig dem Kollegen Hennig übertragen, da der bisherige Inhaber dieses Amtes, Kollege Wagner, es aus bestimmten Gründen nicht mehr versehen will.

Der deutsche Goldarbeiter-Verband hielt am 28. Oktober bei Jubel, Lindenstr. 108, eine Bezirksversammlung für den 8. und 9. Bezirk ab, mit der Tagesordnung: Besprechung der gegenwärtigen Geschäftslage und Erhebungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Die Kollegen Carow und Köster erörterten in längeren Ausführungen die Beschlüsse der letzten außerordentlichen Generalversammlung und theilten mit, daß bei der Besprechung in der Werkstatt-Vertrauensmänner-Sitzung für den in Rede stehenden Bezirk so gut wie gar keine Werkstatt in betracht kam, da es sich hier nicht um Bauwerkstätten handelte; zu bedauern wäre, daß diese Sitzung schlecht besucht war. In der Disposition sympathisierten sämtliche Arbeiter mit einer Lohnbewegung; auch die Organisationsform wurde erörtert. Kollege Maier theilt dann mit, daß die Listen für den Streikfonds der Fischer ausgegeben werden; man möchte für ihre Verbreitung recht fleißig Sorge tragen. Ferner wurde bekannt gegeben, daß, um noch mehr Material zu bekommen, noch eine Werkstatt-Vertrauensmänner-Sitzung abgehalten werden wird. Von den 16 eingeladenen Werkstätten waren alle bis auf zwei vertreten.

In einer öffentlichen Schuhmacher-Versammlung referierte am 28. Oktober in Coburg's Festsaal Genosse Bruno Börsch über den Werth der Organisation. Er schilderte die Entstehung der deutschen Gewerkschaftsbewegung im Vergleich zur englischen, sowie die Einwirkung des Sozialistengesetzes auf die noch junge deutsche Fachbewegung betonend, daß alle Unter-

